

INHALT DES SEPTEMBERHEFTES / 1932

AUFSÄTZE:

<i>Albrecht Haushofer: Gestaltwandel des Empire?</i>	513
<i>A. E. Johann: Kanada und Ottawa</i> ..	517
<i>Herbert Hanisch: Südafrika im Britischen Empire</i>	524
<i>Hans Schöne: Australiens Krise</i>	529
<i>Friedrich Otte: Neuseeland — Krise und Krisenauswirkung</i>	537
<i>Gustav Amann: Die Industrialisierung Chinas II</i>	540

BERICHTE:

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	548
--	-----

<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	554
--	-----

SPÄNE	560
-------------	-----

GRUNDFRAGEN:

<i>Fritz Bodenheimer: Der Staat als Überindividuum</i>	561
<i>Karl Pintschovius: Bilanz und Bankrott im Staatsleben</i>	568

LITERATURBERICHTE:

<i>Kurt Wiedenfeld: Weltwirtschaftlicher Literaturbericht</i>	571
<i>Karl Haushofer: Literaturbericht über den indopazifischen Raum</i>	572

ALBRECHT HAUSHOFER: Gestaltwandel des Empire?

Das Britische Reich ist ein im staatsrechtlichen Sinne kaum zu fassender Körper. Ist man gewöhnt, vom gesetzten Recht her zu denken, so entzieht es sich der Einordnung im ganzen wie im einzelnen. Für die Zähigkeit und Geschmeidigkeit seines Zusammenhaltens gibt es keine verbindliche Formel. Leichter als das Verbindende läßt sich das Trennende deuten. Die Sonderwünsche der einzelnen Reichsteile, ihr geographisch, historisch und wirtschaftlich begründeter Sonderwille, ihr Selbstständigkeitsdrang liegen klar zutage, — so klar, daß von dogmatisch denkenden Betrachtern immer wieder die Frage gestellt werden kann, wie es denn zugehe, daß dieses „ramshackle Empire“ noch zusammenhalte. Diese Frage kann gewiß für einzelne Teile des weiten Baues mit dem schlichten Wort Gewalt beantwortet werden. Aber doch nur für Teilgebiete, freilich, wie im Falle Indiens, für die dichtest bevölkerten. In anderen Teilen des Reiches, wie in den australasiatischen Gebieten, mag es die Sorge vor fremder Gewalt sein, die den Reichszusammenhang stärkt. Trotzdem: es wäre ein grober Fehlschluß, wenn man annehmen wollte, Neuseeland und Australien würden nur durch ihre Sorge vor dem asiatischen Menschendruck beim Reich gehalten. In England selbst gibt es eine romantische Schule politischen Denkens, die einzig in dem wichtigen Band des Blutes und der Sprache die Grundlage des Empire sieht. Ganz abgesehen davon, daß darin ein Ausschluß der farbigen Reichsteile liegt, deren Entwicklung zu freieren Formen der Selbstbestimmung zwar nicht überall für möglich gehalten, aber doch vielfach gewünscht wird — wie

soll von dieser Basis her die innere Haltung der französischen Kanadier, aber auch die eines guten Teiles der Afrikaander, der reichstreuen Iren verstanden werden? Sie ist nur damit zu erklären, daß England mit der Entwicklung der Dominionverfassung in den letzten sechzig Jahren einen Weg gefunden hat, der in vielfachen Abwandlungen alle Stufen von weitgehender Abhängigkeit bis zu völliger Unabhängigkeit durchschreiten läßt, den einzelnen Teilgebieten zugleich ein höchstes Maß von innerer Selbständigkeit gewährend und dennoch ihre Zugehörigkeit zu einem großen Ganzen bewahrend. Dieser Weg führt in seinem letzten Schluß zur Anerkennung auch des Rechtes auf Austritt aus der Britischen Völkergemeinschaft. Man rechnet darauf, daß dieses *jus secedendi* gerade von denen nicht angewandt werden wird, denen es zusteht; diejenigen Kolonien, bei denen zu befürchten ist, daß sie einer klaren Abwägung ihres Vorteils aus politischer Leidenschaftlichkeit nicht fähig wären, sind eben nach englischer Auffassung zu freier Selbstverwaltung (die das Recht des Ausscheidens in sich schließt) noch nicht reif. Ob sie es jemals werden, ist eine Frage, die je nach der Beurteilung farbiger Rassen in England (aber auch z. B. in Amerika in bezug auf die Philippinen) sehr verschieden beantwortet wird. Einstweilen ist die Frage freiwilligen Ausscheidens nach gütlicher Vereinbarung weder für Indien noch für die Kronkolonien gestellt; das in der Gegenwart laufende Experiment beschränkt sich auf einen Kreis, der räumlich zwar groß ist, aber doch nur bescheidene Bevölkerungsziffern umfaßt: auf den „weißen“ Teil des Weltreichs.

Diesem hat die Dominionverfassung weite Möglichkeiten des Sich-Auseinander-Entwickelns gegeben. Äußerlich die eigene Wehrhoheit, das Recht auf eigene diplomatische Vertretungen, die selbständige Mitgliedschaft im Völkerbund; nach innen weitgehende Freiheit in der Gesetzgebung; wirtschaftlich die Möglichkeit, durch eigene Handelsverträge, eigene Zolltarife unabhängige Wirtschaftssysteme der Einzelglieder aufzubauen, die miteinander konkurrieren, die miteinander in Kampf geraten können. Wieweit diese Freiheit geht, lehrt in der Gegenwart etwa der englisch-irische Zollkrieg. Zu den Freiheiten dieses Systems gehört aber auch die völlig unabhängige Behandlung von Währungsfragen durch die einzelnen Teilgebiete. Das australische, das neuseeländische, das südafrikanische Pfund sind von dem englischen ebenso unabhängig wie die indische Rupie und der kanadische Dollar. Seit dem Abweichen Englands vom Goldstandard haben die einzelnen Dominien sich ganz verschieden verhalten; Australien z. B. war England bereits vorangegangen; Südafrika — das wichtigste Goldland der Erde — hat aus begreiflichen Gründen entgegen den Interessen wichtiger Wirtschaftsgruppen am Goldstandard festgehalten; und der kanadische Dollar ist sehr viel stärker dem amerikanischen Währungssystem verknüpft als dem englischen.

Wir verzichten darauf, an einzelnen Beispielen das Auseinanderstreben der Teilgebiete im besonderen zu zeigen; der Hinweis auf das, was grundsätzlich möglich ist, mag ausreichen. Geht man mit jener logischen Intoleranz, die alles politische

Systemdenken kennzeichnet, an das Wesen des Britischen Weltreiches heran, so könnte man sein Bestehen bezweifeln. Auch vorsichtiger Realismus mochte sich fragen: was ist das für ein Staatskörper, in dem jahrzehntelang in der Zentrale Freihandelspolitik getrieben wird, während die Außenländer hinter hohen Zollmauern ihre eigenen Industrien aufbauen?

Diese Frage hat man sich auch in England gestellt. Ohne die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hätte man die Beantwortung vielleicht noch lange Zeit hinausgeschoben. Die Wirtschaftsnot, die in allen Teilen der Welt die kleinräumig isolierenden Antriebe gestärkt hat, brachte die Gefahr eines beschleunigten Auseinandertrifens auch für das Britische Reich. So begann eine laute Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Neugestaltung des Empire, die der politisch gewollten Gemeinschaft das wirtschaftliche Fundament erhalten und sichern sollte. Die Voraussetzungen für eine Neugestaltung waren in dem Augenblick gegeben, wo England vom reinen Freihandel abging und Kompensationen zu bieten hatte. Über die wünschenswerte neue Form gingen die Meinungen weit auseinander. Vom bloßen Aufrechterhalten des gegenwärtigen Zustandes bis zur Herstellung einer vollkommenen Währungs- und Zollunion gibt es viele Möglichkeiten dessen, was man für erreichbar und wünschbar halten kann. Für den Skeptiker mochte ein Übereinkommen, das nur alle weiteren Erschwerungen des Wirtschaftsaustausches ausschloß, schon ein großer Erfolg sein — das gleiche Übereinkommen, das dem politischen Romantiker der Empire Crusade bitter und enttäuschend erscheinen muß.

Unter diesem Gesichtspunkt, und nur unter diesem, kann die Konferenz von Ottawa verstanden werden. Die Bewegung der letzten Jahrzehnte ging auf wirtschaftspolitische Verselbständigung der einzelnen Dominien. Die Aufgabe der Reichswirtschaftskonferenz mußte sein, diese Bewegung zu bremsen. Eine Bewegung kann durch Bremsversuche verlangsamt werden, sie kann zum Stillstand gebracht werden, sie kann rückläufig gemacht werden. Sie kann — auch diese letzte Möglichkeit muß gesehen werden — auch beschleunigt werden dadurch, daß die Bremsversuche versagen und aufgegeben werden müssen. An diesen vier Möglichkeiten muß man die Aufgabe und den Erfolg der Konferenz von Ottawa messen. An die dritte Möglichkeit haben nur unverantwortliche Preßmagnaten geglaubt oder zu glauben vorgegeben, die vierte wollte man — mit Ausnahme vielleicht der irdischen Delegierten De Valeras — allgemein vermeiden. Nur wenn diese eintritt, darf daher von einem vollen Mißerfolg der Konferenz gesprochen werden. So blieb zwischen Baldwin, Chamberlain und Thomas auf der einen, Bruce, Bennett und Havenga auf der anderen Seite nur die Frage, ob man die weitere wirtschaftspolitische Entfremdung aufhalten oder zum Stillstand bringen könne. Um das zu bewirken, gab es zwei Möglichkeiten. Die eine hieß: verstärkter Abschluß von der übrigen Welt; die andere: verminderter Abschluß innerhalb des gesamten Reichsgebietes. In diese kurze Formel lassen sich alle praktischen Schwierigkeiten der Konferenz von Ottawa

zusammenfassen. Darin äußert sich die Verschiedenheit der Ausgangspunkte: die Dominien, vor allem Kanada und Australien, hatten als Ausgangspunkt einen nahezu lückenlosen, stark übersteigerten Zolltarif, unter dessen Schutz sich eine unter den Gesetzen der freien Marktwirtschaft kaum lebensfähige Industrie entwickelt hatte; England kam vom Freihandel her, der mehr aus Zwang als freien Willens aufgegeben war. Schon in den Vorberatungen war es klar, daß England nicht willens war, durch Einführung von Nahrungsmittelzöllen in großem Stil seiner Exportindustrie das Leben zu erschweren; England konnte seine engen Wirtschaftsbeziehungen außerhalb des Empire, vor allem zu den nordwesteuropäischen und einigen südamerikanischen Staaten nicht opfern. Auf der anderen Seite konnte z. B. Kanada nichts unternehmen, was eine erhebliche Störung seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit sich gebracht hätte. So waren nach beiden Seiten verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Ein mühsames System von Präferenzen und Differentialzöllen soll nun den Wirtschaftsaustausch innerhalb des Empire erleichtern, ohne doch die Zollmauern gegenüber der übrigen Welt wesentlich zu erhöhen. Entscheidend aber ist die Bindung, daß innerhalb des Empire keine neuen Scheidewände aufgezogen werden sollen.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Konferenz ein Erfolg genannt werden; werden die Verträge von Ottawa ratifiziert — gegen die erheblichen Widerstände mancher Interessentengruppen, deren wirtschaftliche Ziele zugunsten größerer Zusammenhänge leiden müssen —, dann ist die Bewegung wirtschaftspolitischen Auseinandertrifens wesentlich verlangsamt, vielleicht abgestoppt. „Empire-Autarkie“ ist weder erstrebt noch erreicht worden. Erreicht ist nur ein Kompromiß: In einer Wirtschaftslage, die allein regionalen Egoismus fördert, hat sich eine Vielzahl von staatsrechtlich nur locker geeinten Völkern des „British Commonwealth of Nations“ bereitgefunden, dem Gedanken der Commonwealth Opfer zu bringen auch dort, wo die Notwendigkeit dieser Opfer den Bevölkerungen nur mit Schwierigkeit klargemacht werden kann. Das ist wenig, wenn man den Abschluß des Empire nach außen erwartete und auf Kosten des Auslandes eine britische prosperity zu schaffen hoffte. Es ist viel im Angesicht der geographischen und wirtschaftlichen Tatsachen und viel im Angesicht der Natur des menschlichen *zoon politikon*.

Die Rückwirkungen auf die nichtbritischen Teile der Welt werden immer noch erheblich sein; im einzelnen können sie erst betrachtet werden, wenn nicht nur die großen Richtlinien, sondern die Einzelheiten der Ottawa-Verträge bekannt sind. Wie das Ergebnis von englischer Seite gedeutet wird, hoffen wir unseren Lesern durch einen Aufsatz aus englischer Feder, der in einem der nächsten Hefte erscheinen wird, zeigen zu können. Für Europa wird viel davon abhängen, ob die kommende sogenannte Weltwirtschaftskonferenz von Ottawa lernt oder nicht. Ihre Aufgabe ist weitaus schwieriger — fehlt doch den dort verhandelnden Völkern der Begriff der Commonwealth.

A. E. JOHANN: Kanada und Ottawa

Kanada: das Land ist so groß und einfach geformt wie sein Name klingt. Im Westen längs der pazifischen Küste die wilden Wälle des Felsengebirges; weiter östlich die sich langsam abdachenden Prärien; nördlich der großen amerikanischen Seen endlose, weglose Buschgebiete, die in breiter Front bis zur Hudson-Bay hinauf, in die Labrador-Halbinsel hinüberreichen und einen mächtigen Riegel quer über den Norden der Prärieprovinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta hinüberlegen, der im Westen in die Wälder des Felsengebirges verläuft; im äußersten Osten dann am Atlantik die Landschaft am Unterlauf des St. Lorenz-Stromes und die Seeprovinzen Neubraunschweig und Neuschottland, dazu das kleine, eine Provinz für sich selbst bildende Prince Edward-Inland (Neufundland, welches der Mündung des St. Lorenz-Stromes vorgelagert ist, bildet ein Dominion für sich selbst). Der hohe Norden Kanadas (Yukon, Northwest-Territories und der Nordteil der Provinz Quebec), ewig gefrorene menschenfeindliche Tundra, verliert sich in das Eismeer hinein in eine Vielfalt von zum Teil noch gar nicht oder nur sehr wenig erforschten Inseln, von denen niemand etwas weiß und niemand etwas wissen will.

Die einzelnen kanadischen Landschaften sind alle nach Süden offen, soweit sie überhaupt für eine dauernde menschliche Siedlung in Frage kommen, während der Verbindung von Osten nach Westen von der Natur schwere und nur zum Teil überbrückte Schranken gesetzt sind. Das kanadische Gebirge ebenso wie die Prärien, das St. Lorenz-Gebiet wie die atlantischen Küstenprovinzen finden ihre organische Fortsetzung südwärts in den unmittelbar anschließenden Landschaften der USA. Ohne natürliche Grenze geht sowohl das kanadische Gebirge, die Prärien wie der kanadische Osten in das amerikanische Felsengebirge, die amerikanischen Prärien und den amerikanischen Osten über. Von den einzelnen kanadischen Landschaften aus sind die anderen schwerer zu erreichen als die nach Süden sich anschließenden entsprechenden Gebiete der USA. Noch heute ist es unmöglich, mit dem Auto etwa von Montreal auf einer nur — kanadischen Straße nach Winnipeg, der Zentrale der drei weizenbauenden Prärieprovinzen, zu gelangen. Stets muß man südlich um einen oder mehrere der großen amerikanischen Seen herum — je nachdem ob man mehr oder weniger Wert auf eine gute Autostraße legt —, muß also durch vereinstaatliches Gebiet. Dasselbe gilt, wenn man vom Süden der westlichen Weizenprovinz, Alberta, mit dem Auto nach Vancouver, der aufsteigenden großen Hafenstadt in der äußersten Südwestecke Britisch-Kolumbiens an der Mündung des Frazer-River, fahren will und Eile hat. Es empfiehlt sich dann, über die USA.-Grenze zu gehen und durch den Nordzipfel der amerikanischen Staaten Montana, Idaho, Washington über Spokane, Seattle einen Bogen nach Süden zu schlagen, um auf diesem Wege

sicherer und schneller Vancouver zu erreichen als über nur — kanadische Gebirgsstraßen. Allerdings gehört der Bau des Transcanadian Highway zu den großen Notstandsarbeiten, die von der kanadischen Regierung im vorigen Jahr in Angriff genommen wurden, und vielleicht ist es schon im nächsten oder übernächsten Jahr möglich, von Halifax im äußersten Osten bis nach Vancouver im äußersten Westen das ganze riesenhafte Land Kanada im Auto zu durchqueren, ohne kanadischen Boden verlassen zu müssen.

Bis heute wird der kanadische Osten und der kanadische Westen nur durch die beiden Bahnlinien der Canadian National Railway (nördliche Route) und der Canadian Pacific Railway (südliche Route) miteinander verbunden: der Nordwesten der Provinz Ontario, der sich zwischenlagert, ist noch heute eine unendliche, unberührte Einöde, durch welche die schnellen Züge der C.P.R. und C.N.R. hindurchbrausen, ohne auch nur zum Wassernehmen zu halten: die Lokomotiven schöpfen sich im Sommer das Wasser selbst aus einer langen Wasserrinne zwischen den Gleisen. Diese Barriere von Wildnis erklärt es, daß der kanadische Osten bis auf den heutigen Tag ein anderes Gesicht hat als der Westen. Der Osten wird durch die alten französischen Ansiedlungen im Tal des St. Lorenz bestimmt. Wer mit verbundenen Augen auf einem fliegenden Teppich plötzlich nach der Stadt Quebec versetzt würde, könnte mit guten Gründen, wenn ihm die Binde von den Augen genommen wird, meinen, sich in einer alten Stadt Westfrankreichs zu befinden. So sehr haben die rein französisch gebliebenen Teile Ostkanadas in der Provinz Quebec ihren ursprünglichen, provinziell französischen Charakter bewahrt.

Ebenso wie der Osten sich zunächst selbständig entwickelte, entstand an der fernen pazifischen Küste zunächst als ganz selbständiges Gemeinwesen Britisch-Kolumbien. Erst im Jahre 1867 kam der kanadische Staatenbund zustande, der die räumlich noch immer unendlich fern voneinanderliegenden Gebiete zunächst auf dem Papier miteinander verband. Tatsächlich miteinander verknüpft wurden der alte Osten und der junge ferne Westen erst durch den Schienenstrang der Canadian Pacific Railway, die 1885 die erste schnelle Verbindung von Küste zu Küste auf nur — kanadischem Gebiet herstellte. Der Bau dieser Bahn war in der Geschichte Kanadas eine politische und kulturelle Tat ersten Ranges, zugleich begründete er, und das mit Recht, die eigentümliche Vormachtstellung der C.P.R. — formal betrachtet einer privaten Gesellschaft — im kanadischen Staatswesen, die eine Parallele nur noch in der vielleicht ebensogroßen Bedeutung der Hudson-Bay-Company findet, welche eine jener britischen großen Handelsgesellschaften gewesen ist, die bei der Entwicklung des britischen Imperiums eine so ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Beide Gesellschaften besitzen ungeheure Landkonzessionen, vor allem in den drei Prärieprovinzen und Britisch-Kolumbien. Die Beamten dieser Gesellschaften spielen bei der Verwaltung des kanadischen Westens eine kaum geringere Rolle als die Staatsbeamten.

Wenn nun auch Kanada geographisch nur als eine nördliche Fortsetzung der einzelnen amerikanischen Landschaften erscheint, wenn die Verbindung von Norden nach Süden über die Grenze hinweg auch wesentlich leichter ist als die Verbindung Kanadas selbst von Osten nach Westen, so hat sich doch nördlich dieser vereinbarungsgemäß unbefestigten, mit dem Lineal gezogenen Grenze ein kanadisches Staatsgefühl entwickelt, das britisch empfindet und sich sehr bewußt von den USA. geschieden wissen will. Es erscheint als Paradoxie, daß gerade die Französisch-Kanadier sich als die treuesten Untertanen der britischen Krone bezeichnen. Sie fürchten — und mit Recht —, bei einer Verbindung mit den USA. mehr oder minder gewaltsam amerikanisiert zu werden, während unter kanadischer, d. h. englischer Verwaltung, ihre französische Eigenart und Traditionstreue pfleglich respektiert wird: im kanadischen Parlament in Ottawa sind beide Sprachen, Englisch und Französisch, gleichberechtigt; in der Provinz Quebec, in welcher die größte kanadische Stadt Montreal mit über einer Million Einwohnern (d. h. zirka 10 % der Gesamtbevölkerung) liegt, ist Französisch Amtssprache. Sehr ostentativ heißt die große Straße, welche den Fahrenden aufnimmt, der von Detroit, Michigan, USA., durch den riesigen Tunnel unter dem St. Lorenz hinweg nach Windsor, Ontario, und weiter nach Toronto, Montreal, Quebec fährt: „The Kings Highway“, damit jedermann merkt, daß er den Grund und Boden eines britischen Dominions betreten hat. So ist der kanadische Osten innerlich sehr stark vom übrigen Amerika unterschieden und bildet mit seiner französisch-bäuerischen alten Zivilisation den wohl am meisten europäisch anmutenden zusammenhängenden Raum in ganz Nordamerika.

In anderer Weise unamerikanisch, ganz englisch nämlich, ist Britisch-Kolumbien an der Küste des Pazifischen Ozeans. Die wunderschöne Stadt Victoria auf Vancouver-Inland, der großen, langgestreckten Insel, die der Mündung des Frazer-River vorgelagert ist, könnte in ihrer ein wenig langweilig-vornehmen Art mit ihren vielen pensionierten hohen englischen Beamten und Militärs irgendwo in Südengland liegen, und in Vancouver selbst, mögen seine Wolkenkratzer ihm auch ein sehr US-amerikanisches Aussehen geben, dominiert beste englische Gesellschaft, und Leuten, die sich allzu „smart“ benehmen, klopft man auf die Finger.

Am stärksten amerikanisiert scheinen, wenn man vom Lebensstil der Bevölkerung ausgeht, die kanadischen Prärien, also die zivilisatorisch jüngsten Teile des kanadischen Staates. In den drei Prärieprovinzen war auch die Einwanderung aus den Staaten in den letzten Jahrzehnten durchaus am stärksten. Die amerikanischen Weizenfarmer, die weiter im Süden in den beiden Dakotas und etwa in Minnesota auf ihren Farmen den Prärieboden soweit ausgenutzt hatten, daß die Weizen-erträge merklich nachließen, wanderten weiter nach Norden, um auf noch jungfräulichem Prärieboden von neuem Weizen anbauen zu können. Heute ist übrigens wohl die Nordgrenze des zum Weizenanbau fähigen Bodens im Peace-River-Gebiet

in Nord-Alberta schon erreicht. So ähneln die kanadischen Präriestädte den amerikanischen wie ein Ei dem andern, und Winnipeg in Manitoba oder Regina in Saskatchewan könnten ebensogut in Kansas oder Nebraska liegen.

Aus dem Widerstreit zwischen dem politischen Gefühl, welches die Kanadier zu überzeugten Briten und treuen Anhängern der englischen Krone gemacht hat, und zwischen den geographischen Tatsachen, nach denen Kanada nichts weiter ist als die sinngemäße nördliche Fortsetzung des Blocks der USA. ergibt sich die politisch-wirtschaftliche Problemlage Kanadas. Es gibt viele Leute in den Staaten, die Kanada nur für eine Wirtschaftsprovinz der USA. halten und dafür gute Gründe anzuführen wissen. Nach den Angaben des Dominion Bureau of Statistics, Ottawa, Kanada, hatten im Jahre 1913 die Vereinigten Staaten erst 650 Millionen Dollar, Großbritannien aber 2500 Millionen Dollar in Kanada an Kapitalien investiert. 1927 hatte sich das Verhältnis vollständig verändert. Die Kapitalinvestitionen der Vereinigten Staaten in Kanada betrugen 1927 nämlich schon 3086 Millionen Dollar gegenüber 2198 Millionen Dollar englischer Kapitalien, und 1929 hatten die Vereinigten Staaten ihren Vorsprung gegenüber dem englischen Kapital wiederum bedeutend vergrößert. 1929 waren die englischen Investitionen gegen 1927 so gut wie unverändert (2197 Millionen Dollar), während die amerikanischen Investitionen um fast 400 Millionen Dollar gegenüber 1927 weiter gewachsen waren, insgesamt schon 3470 Millionen Dollar betrugen (die Kapitalinvestitionen anderer Länder als der USA. und Großbritanniens in Kanada sind vergleichsweise gering, sie betrugen 1929 nur 236 Millionen Dollar).

Umgekehrt ist auch kanadisches Kapital außerhalb Kanadas weitäus stärker in den USA. investiert als in britischen Ländern. 1929 war kanadisches Geld festgelegt in den Vereinigten Staaten in Höhe von 991 Millionen Dollar, in Großbritannien nur in Höhe von 95 Millionen Dollar (in anderen Ländern übrigens in Höhe von 658 Millionen Dollar).

Auch in den Gesamthandelsziffern haben die Vereinigten Staaten das United Kingdom und das übrige britische Empire längst überflügelt. Der Handel mit dem Vereinigten Königreich ging 1930 gegenüber 1929 um 24,5 % zurück, gegenüber 1928 um 21,2 %. Der Handel mit den Vereinigten Staaten ging 1930 verglichen mit 1929 dagegen nur um 0,4 % zurück und stieg gegenüber 1928 um 13,8 %.

In dem Ende März 1930 endenden Fiskaljahr kam von der gesamten nach Kanada gelangenden Einfuhr 68 % aus den Vereinigten Staaten, dagegen nur 15,1 % aus dem Vereinigten Königreich, 5,1 % aus anderen britischen Ländern und 11,8 % aus den übrigen Ländern. Auch der kanadische Export zeigt einen gewaltigen Vorsprung des amerikanischen Nachbarn. In dem Ende März 1931 endenden Fiskaljahr gingen 45,9 % der kanadischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, 25,2 % nach dem Vereinigten Königreich, 8,8 % nach anderen britischen Ländern und 20,1 % nach den übrigen Ländern.

Schon 1906 betrug die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten etwa das Doppelte (169 Millionen Dollar) gegenüber der Einfuhr aus britischen Ländern (83 Millionen Dollar). 1914 wurden aus den Vereinigten Staaten für 396 Millionen Dollar Waren eingeführt, aus britischen Ländern nur für 154 Millionen Dollar. 1929 erreichte die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten den Wert von 868 Millionen Dollar, die aus britischen Ländern war weit zurückgefallen auf 257 Millionen Dollar. 1930 betrug die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten 847 Millionen Dollar, aus britischen Ländern 152 Millionen Dollar (der Wert der Einfuhr aus anderen Ländern als den USA. und dem britischen Empire betrug und beträgt stets ungefähr 60 % des Werts der Einfuhr aus britischen Ländern).

Von der kanadischen Ausfuhr gingen 1906 noch Waren im Werte von 137 Millionen Dollar nach britischen Ländern, gegenüber nur 83 Millionen Dollar nach USA. Bis 1929 übertrifft die Ausfuhr nach britischen Ländern aus Kanada die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. 1930 aber sank die Ausfuhr nach britischen Ländern schlagartig ab. 1929 hatte die Ausfuhr nach britischen Ländern noch einen Wert von 535 Millionen Dollar, nach den Staaten einen solchen von 499 Millionen Dollar (nach weiteren Ländern einen Wert von 327 Millionen Dollar). 1930 aber war die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten auf einen Wert von 514 Millionen Dollar gestiegen, während der Wert der Ausfuhr nach britischen Ländern auf 378 Millionen Dollar zurückgegangen war (nach fremden Ländern auf 225 Millionen).

Unter der kanadischen Ausfuhr nehmen land- und gartenwirtschaftliche Produkte die erste Stelle ein. Unter diesen wieder entfällt der Hauptteil von 56 % auf Weizen.

Trotzdem durch die Kriegskonjunktur Kanada zum drittgrößten Weizenproduzenten der Welt nächst den USA. und der UdSSR. wurde, ist der Wert der landwirtschaftlichen Produktion Kanadas schon von dem Wert seiner industriellen Fertigwarenproduktion überflügelt worden. Unter dem Schutz sehr radikaler Zölle hat sich die Industrie des kanadischen Ostens, vor allem nach dem Kriege, geradezu fieberhaft schnell entwickelt, und der Wert der industriellen Produktion war 1928 mit 45,6 % gegenüber den 54,4 % der Urproduktion (davon landwirtschaftliche Produktion 35,8 %, Forstwirtschaft 7,7 %, Fischfang 1,3 %, Pelze 0,4 %, Erdschätze 6,5 %, Elektrizitätsausbeute aus Naturkräften 2,7 %) schon imstande, Kanada, dieses Land der unendlichen Räume, gewaltiger Wildnisse, kaum erforschter Gebirge zu einem Staat zu machen, in dem sich Industrie und Rohproduktion die Waage hielten; betrug doch schon 1928 der Wert der Produktion in der Fertigwarenindustrie 1819 Millionen Dollar (netto) gegenüber nur 1501 Millionen Dollar in der Landwirtschaft.

Diese Zahlen lassen es verstehen, daß Bennett, der kanadische Premierminister, der aus einer großindustriellen Familie des kanadischen Ostens stammt, und selbst sehr große industrielle Interessen besitzt, seine Politik vor allem auf einen Schutz der jungen, kanadischen Industrie anlegt.

Aus den sehr zwingenden, wirtschaftlichen Zusammenhängen ergibt es sich, daß Kanada, mag es auch gefühlsmäßig noch so gut britisch empfinden, wirtschaftlich mit dem Empiregedanken nicht allzuviel anfangen kann. Seine industrielle Produktion ist seit dem Kriege so gewachsen, daß jede allzu starke Begünstigung des Mutterlandes zerstörerisch wirken würde. Wenn auch in der kanadischen Landwirtschaft eine wesentlich größere Sympathie für den Empiregedanken vorhanden ist als unter den Industriellen des kanadischen Ostens, so wird auch hier jede Überspannung des Empiregedankens als höchst gefährlich angesehen. Kanada wird in diesem Jahre eine Weizenernte von 400 bis 500 Millionen bushels haben (Angabe von E. W. Beatty, Präsident der C.P.R.), während es schon im vorigen Jahr bei einer Ernte von 300 Millionen bushels die größten Schwierigkeiten hatte. Die noch unverkauften Vorräte von Weizen auf kanadischen Lägern übersteigen noch weit 100 Millionen bushels. Der inländische Bedarf beträgt nicht viel mehr, als die noch vorhandenen Vorräte ausmachen. So wird also die gesamte diesjährige Weizenernte zur Ausfuhr bereitstehen. Da das Mutterland selbst bei größtem Entgegenkommen kaum jemals mehr als 100 Millionen bushels aufnehmen kann, wird Kanada immer, je nach dem Ausfall der Ernte, 200 bis 400 Millionen bushels auf nichtbritischen Märkten absetzen müssen.

So wird es also auf der Ottawa-Konferenz höchstens zu wirtschaftlich unbedeutenden Einzelabmachungen zwischen Kanada und dem Mutterlande kommen und im übrigen wohl bei einer mehr platonischen Liebeserklärung zwischen Mutter und Tochter bleiben.

*

Es ist nicht einmal zu dieser platonischen Liebeserklärung gekommen (die vorhergehenden Zeilen wurden vor Schluß der Konferenz niedergeschrieben). Die Mutter hat sich vielmehr, wie es in der modernen Zeit üblich geworden ist, mehr für die Tochter ins Zeug legen müssen als die Tochter für die Mutter.

Das Interesse Kanadas war naturgemäß darauf gerichtet, auf der Konferenz von dem Mutterlande eine Vorzugsbehandlung seiner Rohprodukte, insbesondere von Weizen, Holz, Kupfer u. a. zu erreichen, während der kanadischen Regierung nichts daran liegen konnte, sich auf ein allzu großes Entgegenkommen gegenüber der englischen Textil- und Metallwarenindustrie einzulassen.

Soweit es sich bisher übersehen läßt, hat sich der kanadische Standpunkt durchgesetzt. Kanada hat eine Vorzugsbehandlung seines Weizens, Kupfers, seiner Eier, Butter, gewisser Fische, konservierter Früchte, Geflügel, Käse und anderer tierischer Erzeugnisse gemeinsam mit den übrigen Dominien erreicht. Die Vorzugsbehandlung soll dergestalt durchgeführt werden, daß die Einfuhr der gleichen Produkte nach England aus nichtbritischen Ländern mit verschiedenen hohen Zöllen belegt wird. Außerdem erleichtert England in dem Sonderabkommen mit Kanada

die Einfuhr kanadischen Mehls und erlaubt außerdem die zollfreie Einfuhr von — höchstens — 2½ Millionen Zentnern Speck und Schinken.

Der lange und erbitterte Streit über die Antidumping-Klausel in der Abmachung zwischen England und Kanada ist im wesentlichen auch zugunsten Kanadas entschieden worden. Kanada fühlte sich in England durch die Konkurrenz sowjetrussischen Holzes stark benachteiligt und versuchte, England zu einem Abbruch der Handelsbeziehungen mit der UdSSR. zu bewegen. Die englischen Unterhändler legten indessen Wert darauf, einer entsprechenden Abmachung keine allzu sichtbare Spitze gegen die UdSSR. zu geben, was in dem Schlußabkommen auch geschehen ist. Wie wichtig Kanada diese Klausel war, geht daraus hervor, daß das ganze englisch-kanadische Abkommen von dieser Antidumping-Klausel abhängig gemacht wird. Die Klausel hat etwa folgenden Inhalt: Falls einer der vertragsschließenden Staaten feststellt, daß ein Vorzugszoll zum Teil oder ganz durch Preismanipulationen eines — ungenannten — ausländischen Staates unwirksam gemacht wird, so ist die betroffene Regierung gehalten, die direkte oder indirekte Einfuhr solcher Waren zu verbieten, damit die vereinbarten Vorzugszölle ihre Wirksamkeit behalten. England verpflichtet sich weiter, die Zölle auf Holz nur zu ermäßigen, wenn Kanada vorher seine Zustimmung dazu gegeben hat.

Die Zugeständnisse Kanadas an das Mutterland sind im Gegensatz zu dem, was es vom Mutterland erreicht hat, gering. Vor und zu Beginn der Konferenz sprach man von einer Liste von 8000 verschiedenen englischen Fertigprodukten, die Kanada bei der Einfuhr bevorzugt behandeln wollte. Als man dann zu konkreten Verhandlungen gelangte, stellte es sich heraus, daß die Liste statt 8000 nur etwa 2000 überhaupt erwähnenswerte Positionen enthielt, und nach den letzten Nachrichten blieben von diesen 2000 nur noch wenig mehr als 10% endgültig übrig. Die Namensliste dieser schließlich verbliebenen Produkte, bei deren Einfuhr Kanada das Mutterland bevorzugt behandeln will, steht noch aus. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß es sich vor allem um Textilprodukte und eine Reihe von Metallen handelt. Die Zusagen Kanadas sind im übrigen recht unbestimmt. Es verspricht die Einsetzung eines Zollausschusses, sagt reibungslose Zollabfertigung zu und verspricht die Abschaffung der Dumpingzölle für englische Waren.

Der kanadische Premier Bennett hat also im wesentlichen Erfolg gehabt: die englischen Konkurrenzen bleiben in Kanada weiterhin ausgeschaltet, kanadischen Rohprodukten aber wird die Ausfuhr erleichtert. Kanada hat also seine Geschäftsbeziehungen zu Ländern, auf die es ihm ankommt, nicht zu erschweren brauchen und hat außerdem das Mutterland noch enger an sich gebunden, ohne zu nennenswerten Gegenleistungen verpflichtet zu sein, ein Beweis mehr dafür, daß das Mutterland immer weniger das Recht hat, sich als Macht- und Kraftzentrum des Britischen Imperiums zu betrachten.

HERBERT HANISCH: Südafrika im britischen Weltreich

Als im Mai vergangenen Jahres Südafrika seinen 21. Geburtstag feierte, ließ sich als Bilanz zunächst aufstellen, daß der Unionsgedanke stärker als der Partikularismus der Provinzen oder Rassen war. Der Geopolitiker konnte außerdem noch seine Betrachtungen darüber anstellen, wie sich langsam das politische Schwergewicht von der Küste weg ins Inland verschob, wofür die Verlegung der Hauptgeschäftsstellen großer Firmen von Kapstadt nach Pretoria und die Errichtung der Eisen- und Stahlwerke im Transvaal ein sinnfälliger Beweis sind. Noch im letzten Bauernkrieg hatte die Küste als Einfallstor überseeischer Einflüsse das Schicksal des Inneren bestimmt. Unter ihrem Druck waren die Vortrecker nach Norden gezogen, hatten sich immer tiefer in die Steppen geflüchtet, in denen sich zunächst nur eine Bevölkerung von nomadischem Charakter behaupten konnte. Für die Küste blieb Südafrika bis auf den heutigen Tag die Domäne überseeischer Handelsinteressen, die das Land nur nach seinem materiellen Wert beurteilen. Der Gürtel vom Kap bis Zululand in englischen Händen, das Innere nur durch diesen englischen Filter mit der großen Welt verbunden, so konnte diese auf ihren Nomadenzügen immer mehr zu Analphabeten werdende Bauernbevölkerung kaum als ernsthafte Gefahr genommen werden. England war darum großmütig und streckte bald nach Friedensschluß dem niedergeschlagenen Gegner die Hand zur Versöhnung hin. Der Verfall dieses Völkchens schien unabwendbar. Bei solch gewaltiger materieller und zivilisatorischer Überlegenheit der englischen Kultur mußte es dieser ausgeliefert sein, um bestenfalls, ein halbenglisches Mischvolk, als Vorposten des Weltreiches im schwarzen Afrika ein brauchbares Werkzeug zu werden.

Wie ein Wunder mutet es an, daß mit der Niederlage des Bauernkrieges die nationale Neugeburt des Burentums einsetzte. In der Steppe des Innern wurde der Keim zu einem neuen, bodenständigen Volkstum gelegt, das auf dem Wege zu eigener Staatenbildung selbst den Küstengürtel erfaßte und in den neuen Staatsgedanken einbezog. Unter dem afrikanischen Himmel ist der junge Baum stürmisch gediehen, und er macht sogar der wettererproben englischen Eiche den Platz streitig. Vor unseren Augen ist ein neues Volkstum entstanden, dessen Fortschritt unaufhaltsam geworden ist. Innerhalb einer Generation entsproß dem um Jahrhunderte in der Entwicklung zurückgeworfenen Bauernvolke eine großstädtische Intelligenz, die heute fast alle Berufe umfaßt. In den Mittelpunkt wurde der Kampf um die Muttersprache gestellt, durch den man das ganze Afrikanervolk aufrüttelte. Wie hoffnungslos schien doch auch hier die Lage! Auf englischer Seite eine Weltsprache, ein fein geschliffenes Instrument, für alle Zwecke brauchbar, gestützt auf eine alte Literatur und gefördert von Wissenschaft und Kunst, auf afrikanischer Seite dagegen nichts als ein Bauerndialekt ohne abstrakte Be-

griffe und ohne einheitliche, ja überhaupt ohne Rechtschreibung. Man muß sich schon einmal klarmachen, wie sehr sich die Waage auf die englische Seite neigte, wenn man für das jetzt unbestreitbare Vordringen der „Taal“ den richtigen Maßstab haben will. Ohne Kenntnis des Afrikanischen wird es in Zukunft in der Union kein Fortkommen mehr geben. In den heiß umkämpften deutschen Sprachgebieten könnte man Mut und Hoffnung schöpfen, wenn man sich die Zähigkeit zum Beispiel nähme, mit der das kleine Afrikanertum sich gegen das britische Weltreich durchgesetzt hat. Die unerschrockene Volksbewegung in der Hand kluger Führer war diesem gewachsen.

Selbst treu britische Firmen können nicht mehr umhin, afrikanische Korrespondenten anzustellen. Das Land ist heute so sprachenbewußt, daß kein Geschäft mit englischen Werbebriefen zu machen ist. In einigen Jahren sind diese jungen Afrikaner in führenden Stellungen. Unermüdlich wirbt die afrikanische Presse dafür, nur da die Einkäufe zu betätigen, wo in der Muttersprache bedient werden kann. So muß z. B. Johannesburg von Zeit zu Zeit seinen afrikanischen Werbetag über sich ergehen lassen. Wochenlang vorher wird die afrikanische Bevölkerung bearbeitet, bis tatsächlich jeder einzelne im Laden seine Muttersprache gebraucht und Antwort in ihr verlangt. Wer schickt schließlich auch seine Schneiderrechnungen nicht gern unbezahlt zurück, wenn er sich mit verletztem Nationalgefühl oder Unkenntnis der englischen Sprache herausreden kann! Selbst jedes neu erscheinende Telephon- oder Adreßbuch wird durchgestöbert, und der Nicht-Engländer, der etwa seine Berufsbezeichnung in englischer Sprache angegeben hat, erhält sofort eine freundliche Mahnung, sich beim nächsten Mal zu bessern.

Diese Gesinnung mag kleinlich erscheinen, aber Sprachenpflege ist eben zum großen Teil Kleinarbeit, und das afrikanische Volk ist mit ihr vorwärtsgekommen. Unterstützt wurde die Sprachenpolitik durch eine afrikanische Unterwanderung, die langsam, aber sicher dem Lande einen anderen Charakter aufprägt. Der Südafrikaner (beider großen weißen Rassen) reist gern und viel. Tausende aus dem Freistaat oder Transvaal strömen jährlich in die Seebäder, und heute gibt es keine unter den ehemals rein englischen Küstenstädten, die nicht schon über ein eigenes afrikanisches Viertel verfügte. Afrikanische Hotels und Pensionen entstanden, in ihrem Gefolge afrikanische Läden, die Regierung half durch Versetzung afrikanischer Eisenbahner nach, und die auch in Südafrika vorhandene Landflucht tat ihr übriges, obwohl die Afrikaner sich ebensowenig deren Bedeutung für ihre Sache bewußt geworden sind, wie der Rolle, die das oft verdammte Auto für sie gespielt hat.

Auf politischem Gebiet hatte das kulturelle Erwachen des Afrikanertum zunächst ein bisher nicht bekanntes Gemeinschaftsgefühl zur Folge. Wo früher eine Republik die andere abgelöst hatte, da griff der Sprachenkampf über alle Grenzen hinaus und schuf ein Einheitsbewußtsein, wie es etwa in Deutschland die Zoll-

vereine des vorigen Jahrhunderts vorbereitet haben. Die Union wäre in jedem Fall gekommen, auch wenn England sich gesträubt hätte, und von der alten selbststaatlichen Herrlichkeit blieben nur die Provinzialräte erhalten, überen deren Zweckmäßigkeit in naher Zukunft wahrscheinlich heftig gestritten werden wird. Die südafrikanische Geschichte ist zu kurz, um ein Stammesgefühl im deutschen Sinne ausgebildet zu haben, und so stehen die Provinzen zur Union wie Schlesien oder Westfalen zu Preußen, wobei nur Natal die Rolle Bayerns übernehmen möchte. Man freut sich seiner heimatlichen Zugehörigkeit, man ist im Transvaal stolz, Nachkomme von Vortreckern zu sein, aber man leitet daraus keine bundesstaatlichen Sonderwünsche ab. Nur Natal, in seiner Gesinnung englischer als England selbst, hält den Föderativgedanken neuerdings sehr lebendig, ohne indes Führer, Programm und klares Ziel zu haben. Natal den Natalern, frei vom afrikanischen Einfluß, gut britisch, nur dem König untertan, so entstand über die Köpfe der verantwortlichen Nataler Politiker hinweg eine Massenbewegung, die erst völliges Ausscheiden aus dem Staatsverband der Union forderte, aber inzwischen in föderatives Fahrwasser umgeleitet wurde. Von afrikanischer Seite kam nämlich das unerwartete Echo: „Wie glücklich wäre die Union ohne das ewig unzufriedene Natal und seinen teuren Zucker, und wie gern verzichte man auf ein Dutzend Abgeordnetensitze der Smutspartei! Die Union hat nämlich Natal wirtschaftlich in der Hand und könnte darum politisch darauf verzichten. Einige unerfreuliche, die Gefühle des Afrikanertums verletzende Begleiterscheinungen machen vorläufig eine Ausbreitung der Nataler föderativen Bewegung über das ganze Land unwahrscheinlich, aber zum ersten Male wurde Südafrika überhaupt vor ein derartiges Problem gestellt, ein Beweis, daß das Land die Kinderschuhe abstreift und zu einer Staatspersönlichkeit erwacht. Es könnte sein, daß einmal der Föderativgedanke die Rettung aus dem immer wieder aufflackernden Massenkampfe bringt, nachdem schon die unendliche Weite Südafrikas zu einer größeren Gliederung herausfordert. Das würde aber eine Toleranz der beiden großen Rassen zur Voraussetzung haben, die heute noch nicht vorhanden ist. Am stärksten lebt das föderative Gefühl in Natal, aber was von dort kommt, gilt nicht als gut südafrikanisch und wird darum mit Mißtrauen betrachtet. Aus Transvaal wurden, hier aus afrikanischem Lager, einige Proteststimmen laut, aber im übrigen scheinen die Provinzialräte als kostspielige Steuermaschinen zu gelten, deren Abschaffung selbst ein sonst weitschauender Politiker wie General Hertzog befürwortet. Man sieht nur die finanzielle Seite der Frage, nachdem der Oranje-Freistaat faktisch den Staatsbankrott erklärte und andere Provinzen unter der Last der Defizite stöhnen. Erst wenn der Grundstein zum kulturellen Neubau gelegt und das eigene Haus geordnet ist, wird man daran gehen, die staatspolitischen Probleme durchzudenken. Südafrika wird dann noch manches Rätsel zu lösen geben, denn im modernen Afrika gibt es zwei ernst zu nehmende Ansatzpunkte

panafrikanischer Bewegungen, im Norden das französische Kolonialimperium, im Süden die Union, die einzige Dauerheimstätte weißer Besiedlung. Für sie könnte die Sorge um eine einheitliche Eingeborenenpolitik die Triebfeder zu einer groß-südafrikanischen Politik werden. Minister Grobler hat vor zwei Jahren in einem Vorgefühl dieser Entwicklung eine Monroedoktrin für Afrika aufgestellt: keine Eingeborenenpolitik, die den südafrikanischen Interessen widerspricht, aber sein Kollege Hertzog hat noch 1929 in einem Wahlmanifest Smuts wegen seines „Afrika vom Kap bis zum Zambesi“ scharf angegriffen. Nationalismus und Imperialismus gingen also in der Union bisher keineswegs Hand in Hand, und so überrascht es nicht, daß man auch den föderativen Gedanken bisher nicht vom Standpunkt des „größeren Südafrika“ prüfte. Der bereits unter General Smuts verunglückte Anschlußversuch Rhodesiens könnte gewiß nicht ohne föderative Bürgschaften wieder aufgenommen werden, die weit über das heutige Provinzialsystem hinausgehen müßten. Man spricht in der Union merkwürdig wenig von Einverleibung fremder Gebiete, vielleicht auch deswegen, weil man mit der alten deutschen Kolonie Südwest nicht die besten Erfahrungen machte. Jedenfalls ist auch hier bei den Verhandlungen, die neulich zur Anerkennung der deutschen Sprache führten, von Unionsseite nicht mit einem einzigen Wort als Gegenleistung der spätere Anschluß gefordert worden. Eine Annexionspolitik ist auch gegenüber den britischen Nachbarländern seitens der Regierung Hertzog nicht hervorgetreten. Eines Tages könnte sich allerdings das Bild auch hier ändern, denn neuerdings nehmen sich afrikanische Kreise warm ihrer Volksgenossen außerhalb der Union an, und sie behaupten, daß z. B. die Hälfte der weißen Bevölkerung Swazilands und bereits ein Drittel der Bevölkerung Nordrhodesiens ihrem Volkstum angehören. In Deutschland wird man auch gut daran tun, weniger von der oft prophezeiten Teilung der portugiesischen Kolonien zu sprechen. Wir wollen absehen von dem neu erwachten portugiesischen Kolonialwillen, der in den letzten Jahren in den überseeischen Kolonien erhebliche Fortschritte zur Folge hatte, wir wollen auch nicht eingehen auf die deutschfeindliche Propaganda, die immer wieder von französischer Seite in den portugiesischen Kolonien mit den aus der Vorkriegszeit bekannt gewordenen Aufteilungsplänen getrieben wurde, sondern nur eine bisher unbeachtet gebliebene geopolitische Tatsache beleuchten, die für das Verhältnis der Union zu Mozambique wichtig ist. Über zweihundert Meilen lang erstreckt sich an der transvaaler Ostgrenze der große Kruger-Nationalpark, heute der Stolz Südafrikas. Dieses im Sommer malariadurchseuchte Tiefland soll in seiner ursprünglichen Unberührtheit als Wildschutzgebiet für alle Zeiten erhalten bleiben; mit ihm hat sich Südafrika freiwillig an der portugiesischen Grenze ein Verkehrshindernis geschaffen, das die Aufgabe altgermanischer Grenzwälle übernimmt. Der gesamte Verkehr nach Delagoabucht ist dadurch auf das schmale Südufer des Krokodilflusses angewiesen, soweit er nicht noch weiter im Süden über Swaziland

führt, und das natürliche Interesse der Portugiesen an einer reibungslosen Abwicklung des Durchgangsverkehrs hat bisher Beschwerden der Union verhindert.

Wir wollen diese Betrachtungen nicht abschließen, ohne noch auf menschliche Gesichtspunkte hinzuweisen, die einer Einverleibungspolitik im Wege stehen. Die Nachbargebiete spielen in gewissem Sinne für Südafrika die Rolle eines Monte Carlo oder Lichtenstein. Lourenco Marques z. B. ist das Vergnügungsbad des erholungsbedürftigen reichen Johannesburgers, dem dort keine Polizei das Lotteriespiel oder die in der Union streng verpönten sonntäglichen Amusements wie Kinobesuch, Alkoholausschank, Rennen, Tänze usw. untersagt, während unabhängige britische Gebiete, wie Basutoland, dem Kaufmann für kleine Schleichgeschäfte willkommen sind. So brachten z. B. die Advokaten und „Predikanten“ des südafrikanischen Parlaments ein gut gemeintes Gesetz ein, das den Weizenpreis stabilisierte und darum vom Farmer freudig begrüßt wurde, zumal auch der Müller bereitwilligst zustimmte. Man hatte nämlich das „Loch im Westen“ vergessen, Basutoland, aus dem der Weizen zu einem Bruchteil des Preises bezogen werden könnte! Ein interessantes Beispiel, daß Geldbeutelinteressen nicht immer hinter dem Imperialismus stecken.

Die Lage Südafrikas im britischen Weltreich ist also viel komplizierter, als daß man ihr mit Schlagworten wie „Freiheitskampf der Buren“ gerecht werden könnte. Die Beziehungen sind sachlich-geschäftsmäßig, seitdem England klugerweise den Ehrenforderungen der Afrikaner nachgab. Im Herzen ist man republikanisch geblieben, man hat aber eingesehen, daß eine Republik eine fragwürdige Errungenschaft ist, solange man kulturell und wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen steht. Die Preisgabe der Goldwährung in England führte zu einer gewaltigen Machtprobe zwischen dem Weltreich und Südafrika. Dieses hat sie nicht herausgefordert und nicht gewünscht. Millionenbeträge wurden von den Großbanken aus dem Lande herausgezogen und nach England und Holland gebracht, und eine hemmungslose Propaganda versuchte das Vertrauen in die eigene Währung zu zerstören; trotzdem blieb der südafrikanische Gedanke siegreich, und als Antwort wird die Union wahrscheinlich im nächsten Jahre ihre eigene Währung einführen. Somit befindet sich die Union auch in Ottawa in einer günstigen Stellung, da die Währung ihre handelspolitische Selbständigkeit gewährleistet. Ob es in Ottawa zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Reichsteile kommt, wird mehr von England und seiner Bereitwilligkeit abhängen, auf seine skandinavischen und südamerikanischen Lebensmittelinteressen zu verzichten, als von der Union, die sich nichts vergibt, wenn sie sich Vorteile des britischen Marktes zunutze macht. Der Deutsch-Südafrikanische Handelsvertrag mit seiner Vorzugsklausel ist immer noch eine Rückendeckung gegen die Reichsfreihandelspläne eines Lord Beaverbrook, und für ein Dominium hat es außerdem nichts übermäßig Verlockendes, als Absatzmarkt nur auf England selbst angewiesen zu sein, d. h. im Wettbewerb mit den anderen

landwirtschaftlichen Reichsteilen auf dem englischen Markt zugunsten des englischen Verbrauchers die Preise zu drücken. Das Natürliche bleibt also, sich Handlungsfreiheit auch in der übrigen Welt vorzubehalten. Die Regierungspresse warnte darum nicht zu Unrecht vor übertriebenen Hoffnungen auf Ottawa, die die von England abhängigen Kreise eifrigst schürten.

Die wachsende Unabhängigkeit Südafrikas muß von England als feststehend hingenommen werden. Trotzdem hat de Valeras Vorgehen in Irland, abgesehen von manchen persönlichen Sympathien, bisher in der Öffentlichkeit nur geringen Widerhall gefunden. Man lebt hier nicht auf einer Insel, die auch von einer Enttäuschung der republikanischen Bestrebungen nicht ernstlich gefährdet werden könnte. In Südafrika sind beide Volkstümer und beider Interessen so miteinander verflochten, daß Unbesonnenheiten erhebliche Rückschläge bringen könnten. Weder der afrikanische Republikanismus noch der großbritische Imperialismus werden die Lösung bringen. Südafrika unabhängig, aber freiwilliges Mitglied eines britischen Völkerbundes, das ist der Weg, der ihm für die nächste Zukunft vorgezeichnet ist.

HANS SCHÖNE: Australiens Krise

Die Probe auf ein marxistisches Exempel.

I

Sowohl von England gesehen als auch — über Australien hinaus — unter dem Gesichtswinkel des Interesses der Dominien haben die letzten Vorgänge in Neusüdwales aufmerksamstes Interesse für sich in Anspruch nehmen können; ihre überraschende Zuspitzung und Entspannung hat in Deutschland trotz mancher interessanter Parallelen nicht die notwendige Beachtung gefunden.

Schon in dem marxistischen Konzert der leitenden Staatsmänner des australischen Commonwealth hatte Mr. Lang, der Präsident des Staates Neusüdwales, die erste Flöte allzu durchdringend gespielt; mit der Neuwahl des australischen Parlamentes und der Ausschaltung der Sozialisten von der Macht in der Zentralregierung haben sich dann unerträgliche Spannungen ergeben. Diese berührten auch die Interessen des Mutterlandes; denn einer der wesentlichsten Programmpunkte Mr. Langs war die bereits einmal von ihm im Frühjahr 1931 proklamierte und nur durch Dazwischentreten der Zentralregierung abgeschwächte Weigerung, den Kapital- und Zinsdienst auf die ausländischen Anleihen zu erfüllen. Als Mr. Lang im Frühjahr 1932 den offenen Widerstand gegenüber der Zentralregierung nicht nur in dieser Frage des Schuldnerstreites durchzuführen beabsichtigte, wurde er ohne vorherige Verhandlungen kurzerhand von dem Vertreter der englischen Krone abgesetzt und durch einen „Reichskommissar“ ersetzt.

Die Haltung des australischen Volkes hierzu — insbesondere in Neusüd-wales — beweist nur, daß die psychologisch richtig abgepaßten Maßnahmen des königlichen Gouverneurs lediglich als eine Vorwegnahme der Wirkungen der dann auf Anordnung des neuen „Reichskommissars“ erfolgenden parlamentarischen Neuwahlen empfunden wurde. Dem „commonsense“ der Briten auch in den übrigen Dominien genügte die Begründung a posteriori, daß mit den Neuwahlen die Marxisten (22 Mandate) gegenüber 64 Mandaten der vereinigten australischen Partei und der Landpartei in absolute Einflußlosigkeit zurücksanken.

Für Australien bedeutete die Intervention des königlichen Gouverneurs über die staatsrechtlichen Belange hinaus den Abschluß eines bedeutsamen Abschnittes in der politischen und wirtschaftspolitischen Geschichte dieses Landes. Mit Neusüd-wales fiel das letzte Bollwerk des Marxismus und mit ihm die Periode des sozialistischen Versuches, in Australien einen proletarischen Wohlfahrtsstaat auf Kosten des in- und ausländischen Kapitalismus' aufzubauen und allen wirtschaftlichen Gesetzen zum Trotz zu behaupten.

Wirtschaftspolitisch gesehen ist das australische Problem, dessen Lösung durch die letzten Maßnahmen noch keineswegs gefunden ist, immerhin auch für uns bedeutungsvoll genug — die wir nicht nur die Parallelität des politischen Aspektes beachten sollten —, um seine Entstehung und die Naturnotwendigkeit der Entwicklung seiner Lösung festzuhalten, denn es gestattet uns „sine ira et studio“ Gefahrenquellen nachzugehen, die uns nicht unbekannt sein dürften.

Was war das Wesen des australischen Wohlfahrtsstaates? Welches die Faktoren, die bei seiner Entstehung mitwirkten und die Tendenzen schufen, die sich nach langem Hin und Her derart in Reinkultur entfalteten? Gattineau hat in seinem Buch: „Verstädterung und Arbeiterherrschaft“ (Beiheft 4 zur Zeitschrift für Geopolitik, 1929) den Begriff der Verstädterung als Angelpunkt für alle Betrachtungen der australischen Verhältnisse unterstellt. Man kann diese Auffassung annehmen, wenn man, wie Gattineau, die Verstädterung nicht als einen Zug der Zeit „entschuldigt“, sondern als das Ergebnis der Staatsführung, als Folge bewußter Förderung der städtisch-proletarischen Instinkte einer in dieser Hinsicht zum Teil vorbelasteten neuen Bevölkerung ansieht.

II

Seit mehr als zweieinhalb Jahren verfolgte man in England die katastrophale Entwicklung Australiens. Aber trotz der amtlichen Stützung des australischen Pfundes sackte es plötzlich (Februar 1931) unaufhaltsam ab. Die Bundesregierung brachte Gesetzesvorlagen im Parlament ein, welche neben der Aufhebung der Golddeckungspflicht und der Verwertung der Goldvorräte der Notenbank zur Bezahlung der dringendsten Zins- und Amortisationsschulden der Bundesregierung eine Erweiterung des Notenumlaufes um 30 % vorsahen; denn die Notenbanken und die

anderen Banken des Landes hatten sich strikt geweigert, der Bundesregierung über den ungeheuren Debetsaldo hinaus weitere 20 Millionen australische Pfunde zu leihen. Ja, die Verstocktheit des Bundesfinanzministers ließ die Bankenvertreter jede Mitwirkung an dem Sanierungsplan der Premierministerkonferenz des commonwealth ablehnen. Die Aussichten, trotz der zunehmenden internationalen Weltkrise von außen her Beistand zu erhalten, mußten sich außerdem absolut verringern, nachdem Mr. Lang als Premierminister von Neusüdweste die Zins- und Amortisationsrepudiation ausgesprochen und darüber hinaus für alle Anleihen seines Staates den Zinssatz um durchschnittlich 40 %, auf den Satz von 3 % p. a. einheitlich herabgesetzt hatte.

Im Staate Neusüdweste selbst hatte diese Politik den Zusammenbruch der größten Sparkasse Australiens, mit 192 Filialen, 642 Agenturen und etwa 50 Millionen Pfund australischen Depositen zur Folge, so daß die schlimmsten Wirkungen nur durch eine Garantie der Commonwealth Bank of Australia vermieden werden konnten. Außerdem drohte eine Absplitterung des agrarischen Teils von Neusüdweste, der sich als „Staat Riverina“ selbständig machen wollte, da die Wirtschaft in Neusüdweste — selbst den anderen australischen Staaten gegenüber — noch um mehr als 30 % vorbelastet war. Die schwache Haltung der Bundesregierung gegenüber Mr. Lang führte sogar zu der offenen Drohung der Staaten Victoria, Tasmanien, Südaustralien und Westaustralien, den seit 1901 bestehenden australischen Staatenbund wieder aufzulösen. Eigentümlich und oberflächlich berührte die stereotype Beurteilung der Entwicklung in Australien auch in den englischen Auslassungen jener Zeit: „The fall in primary prices and the cessation of the influx of capital into Australia involved that Dominion in difficulties.“

Nur wenn wir von den aktuellen Anlässen absehen und die gewissermaßen „vorbereiteten“ Ansatzpunkte für die Wirkungen der Weltkrise in Australien selbst untersuchen, werden wir die Ereignisse verstehen und daraus die infolge ihrer Parallelität für uns bedeutsamen Folgen und Folgerungen richtig beurteilen, zu denen man in Australien gelangte.

III

Betrachten wir zunächst die Ursachen, und zwar neben den parteipolitischen, also willkürlichen Maßnahmen und der wirtschaftlichen Entwicklung Australiens auch die geopolitischen Voraussetzungen.

1. Ursprünglich eine reine Strafkolonie Englands, blieb Australien auch späterhin fast ausschließlich britisches Kolonisationsgebiet, so daß 1921 der Anteil der britischen Bevölkerung 99 % der Gesamtbevölkerung von etwa 5½ Millionen betrug. 1925 war der Anteil der Einwanderer britischer Nationalität noch 84,1 %. Die rasche Aufteilung des Grund und Bodens auf die Besitzer großer Weiden, das Einzelhofsystem, Großgrundbesitz und die weltwirtschaftlich gebotene Einstellung

auf Monokulturen (Schafzucht) verhinderten eine dichte Besiedlung und damit bei rein extensiver Bewirtschaftung die Bildung eines kaufkräftigen Binnenmarktes. Selbst als die einzelnen Staaten die Einwanderung planmäßig förderten, fanden die wenigsten Einwanderer brauchbares Land und blieben in den Städten hängen.

Auch die übrigen Faktoren, Verkehrsmöglichkeiten, Handel, Industrie und Gewerbe, insbesondere der Bergbau ließen es zu einer großen Konzentration der Bevölkerung in den Küstenstädten kommen, während gewisse durch den Bergbau entstandene Binnenstädte kein beachtenswertes agrarisches Hinterland hatten. Von den zirka $6\frac{1}{2}$ Millionen Bewohnern Australiens leben nur etwa 38 % auf dem Lande, 17 % in den kleineren Städten, während etwa 45 %, also nahezu die Hälfte, in nur 6 großen Städten konzentriert sind.

Nicht unwesentlich war für diese Entwicklung, daß die britischen Einwanderer meist schon Stadtkinder waren, also landfremd. Die für sie seelenlose Landbautätigkeit stieß sie auch bei der planmäßigen Besiedlung bald wieder ab, um so mehr als die extensive Produktionsweise kein Verhältnis zur Scholle herstellte.

Auf die Stadtberufe entfielen etwa $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung, während, bei einem nahezu unerschlossenen Lande (!), nur $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung sich der Urproduktion widmete. Eine weitere Folge des Überwiegens des britischen Einschlages in der Bevölkerung war, daß sich früh genug ein Streben nach Wahrung bzw. hemmungsloser Hebung des „standard of life“ bemerkbar machte. Das bedeutet — in Wechselwirkung — eine weitere nunmehr bewußte Drosselung der nicht britischen Einwanderung, ja es führte von einem gewissen Niveau ab sogar zur Beschränkung der Zuwanderung aus Großbritannien.

2. Die Überlegenheit der Arbeiterklasse machte sich bald nicht nur ziffernmäßig, sondern auch politisch und damit wirtschaftspolitisch fühlbar. Der Marxismus fand ein Versuchsfeld, auf dem er unter dem Leitsatz „Hebung des standard of life“ die gesamte Wirtschaft dem Klasseninteresse dienstbar zu machen strebte. Die Arbeitszeit sank frühzeitig auf bald 44 Stunden mit einer Tendenz nach unten. Der Lohn wurde unter der seit 1918 in der „One big Union“ zusammengeschlossenen skrupellosen Gewerkschaftsbewegung aus dem Bereich ökonomischer Möglichkeiten auf den Kampfplatz politischen Machtverhältnisses überführt. Gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen, mehr oder weniger politische Regelung der Lohnstreitigkeiten waren die Folge. Die Schiedsgerichtshöfe waren gesetzlich gehalten, den Grundlohn „nicht unter ein Mindestmaß von angemessenen Bedingungen sinken zu lassen“. Das führte zu einer dauernden Beobachtung der Lebenshaltungsindizes, wobei das „Mindestmaß von angemessenen Bedingungen“ den Hebel zu unausgesetzter Betätigung bot. Zu dem so manipulierten Grundlohn des ungelerten Arbeiters traten dann noch die Zuschläge des gehobenen Lohnes. Die Sozial- und Wohlfahrtspolitik Australiens mit ihren politisch überhöhten Arbeitgeberbeiträgen

kannte nicht nur die betriebliche Sozialkontrolle und die verschiedenen Sozialversicherungen wie bei uns, sondern entsprechend dem — nicht nur bei den Lohnschiedsgerichtshöfen — offen ausgesprochenen Grundsatz: „Der Staat hat die Verteilung des privaten Unternehmensgewinns zu regulieren“, mündete sie in einer allgemeinen staatsbürgerlichen Versorgung auf Kosten der Steuerzahler.

Diese Lasten der Sozialpolitik ruhten aber vorwiegend auf dem Unternehmer in Stadt und Land, wobei der Druck schließlich — zwecks Vermeidung eines Einflusses des Großgrundbesitzes und zur Verhütung einer zahlenmäßig und wirtschaftlich starken Farmerpartei — stark auf das Land abgewälzt wurde.

Für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung war die Verminderung, also Verteuerung der ländlichen Arbeitskraft durch die sozialen Errungenschaften des Stadtarbeiters von überaus ungünstigen Nachwirkungen. Und in der Stadt führte die Unrentabilität der Betriebe entweder zu einer Verteuerung der Produkte — wobei mit dem Steigen des Lebenshaltungsindex' automatisch die Lohnschraube angezogen wurde — oder aber der Staat verteilte beim Eingehen oder Einschränken der Betriebe die Mindereinnahmen an Steuern bzw. die Mehrbelastung an Wohlfahrtsleistungen auf die übrigen Unternehmen.

3. Dieser Versuch, praktischen Marxismus zu treiben, zeigte seine Wirkungen nicht zuletzt darin, daß gerade im „Arbeiterparadies“ die Arbeitslosigkeit und selbst die Aus- und Rückwanderungen zunahmen. Daher sah sich der Marxismus letzten Endes genötigt, an seiner Wirtschaftspolitik auch die bürgerlichen Unternehmer zu interessieren. Unfähig oder nicht willens, sie vor den eigenen arationalen Forderungen zu schützen, hat er ihnen das Durchhalten gegen die ausländische Konkurrenz durch Schutzzölle bzw. die Konkurrenz gegen den billigeren Weltmarktpreis durch Exportprämien zu ermöglichen versucht: er wollte den zu beschäftigenden Arbeitern das doch noch nicht ganz entbehrliche Unternehmen wenigstens am Leben erhalten. Das hieß allerdings gleichzeitig Hochhaltung der Inlandspreise zugunsten einer an sich nicht mehr lebensfähigen Industrie, nur damit diese den Trägern des Regimes weniger die Arbeit, als vielmehr das Brot erhalten könnte. Solch ein „circulus vitiosus“ mußte sich finanziell totlaufen, schon allein weil er ohne einen kauffähigen Binnenmarkt auskommen mußte.

Wie hielt man ihn im Gange ohne diese notwendigerweise mit einer innerpolitischen Kräfteverschiebung verbundene, also für den Sozialismus gefährliche Binnenmarktbildung? Man kompensierte einfach die kostspielige Politik des „Wohlfahrtsstaates“ durch die Beteiligung des ausländischen Kapitalismus' an seinen Kosten: man nahm Anleihen über Anleihen auf. Bei nur 61½ Millionen Einwohnern, d. h. zirka 2,3 Millionen Erwerbstätigen, verschuldete man sich fast jedes Jahr um weitere zirka 60 Millionen australische Pfunde, so daß bei einem öffentlichen und privaten Vermögen von (1929) zirka 3½—4 Milliarden australische Pfunden die Verschuldung der Regierungen allein auf zirka 1,1 Milliarden ange-

wachsen war; hiervon sind nahezu 0,6 Milliarden im Auslande plaziert und belasten nicht nur den Etat, sondern auch die Zahlungsbilanz in einem jährlich steigenden Maße. Zirka 25 Millionen Pfunde für diesen Schuldendienst zuzüglich 12½ Millionen, die auf die Kommunalverschuldung entfallen bzw. britische Dividenden aus australischen Investitionen darstellen, fließen etwa jährlich aus dem Lande. Damit die Regierung den Exporterlös al pari mit den kaufkraftmäßig längst entwerteten australischen Pfunden aufkaufen und so ein ungünstiges Disagio bei dem Schuldendienst vermeiden konnte, wurden die Commonwealth Bank of Australia und die anderen australischen Banken gezwungen, das australische Pfund in seiner Äquivalenz zu dem Pfund Sterling zu stützen. Selbst als dies unmöglich geworden war, mußte das australische Pfund von den australischen Banken al pari notiert und akzeptiert werden. Diese starke Bindung der Wechselkurse hatte zur Folge, daß die günstigen Wirkungen einer bis zu Beginn des vorigen Jahres allein schon 30 % betragenden Verschiebung der englischen und australischen Kaufkraftparitäten unterbunden wurden.

4. Die Einwirkungen auf die Wirtschaftslage äußerten sich insbesondere in den Rückwirkungen des künstlichen Lohnes, Minderung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden, gesetzlich gesicherten Indexlöhnen, in der Verknappung des Arbeitsangebotes, in überhöhten Soziallasten und in Steuern, die zu einer unerträglichen Höhe anstiegen. Die australische Wirtschaft mußte mit dieser übermäßigen Vorbelastung in den durch die steigende Weltkrise verschärften internationalen Konkurrenzkampf eintreten; sie befand sich also von vornherein in einer derartig geschwächten Position, daß die bereits eingangs zitierten — für Australien rein exogenen — Krisengründe (Rückgang der Rohstoffpreise und Versiegen der ausländischen Kapitalquellen) sich in Australien doppelt so schnell wie in einem anderen Rohstoffgebiet auswirken mußten.

Auf der anderen Seite stand dann die aus politischem Interesse geförderte oder wenigstens geduldete Verkümmern des Binnenmarktes, so daß das Wirtschaftsvolumen auf einen im Verhältnis zu den Wohlfahrts- und Soziallasten unrentabel kleinen Umfang herabgedrückt wurde¹⁾.

Die Unterdrückung des natürlichen Wirtschaftsausgleichs rächte sich bitter. Die noch solventen Betriebe hielten sich nicht mehr aus eigener Kraft oder in ihrer Verbindung mit den natürlichen Kapitalquellen des Landes. Einzig und allein, wer

¹⁾ Bericht der Commonwealth Bank of Australia per 31. Dez. 30: „In view of the fact, that Government budgets do not make adequate provision for meeting the current expenditure must add to the floating indebtedness . . . it requires no overstatement to indicate how parlous the position is. The internal business of the country shows progressive shrinkage, as was only to expect in the absence of purchasing capacity. There is a lack of confidence on the part of the community generally and an absence of enterprise. The effect of all this is cumulative and must gather volume as it progresses, increasing unemployment and all attendant evils . . .“

am Gabentisch der Regierung zur Fristung eines notwendigen Betriebes zugelassen war, hielt sich in einer lähmenden Ungewißheit, wann der Druck der Straße auch ihm die Gurgel zudrücken würde. Das Land selbst hatte sich an einen enormen, auch qualitativ gesteigerten Konsum gewöhnt, der insbesondere schwer auf der Handelsbilanz lastete. Der einzige Aktivposten war der Agrarexport, der aber nicht durch die Ermöglichung intensiver Kleinfarmertätigkeit instand gesetzt werden durfte, einen Binnenmarkt zu schaffen bzw. sich in der Bemessung der Produktionskosten so zu stellen, daß man sich preispolitisch nicht vor jeder Preisschwankung am Weltmarkt zu fürchten brauchte. Denn der Agrarier und die überwiegend agrarischen Staaten waren für die sozialistischen Regierungen ein steter Faktor ernster politischer Befürchtungen.

Alles in allem ein auf tönernen Füßen ruhendes Gebäude, dessen solideste Säulen — Agrarexport und Auslandsanleihen — doch so verderblich tief in ein ihm feindliches Element, den Kapitalismus, hineingetrieben waren, daß jede Erschütterung, ja auch nur strukturelle Veränderung dieses Untergrundes klaffende Risse in den Wänden verursachen und die Gefahr eines totalen Zusammenbruches beschwören mußte. Und diese Erschütterungen kamen in ungekannter Schwere, nicht abgesehener Schnelligkeit. In der selbstverschuldeten Übersteigerung seiner Abhängigkeit von dem bekämpften Kapitalismus wurde Australien frühzeitig von den Vorläufern der internationalen Wirtschaftskatastrophe heimgesucht und in eine — bei den politischen Wurzeln seiner wirtschaftlichen Entwicklung — auch politisch sich auswirkende Sonderkrise gestürzt.

IV

Die Ereignisse außerhalb Australiens erzwangen in diesem vollkommen verwirtschafteten Lande eine schnelle und gründliche Reaktion: Englische Wirtschaftsberater (Niemeyer-Kommission 1930), Premierministerkonferenzen, Enqueten von heimischen Sachverständigen usw. konnten den bisherigen Kurs nicht mehr retten. Durch den Versuch, die Lohnsenkungsbeschlüsse des gewiß arbeiterfreundlichen obersten Lohnschiedsgerichtes (Senkung um 10 %, nachdem der nachgebende Index bereits eine Lohnminderung gegenüber medio 1930 um 13 % veranlaßt hatte) zu sabotieren und durch die sture Erzwingung einer papiermäßigen Äquivalenz zum Goldkurs wurden die Widerstände in der eigenen Wirtschaft nur noch gestärkt. Die Bank von Neusüdwaies durchbrach diesen Zwang der Paritäten, und Februar 1931 sank das australische Pfund rasch um 32 %. Gegenüber dem „Sofort“-Programm der Premierministerkonferenz (Anpassung von Löhnen und Gehältern der öffentlichen Unternehmungen an den sinkenden Lebenshaltungsindex; Erhöhung des Bundeszuschlages zu der Besteuerung der Zinserträge aus öffentlichen Anleihen um 150 %; Konsolidierung der schwebenden Schuld; Verringerung der Arbeitslosigkeit; Errichtung einer Devisenzentrale; Senkung der Bankzinsen) forderten die

Wirtschaftskreise, insbesondere die Commonwealth Bank unter Mr. Gibson, Aufgabe der „Inflations“-Pläne (Hebung des Preisniveaus um 30 %), Verzicht auf die neuerliche Verringerung der Arbeitszeit z. B. der Bundeseisenbahner auf $\frac{1}{4}$ Stunden bei gleichbleibendem Nominallohn, sowie schließlich Abkehr von der Prämienspolitik (Preisgarantie für den Weizenbau und für Goldförderung; Weizenlombard). Der Widerstand wirkte sich vor allem in einer Blockierung der durch die drohende Weltkrise und die eigene Mißwirtschaft ganz auf das Inland angewiesenen Anleihewünsche der Bundes- und der Landesregierungen aus. Damit entfiel jeder Bankkredit und auch jede Möglichkeit der Placierung einer inländischen Anleihe („zur Wiederherstellung der Industrie und für dringenden Regierungsbedarf“ = £ 20 Millionen).

Die Antwort der Regierung, Vorlage des eingangs erwähnten Gesetzes im Parlament, das die politischen Machthaber von der Commonwealth Bank, insbesondere als Währungsbank, freimachen sollte, verfiel der Ablehnung im Bundessenat gegen eine $\frac{6}{7}$ -Mehrheit, nachdem Mr. Gibson seine Bedenken vor allem gegen die Emissionspläne Mr. Theodores (Notenumlauferhöhung um £ 18 Mill. für die Arbeitslosen und die Weizenvalorisation durch monatliche Steigerung um £ 1 Mill.) und die Vergeudung der Goldvorräte für die Pläne der Regierung begründet hatte.

Zwar verbesserte der Bundespremier, Mr. Scullin, den schlechten Eindruck dieser Vorgänge, als er seinem allzu offenen Gesinnungsfreund und Kollegen in Neusüdwaales in die Arme fiel und den ersten offiziellen Schuldnerstreik durch das Einspringen des Commonwealth in seinen Wirkungen für den Gläubiger abschwächte. England ließ sich — vor den Tory-Wahlen 1931 — zu einem gewissen „Stillhalteabkommen“ bewegen. Doch die Auflösung des Parlaments, mit der Mr. Scullin seinen letzten Appell an die Masse versuchte, brachte die politischen Voraussetzungen für die wirtschaftspolitischen Sanierungsmaßnahmen im Bunde selbst. Die Staaten folgten, und im Frühjahr 1932 bestätigte in Neusüdwaales die antimarxistische Mehrheit der Wahlen die psychologische Berechtigung des Eingriffes des königlichen Gouverneurs in die öffentlichen Angelegenheiten dieses Freistaates.

V

Die Überwindung der Weltkrise in ihrem spezifisch australischen Phänomen ist damit gewiß noch nicht gegeben, aber — wie anderwärts — scheint man eine Garantie dafür geschaffen zu sehen, daß wirtschaftlicher Vernunft und echtem sozialen — klassenhaßfreiem — Streben die Möglichkeit erfolgreicher Befruchtung der politischen und wirtschaftspolitischen Willensbildung gewährt wird.

Daneben wäre es verkehrt, zu vergessen, was an berechtigtem Wollen in den letzten Bestrebungen des Marxismus lag, soweit z. B. die Repudiation, Zinskonversion, Ankurbelung der Wirtschaft ohne Rücksicht auf tote „goldene“ Gesetze und Schranken u. ä. in Frage kommen. Es wäre zu bedauern, wenn man in der Tatsache

der Überwindung des Marxismus die Notwendigkeit erblicken würde, alle seine Handlungen und Überlegungen abzulehnen, die dort zu parteiegoistischer Selbstbehauptung angewandt wurden. So gefährlich z. B. eine lediglich „diskretionär“ gebremste Notenpresse in den Händen einer Parteiregierung ist, so ausgezeichnet vermag eine richtig dosierte, d. h. in ihrem Umfange unabänderlich von vornherein zweckmäßig und zweckgebunden begrenzte Ankurbelung in Verbindung mit einer Abwertung der überlebten Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern einer Wirtschaft gerade heute dienen, wo wir — auf dem Tiefstand der Depression oder auf der ersten Wiederaufbaustufe der Strukturwandlung — die ersten Schritte zu gehen erst wieder künstlich und mit fremder Unterstützung lernen müssen.

Daß in Ottawa diese Seite der australischen Umwälzungen hinter den Sorgen des Mutterlandes zurücktrat — kann ein Zeichen sein, daß die Gehversuche mit den dominialen „Rückversicherungs“-Bestrebungen allein schon ausreichend unterstützt erscheinen. Vielleicht ist es aber nur ein neuer, letzter (?) „Sieg“ der Theorien von vorgestern über die Forderungen des Heute, — die sich zurückdrängen, nicht unterdrücken lassen.

FRIEDRICH OTTE:

Neuseeland — Krise und Krisenauswirkung

Neuseeland nimmt unter den vier „weißen“ Kolonien des britischen Imperiums eine Sonderstellung ein, insofern es ein Land der Extreme ist, und zwar in fast jeder Hinsicht, wenn auch zwischen geographischer Lage und der sich daraus ergebenden weltpolitischen Einstellung einerseits und der abnormen wirtschaftlichen Struktur andererseits ein grundsätzlicher Zusammenhang nicht besteht:

Die Doppelinsel ist die exponierteste weiße Kolonie des Imperiums, bzw. heute ein Dominion, dünn besiedelt an dabei relativ langen Küstenlinien, und deshalb eines Flottenschutzes bedürftig; wiederum ist es am weitesten vom Mutterland entfernt, ihm doch aber im Volkscharakter ähnlicher als andere Dominien: keine Verbrecherkolonie, keine hastenden Halbyankees wie in Kanada, sondern von Anfang an ausgewählte Engländer, Schotten und Iren; „Wunderland Neuseeland“, ein Großbritannien der südlichen Hemisphäre, engstens mit dem Imperiumgedanken verwachsen! Immer wieder trieb es an, wenn die Arbeiterregierung in London (1924, 1930) die Befestigung Singapores verlangsamen wollte; Arbeiterregierung hier wie dort, aber nationaler im Dominion aus Angst vor der ostasiatischen Sturmflut. Daß nach dem Überfall Japans auf Schanghai nach dem 28. Januar 1932 der Ausbau Singapores plötzlich beschleunigt wurde, daß Amerika Japan mit der verstärkten Befestigung der, übrigens an sich durch Korallenriffe schon geschützten Insel Guam seinerseits drohte, dürfte in Neuseeland besonders begrüßt werden.

Extrem ist auch die Sozialpolitik und die mittelständisch eingestellte Bauernpolitik. In der deutschen Sozialwissenschaft prägte man für Neuseeland und Australien das Schlagwort „Arbeiterparadies“. Die letzten heftigen Unruhen stehen im Gegensatz zu dieser Bezeichnung (April 1932). Der Neuseeländer ist verwöhnt. Der tiefere Grund für diese Unruhen liegt wiederum in der einseitig überspannten Wirtschaftsstruktur des Landes; es ist sehr viel stärker als irgendein anderes Dominion mit der Weltwirtschaft verflochten und doch relativ am stärksten von allen an das Mutterland gekettet. Deshalb ist Neuseeland das Schulbeispiel für die Auswirkungen der Weltdepression überhaupt und für ein verschuldetes Dominion im besonderen.

Im letzten Jahre vor dem Einsetzen der Krise, also im letzten Normaljahr, 1928, betrug die Kopfquote im Gesamtaußenhandel für Neuseeland Gold £ 70, eine Hypertrophie des Außenhandels, die einzig dasteht für derartige Länder: Australien nur 46, Kanada 50, Südafrika 19. Neuseeland ist auch das verschuldetste Dominion oder überhaupt das verschuldetste Land der Erde mit einer Kopfquote von Gold £ 171 für die Staatsschuld 1928, dreimal soviel wie Kanada, fast sechsmal soviel wie Südafrika; nur Australien könnte vielleicht bei Einbeziehung sämtlicher Schulden (Einzelstaaten, Gemeinden) in Wettbewerb mit Neuseeland treten.

Neuseeland ist „top-heavy“, zuviel Überbau, ein Baum mit starker Krone und schwachen Wurzeln, den der Sturmwind der Weltkrise zuerst umriß. Hier gilt im extremen Sinne das Konjunkturgesetz, daß weniger die — für dieses Land ja ungemain reichen — natürlichen Hilfsquellen, als vielmehr die jeweilige Struktur der Produktion und des Außenhandels und die äußere Verschuldung überwiegend den größeren oder geringeren Ausschlag des Konjunkturpendels in Hochkonjunktur- oder Krisenzeiten bedingen. Da die Krise zuerst als Agrarkrise auftrat, wurde Neuseeland, das hauptsächlich Gefrierfleisch, Butter, Käse und Wolle (1931 diese vier Gruppen = 82 v. H. der Gesamtausfuhr) ausführt, sofort mitergriffen. Von 1928 bis Ende 1931 war die Einfuhr mit £ 24,8 Mill. um 44 v. H., die Ausfuhr mit £ 35,2 Mill. um allerdings nur 37 v. H. geschrumpft. Es verblieb also ein Ausfuhrüberschuß von rund 10 Mill. £, ohne den das schwer verschuldete Land aber seine Zahlungen in London einstellen mußte¹⁾. Bei der abnormen Kopfquote mußte ein starkes Sinken der Ausfuhrwerte sofort auf alle Einkommen zurückwirken, war doch die Staatsschuld von Jahr zu Jahr gestiegen: 1918: 2,92 Milliarden RM.; 1930: 5,30; 1931: 5,52, also 3800 RM. auf den Kopf, das vielfache z. B. selbst der deutschen Kopfquote: viel! trotz riesiger Entwicklungsmöglichkeiten in Neuseeland. Der innere Anteil an der Schuld betrug 1931 42 v. H., auf London entfielen 50 v. H. Zum Vergleich: Kanadas Staatsschuld ist zu zwei Drittel im Inland

¹⁾ Gelegentlich einer neuen Anleihe von 5 Mill. £, April 1932, davon 4 Mill. £ für Rückzahlungen. Der Londoner Geldmarkt erwies sich dabei als nicht genügend aufnahmefähig für Neuseeländer Werte.

untergebracht, außerdem vom letzten Drittel in London wenig mehr als in den Vereinigten Staaten; zudem verminderte sich Kanadas Staatsschuld seit 1920. Auch Australien legt das Schwergewicht ins Inland. Diese Schuld bedeutete, solange Großbritannien am Goldstandard festhielt, eine Goldverpflichtung.

Wenn Großbritannien am 20. September 1932 vom Goldstandard abwich und Neuseeland mit ihm — das bedrängte Australien war schon vorher abgesprungen —, dann auch deshalb, weil die Dominions, mit Ausnahme Südafrikas, sofortige Hilfe benötigten. Auch das Hoover-Moratorium wurde freiwillig von England auf diese ausgedehnt, denn Neuseeland, Australien und Neufundland waren nahezu zahlungsunfähig geworden. Durch die Aufgabe des Goldstandard ersparen sie 25 v. H. am äußeren Schuldendienst gegenüber dem Mutterland, Neuseeland also relativ am meisten.

Nun werden allerdings die Staatswerte Neuseelands für den 31. März 1931 auf 5,63 Milliarden RM. geschätzt, aber nur 4,7 Milliarden davon sind produktiv in elektrischen und Verkehrswerten angelegt und deren Erträge sind fortschreitend mit der Krise zurückgegangen, wie im April 1932 bekanntgegeben wurde.

Schon Anfang 1931 verwies der Ministerpräsident Forbes warnend auf das stete Sinken der Weltmarktpreise, Verhältnisse, denen Neuseeland sich anpassen müsse. In Durchführung der Sparpolitik wurde am 1. April 1931 eine 10 v. H. Gehaltskürzung durchgeführt und erneut ein Jahr später wieder 10 v. H., wodurch dann die Unruhen ausgelöst sein sollen. Einschließlich der 25 v. H. Geldentwertung ergibt diese Anpassung an die seit 1928 um schätzungsweise 40 v. H. gestiegene Kaufkraft des Goldes eine fast genau proportionale Senkung. Aber die Befürchtungen der Regierung sind trotzdem von der Wirklichkeit übertroffen worden. Die Zahl der Arbeitslosen betrug zu Anfang 1931 rund 8000, verfünffachte sich bis zum südlichen Winter (Juni/Juli) übersaisonmäßig und hat sich noch weiter vergrößert. Auch die Einwanderung ist zum Stillstand gekommen; man will, wie anderswo auch, niemanden hereinlassen, der mit den Erwerbslosen im Lande in Wettbewerb tritt. Neuseeland hat versucht, ohne Arbeitslosenunterstützung auszukommen, obgleich es sonst gern zu sozialpolitischen Experimenten greift; die Erfahrungen im Mutterlande sollen abschreckend gewirkt haben. Dafür wurden Staatsgelder für Hilfsarbeiten ausgeworfen. Da sich aber die Gewerkschaften gegen die Ausdehnung des Arbeitsgebietes auf tariflich geregelte, produktive Arbeit auflehnten, scheiterte der kostspielige Versuch; die Ausdehnung der Agrarfläche kommt nur im Interesse der Selbstversorgung in Frage; der Neuseeländer aber erwartet mehr vom Leben und von der Regierung. Daher die Unruhen als Folge der wirtschaftlichen Ursachen.

Auf der Reichskonferenz in Ottawa sollen nun die Dominions ihr Siegel unter das von ihnen geforderte Vorzugs- und Schutzzollsystem des Mutterlandes setzen. Wie aber denkt man sich den Ausgleich zwischen den rein britischen und den weiteren weltwirtschaftlichen Interessen eines Landes wie Neuseeland? Ein Beispiel: Im Budget Neuseelands steht für 1930/31 noch ein Einnahmeposten von 9,2 Mill. RM.

unter „Reparationen“, das ist noch etwas mehr als Deutschlands geringe Ausfuhr nach Neuseeland im Durchschnitt, während Deutschland trotz seines minimalen Anteils doch doppelt soviel in guten Jahren aus Neuseeland bezog. Glaubt man wirklich einseitig die Krise aus dem Imperium bannen und auf den Rest der Welt abwälzen zu können, etwa indem man hinfort Butter nur mehr aus Kanada, Australien und Neuseeland bezieht? Dann müßten Dänemark und die Ostseegebiete zurücktreten, also würde lediglich eine Umlagerung stattfinden, die für Deutschland sogar von Vorteil sein könnte; aber zu bannen wäre die Krise in solchen überkapitalisierten Dominions wie Neuseeland damit allein doch nicht, denn die ungeheuer gesteigerte Produktivität in den halb agraren und mehr ausgeglichenen Erdgebieten als Folge der wunderbaren Fortschritte in der Agrartechnik läßt sich nicht durch Konferenzbeschlüsse beseitigen; die Struktur des heute einseitig agrar eingestellten Neuseeland ist durch die Weltwirtschaftskrise erschüttert worden, Neuseeland muß sich also nach innen hin strukturell umbilden, wenn es genesen will.

Neuseelands Stellung unter den britischen Dominions. 1928, vor der Krise.
(Zahlen, die auf die weltwirtschaftliche Verflechtung hindeuten.)

	Bevölkerung Mill.	in Mill. £ Gold			je Kopf £ Gold	Staatsschuld	
		Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt		Mill. £ Gold	je Kopf £ Gold
Neuseeland	1,5	44,9	56,2	101,1	7	249 ¹⁾	171
Australischer Bund	6,3	143,6	144,8	288,4	46	1095 ²⁾	174
Südafrika	7,8 ³⁾	71,8	74,5	146,3	19	239	31
Kanada	9,7	228,2	252,7	480,8	50	553	57

¹⁾ 1930, 31. März Mill. £ Gold 267; 1931 Mill. £ 276. Fehlbetrag im Staatshaushalt für das Jahr bis 31. März 1932 weitere Mill. £ 2,5.

²⁾ Der Vergleich der Staatsschuld wird dadurch erschwert, daß auf den Australischen Bund nur Mill. £ 373 als Bundesschuld entfielen, der Rest besteht aus den Schulden der Einzelstaaten des australischen Commonwealth, bei Einbeziehung der Lokalverschuldung Neuseelands würde die Kopfquote um etwa ein Fünftel steigen.

³⁾ Europäische Bevölkerung Südafrikas nur 1,7 Mill. im Jahre 1928.

GUSTAV AMANN:

Die Industrialisierung Chinas II

Grundzüge einer national-sozialen Planwirtschaft

Sun Yatsen ist seinerzeit mit seinen wirtschaftlichen Plänen viel zu vorausschauend gewesen; sie berührten die Wirklichkeit seiner Zeit weit außerhalb des Horizontkreises der stets gegenwartgebundenen Unternehmerwelt. Die Goldanleihe für die Kanton-Chungking-Eisenbahn ist am internationalen Geldmarkt nicht untergebracht worden; die Industrieunternehmer des Westens gingen über den Plan Sun Yatsens für Staatsindustrien, als Unding eines Idealisten, recht uninteressiert hinweg.

Sun Yatsen hat sich indessen von diesen Erfahrungen nicht abschrecken lassen. Er wußte, daß tiefinnere Widerstandsmomente beim Ausland zu überwinden waren. China galt dem Westen noch als Halbkolonialland. Die Fremden erstrebten eine industrialistische Entwicklung in China, aber sie forderten für ihre Anlagebeteiligung dabei eine freie, kapitalistische Wirtschaft, oder andernfalls bare Bezahlung für ihre Leistungen. Mit anderen Worten: Die kapitalistisch-industrialistische Hemisphäre war nicht bereit, ihre Geldmacht zum Aufbau einer sozialistischen und stark autark gedachten Wirtschaft in China zu leihen, wie sie Sun Yatsen anstrebte; zu einem antikapitalistischen Ziel sollte China ebenso wie Rußland jede Maschine und jeden Ingenieur, den es vom Westen brauchte, bar bezahlen. — Unter der vollkommen demoralisierten Mandarinen- und Militaristenherrschaft, unter den China 1922 stand, war aber die Aufbringung von Reichsgeldern für den Aufbau einer nationalen, industrialistischen Volkswirtschaft eine ganz hoffnungslose Sache. Die Zollverträge des verblichenen Kaiserreiches mit den Fremdmächten beraubten das neue China des Schutzes, den Zölle gegen einen fremden ökonomischen Willen verleihen. Sie hielten fremdem Wirtschaftszwang die Türe offen; sie mußten aufgehoben werden, bevor Chinas Forderungen an die Wirtschaft wirksam werden konnten.

Während der politisch hochbewegten Jahre, die in diesem Zusammenhang in Kanton folgten, während er alle Kampfmittel gegen den politischen Kapitalismus in China ins Feld führte, hat Sun Yatsen jedoch keinen Augenblick versäumt, auch seinen Plan fremdkapitalistischer und chinesisch-nationalsozialistischer Zusammenarbeit als Friedenspalme anzubieten. Sun Yatsen hatte den großen Glauben, der ihn groß machte, daß der Wille aller Menschenbrüder im Grunde gut sei. Er war niemals fremdenfeindlich; er glaubte nur das Mißverständnis der Fremden bekämpfen zu müssen. Ausländer gingen im Hauptquartier in Kanton ein und aus. Sun Yatsen beriet mit den Vertretern der Industrie des Westens seine Pläne für die Modernisierung der Stadt Kanton, für neuzeitliche Fernsprech-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, für eine Zementindustrie, seine Pläne, das aufstrebende Bauwesen zu versorgen, für die Entwicklung des Bergbaues, des Eisenbahn- und Automobilverkehrs in den Südprowinzen; und er lud mit persönlichen Briefen große Unternehmer des Auslandes ein, mit ihm die Schätze zu heben, die für das Erwerbsleben in dem unberührten Lande liegen.

Als weitere Aufforderung an die Industriemächte entsandte Sun Yatsen im Jahre 1924 den Verfasser, bevollmächtigt durch das Siegel der Revolutionären Volksrepublik Kwangtungs über der Unterschrift Sun Yatsens, mit dem Auftrag: Großindustrielle in Europa zur Gründung eines internationalen Industriesyndikates für die Verwertung der Schätze Südchinas zu bewegen. Die Erwartung Sun Yatsens, daß die Spitzen der Industrie seinen Grundsätzen vorurteilslos begegnen würden, hat sich bestätigt. Dem Altmeister der deutschen Fernsprechindustrie, Dr. h. c.

Grabe, eröffneten sich sofort die Aussichten, die China wirtschaftlich durch Sun Yatsen bekam. Auch in England begegnete Sun Yatsens Schöpferwille einer über die Alltagspraxis hinausragenden Weitsicht. Die Industrie Englands besaß in den asiatischen Kolonien Großbritanniens ein unbemessenes Ausdehnungsfeld, aber der Geschäftsführer ihres größten, der Erzeugung von Produktionsmaschinen gewidmeten Konzerns, war geneigt, sich für China wenigstens der Initiative deutscher Industrieller anzuschließen. Hugo Stinnes hat die Initiative zur Auswertung der Reichtümer Chinas für die Weltindustrie dann auch ergriffen; er hat zusammen mit Leo Wreschner, dem Präsidenten der Erzfirma Beer, Sondheim & Co., und in Gemeinschaft mit den Bayerischen Stickstoffwerken die nötigen Geldmittel für die technische Bearbeitung der Industrieprojekte Sun Yatsens durch deutsche Sachverständige in Bereitschaft gestellt.

Das Schicksal hat diese Anknüpfung jedoch wieder zerrissen. Auf der Rückreise nach China überholte die Nachricht vom plötzlichen Hinscheiden Sun Yatsens den glücklichen Verlauf der Mission.

Die junge Generation, welche die Nachfolge Sun Yatsens in Kanton angetreten hat, richtete ihre ganze Tatkraft zunächst auf die Verwirklichung des politischen Erbes des Meisters: auf den Kampf gegen die Mandarinen- und Militaristenwirtschaft im Lande, die jeden Aufschwung in Verwaltung und Wirtschaft verhinderte, auf den Sturm gegen die Machtstellungen der Fremdmächte in China und auf die Errichtung einer neuen, demokratischen Ordnung im Reich, die eine neuzeitliche Volkswirtschaft durchzuführen gestatten würde. Diese Sturmflut politischer Entwicklung hat naturgemäß jeden Versuch zur Verwirklichung von Sun Yatsens industrialistischer Synthese, jeden Gedanken an fremdkapitalistisch-chinesischnationalistische Zusammenarbeit für eine Reihe von Jahren ganz ausgeschlossen. Der Neuaufbau war ganz auf die eigenen Mittel beschränkt. Er erschöpfte sich in der Modernisierung mancher Städte und im Bau von Straßen, der hier und dort im weiten Reich unternommen wurde.

Erst mit der Festsetzung der neuen Parteiregierung der Kuomintang in Nanking und mit der Einrichtung einer Wiederaufbaukommission, als einem Quasiministerium dieser Regierung unter dem Vorsitz des alten Revolutionärs und Parteilannes Chang Chingkiang, kam das industrialistische Vermächtnis Sun Yatsens im Jahre 1928 wieder zur Geltung. — Mit der für ihn charakteristischen Energie und Entschlossenheit machte sich Chang Chingkiang daran, den staatskapitalistischen Gedanken Sun Yatsens in die Tat umzusetzen. Er begann einen durchgreifenden Feldzug zur Nationalisierung von Wirtschaftsbetrieben in den Provinzen Chekiang und Kiangsu. Sie erstreckte sich programmäßig auf die bestehenden Elektrizitätswerke, Fernsprech- und Radioverkehrsanlagen sowie auf den bereits bestehenden Bergbau in den beiden Provinzen.

Diese Anlagen waren als Konzession an private Gesellschaften zur Versorgung

des öffentlichen Bedarfs an Licht, Kraft, Telephon bzw. als konzessionierte Verwertung der Bodenschätze entstanden; sie arbeiteten dementsprechend.

So wie die Konzessionierung im rein feudalistischen Wirtschaftssystem eines der wichtigen Instrumente zur Verankerung von Klassenvorrechten war, so war sie auch unter dem neueren kapitalistisch-industriellen Wirtschaften in China mindestens eine Vermögensquelle für das Beamtenregime geblieben. Die Entstehungsgeschichte von Werken für die Versorgung des öffentlichen Bedarfs war fast immer dieselbe. Entweder hat die gerade maßgebende Beamtenclique in der Provinz einen Unternehmer gefunden, der eine Gesellschaft zum Erwerb einer Konzession zu gründen verstand; oder sonst hat irgendein Vermittler — oder Komprador einer Lieferfirma — die in der Provinz gerade maßgebende Beamtenclique für die Erteilung einer Konzession an unternehmungslustige Gesellschafter zu „interessieren“ gewußt. — Immer war die Entstehungsgeschichte eine verwickelte Interessenverknüpfung an der Gründung und nicht am Betrieb, der seinerseits schließlich gutgläubigen Aktionären zur Last blieb. Die „Verdienste“ blieben beim Erwerb der Konzession auch nicht stehen. Bei jedem weiteren Schritt waren auf Kosten der Aktionäre öffentliche und private Reservate der feudalistischen Gesellschaft mit Geld oder Bonus abzulösen und zu befriedigen, woraus sich dann wieder um die Konzession ein neuer Knäuel von erworbenen Partikularrechten, Immunitäten und auch Verpflichtungen bildete, die das Unternehmertum so stark belasteten, daß das Werk und der öffentliche Dienst schließlich nicht anders als schlecht und uneinträglich für die Aktionäre sein konnte.

Chang Chingkiang schlug das ganze System mit bedingungsloser Nationalisierung der Betriebe nieder. Alle Sonderansprüche an die Werke, alle Gerechtsame der Werke wurden ausgerottet. Nach einer schreckenverbreitenden Kampagne der Gewalttätigkeit zahlte er schließlich alle auf Rechtmäßigkeit reduzierten Gläubigerforderungen, der Aktionäre wie der fremden Lieferanten, mit Bonds, die auf die nunmehrigen Staatsbetriebe ausgegeben wurden, die nun aber unter der Aufsicht von Treuhänderkomitees, an denen Aktionäre und fremde Lieferanten beteiligt wurden, aus den Betriebserträgen zu verzinsen und zu amortisieren waren. Chang Chingkiangs absolute Unbestechlichkeit und Rechtlichkeit erreichte auch das Unerhörte: „Squeeze“ verschwand aus den Betrieben. „Kommissionen“ zu nehmen wie zu geben war kategorisch verboten. Zahlungen erfolgten kontraktmäßig, und die sonst übliche Übervorteilung der Kreditgeber verschwand aus seiner Verwaltung. Aus hinsiechenden Betrieben wurden hochrentable Unternehmungen von unerwarteter Entwicklungsfähigkeit. Die Wiederaufbaukommission galt in kürzester Frist bei den Handelsfirmen als begehrtesten Kundschaft in China; die Bonds der Nacoco (National-Construction Commission) als hundertprozentiges Zahlungsmittel.

Das Vorgehen der Zentralregierung und der wirtschaftliche Erfolg der Natio-

nalisierung hat die nationalsozialistische Lehre Sun Yatsens durchaus bestätigt. Es muß dazu indessen doch gesagt werden, daß die ökonomische Bedeutung der wenigen und noch vereinzelter Staatsbetriebe in Chekiang und Kiangsu nicht groß war, und ferner, daß die Nachahmung des Vorgehens an anderen Stellen (durch provinzielle Regierungen) bei weitem nicht den gleichen Erfolg aufwies.

Die Leistungen im Kohlenbergbau, den Chang Chingkiang in den Staatsbetrieb übernommen hat, waren ebenfalls recht beachtlich. In weniger als zwei Jahren ist das Kohlenfeld Whainan, am Whaifluß, westlich von Pengpu, mit einer neuzeitlichen Schachanlage erfolgreich aufgeschlossen worden. Auch das Unternehmen hat aber die Richtigkeit der Lehre Sun Yatsens erwiesen: daß die Kapitalhilfe des Auslandes zum Aufbau einer nationalen Industrie unumgänglich benötigt wird. Die Aufschleißarbeiten der Nacoco haben ein abbauwürdiges Kohlenvorkommen im Hwainanfeld nachweisen können; sie erlaubten auch schon eine genügende Kohlenförderung, um das investierte Kapital von etwa 1,5 Millionen Dollar rentabel sein zu lassen. Aber die Bereitstellung der weiteren Kapitalien zum Ausbau der Grube auf eine Förderleistung von Tausenden von Tonnen täglich, ohne den die Anlage verurteilt ist, ein bedeutungsloses Experiment zu bleiben, hat sich für die Regierung ohne fremde Kapitalbeteiligung als schlechtthin unmöglich erwiesen.

Im Jahre 1928 ist auch die Verständigung mit den Großindustriellen des Auslandes von dem Sohne Sun Yatsens, Sun Fo, nachmaligen Eisenbahnminister der Nankingregierung, wieder aufgenommen worden. Ganz im Sinne seines Vaters, daß es vor allem nötig sei, das Mißverständnis zwischen den Regierenden in China und den fremden Kapitalisten hinwegzuräumen, hat Sun Fo in diesem Jahre auf einer Weltreise die kapitalistisch-industriellen Kreise Europas und Amerikas besucht und sie eingeladen, Industriekommissionen zur Inaugenscheinnahme der Verhältnisse und zum eingehenden Studium der industrialistischen Pläne der Nankingregierung nach China zu entsenden. — Der Bruch Chinas mit Sowjetrußland hatte, wie es Sir Frederik Whyte vor dem „Institute of Pacific Relations“ so treffend ausgedrückt hatte, „das Feld für die Operationen der anderen wieder offengelegt“; im folgenden Jahre sind dann auch eine Reihe von Besuchen industrieller Kommissionen in China seitens der ausländischen Industrievereinigungen bei der chinesischen Regierung angemeldet worden.

Inzwischen haben aber die Ministerien für Bergbau, für Industrie, für Eisenbahnwesen, für Verkehr in Nanking die eifrigsten Bemühungen entwickelt, um Auslandsfirmen individuell zu Kredithilfe für die Durchführung von einzelnen Ressortaufgaben zu bewegen. Es entspann sich ein emsiges Kommen und Gehen der Vertreter der fremden Industrie in Nanking, die Nachfrage fand ein reichliches Angebot; aber die Verhandlungen sind zuletzt immer an dem Punkte der Sicherheitsleistungen steckengeblieben oder an der Forderung von Verpfändung

spezifischer Regierungseinnahmen als Sicherheit für gewährten Kredit ganz gescheitert. Dabei kann nun aber an dem besten Willen der beiden Verhandlungspartner, in gegenseitigem Zugeständnis zum äußersten zu gehen, nicht gezweifelt werden; die Enttäuschung wurde darum um so empfindlicher. Im Grunde rührt sie zu einem Teil davon her, daß es dem einzelnen kapitalistischen Unternehmer eben unmöglich war, den Chinesen das Risiko bei ihrer Landesentwicklung in dem Maße abzunehmen, wie die Chinesen es nötig haben. Zum anderen Teil trug auch das Mißverständnis, auf das Sun Yatsen so eindringlich aufmerksam gemacht hat, zur Unfruchtbarkeit der vielen Bemühungen bei. Die Verhandlungspartner bewegten sich auf verschiedenen Ebenen. Den alteingesessenen Handelsvertretern der fremden Industrie in China gelang es mit großem Scharfsinn, noch immer irgendweche verpfändbare Einkünfte der Regierung nachzuweisen; sie schrieben es dann der politischen Haltung der Chinesen zu, daß die Ministerien deren Hingabe als Sicherheit für verlangte Kreditleistungen, auch bei Beschränkung der Forderungen des fremden Handels auf das äußerst mögliche Mindestmaß, hartnäckig umgehen wollten. Auf der chinesischen Seite häuft sich andererseits ein Gefühl der Empörung über die hartnäckige Haltung des fremden Handels, der Regierung noch die letzten Hilfsquellen abzupressen. Was würde für den wirtschaftlichen Aufschwung des Reichs mit der Verpfändung des Restes der Einkünfte, von denen die Regierung lebt, gewonnen sein?

China hat die Gegenwartsbedeutung als Absatzgebiet mit unmittelbarer Rentabilität für die fremden Industrien von Produktions- und Verkehrsmitteln zum großen Teil eingebüßt. Seine Bedeutung liegt heute in seiner Unerschöpflichkeit für investierende Expansion; wenigstens eine Industrie, die neuentstandene Flugindustrie, hat diese Tatsache auch verstanden und verwertet: sie hat schon im Jahre 1930 ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Chinesen ohne Sicherheitsleistungen durch andere Einkünfte als die aus dem einzurichtenden Flugdienst in China akzeptiert. Vorangegangen ist darin die amerikanische Aviatric-Corporation Curtiß mit der Finanzierung des Post- und Personenflugverkehrs auf den Haupt-routen Chinas; ein wenig später bemächtigte sich die deutsche Lufthansa dessen, was noch übrig war, des Postflugverkehrs zwischen China und Europa. — Diese beiden Gesellschaften haben bis heute keine leichte Beute gehabt; aber sie werden den in China gewonnenen Grund trotzdem kaum jemals wieder räumen. —

Natürlich liegt der Zugriff in anderen Branchen des Verkehrs- und Industrieaufbaues nicht so leicht bei der Hand wie gerade bei der Fliegerei. Es sind oft sehr bedeutende Kapitalinvestitionen in China nötig, wie beim Eisenbahnbau; oder die Aufgaben wachsen ins ungemessene, wie oft durch die notwendige Nebenproduktverwertung bei Industrieunternehmungen; dazu treten die gewichtigen Fragen, die der gering entwickelte Markt in China für neuentstehende Industrieproduktion aufwirft. China ist wirtschaftlich auf einem Punkte angelangt, wo die gewohnten Kredit-

helfen des individuellen kapitalistischen Unternehmertums nicht mehr fruchten. Der industrialische Aufbau muß an einem Tiefpunkt Chinas beginnen, von dem aus es wirtschaftlich und politisch so steil bergan geht, daß nun ein Zusammenschluß der Unternehmerkräfte, gemeinsames Vorgehen internationaler Unternehmergruppen zum Durchhalten bis zum Erfolg nötig ist.

Mit den Einladungen an die Industrieverbände des Auslandes, Studienkommissionen nach China zu entsenden, hat der Minister Sun Fo darauf hingesteuert, solche großen Unternehmergruppen herbeizuführen. Auch der Verfasser wurde wieder, dieses Mal mit Vollmachten des Finanzministers und der Minister für Industrie und für Eisenbahnwesen der Nankingregierung, auf die Mission entsandt, Großindustrielle in Europa zur Gründung eines internationalen Syndikates zu bewegen; in der gleichen Zeit ging China auf der Tagung der Internationalen Handelskammer zu Amsterdam zu einem Vorstoß vor, die seit Jahren eingefrorene Aktivität des Bankenkonsortiums für China wiederzugewinnen.

Ganze Würdigung ihrer Lage, ihres Strebens und Wollens bei diesen Aktionen haben die Chinesen aber recht eigentlich nur in Deutschland gefunden. Der Altmeister der Telephonindustrie hat China mit seiner Initiative die Hilfe gebracht, die der Regierung den Ausbau eines chinesischen Reichsfernsprechnetzes zu verwirklichen gestattet; und wieder traten bedeutende deutsche Industrielle zusammen, bereit mit Rat und Tat am Wirtschaftsaufbau unter den gegebenen Verhältnissen in China mitzuwirken. Diese Gruppe hat der chinesischen Regierung fortlaufend auch die wertvollsten Arbeiten geleistet.

Auf der Tagung der Internationalen Handelskammern hat hingegen der amerikanische Finanzmann Lamont (Morgangruppe), auf die Vorstellungen der Chinesen nur erhartet, daß die amerikanischen Banken für Anleihen an China die „größten Sicherheiten“ haben müßten. — Was die Bedeutung dieser Erklärung sein sollte, ging aus der Antwort des chinesischen Delegierten hervor: „Wir sind zu jeder Zusammenarbeit bereit, aber wir werden keinen Versuch des Auslandes dulden, dabei weiteren Einfluß auf die Finanzverwaltung Chinas zu nehmen.“

Auch Industriekommissionen aus vielen Ländern sind gekommen und gegangen. Eine amerikanische Eisenbahnkommission, eine kanadische, eine kubanische Kommission besuchten China: eine englische Handelskommission und die Industriekommission des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind hier gewesen.

Der Gewinn, den der Wirtschaftsaufbau Chinas aus diesen Empfängen gezogen hat, ist noch nicht abzuschätzen. — Die deutsche Studienkommission hat den Chinesen aber jedenfalls einen weiteren Beitrag zur Synthese einer Zusammenarbeit beim Industrieaufbau geliefert. Die Kommission verwies auf eine weitgehende Heranziehung der chinesischen Banken nicht als Finanzierungsinstitute, wohl aber als Garantoren für eingeräumte Kredite. Der unterliegende Gedanke scheint der gewesen zu sein, daß es schon Sicherheiten gäbe, welche die Regierung auch

wohl den chinesischen Banken, aber nicht an Fremde hingeben wolle; und auch der, daß sich vielfach Sicherstellungen, die chinesischen Banken genügen können, leichter finden werden, als solche für fremde Kreditoren. Eine engere Zusammenarbeit zwischen dem chinesischen Kapital und den fremden Unternehmern wird sicherlich ein wertvoller Beitrag zur Lösung der chinesischen Wirtschaftsprobleme sein. Die chinesischen Bankiers, insbesondere jene, die das westländische Bankwesen übernommen haben, gefallen sich auch in der zugedachten Rolle als kapitalistische Wirtschaftsschöpfer sehr gut. Es ist indessen zu bedenken, daß die chinesischen Banken von der Regierung bereits stark für die Aufnahme innerer Anleihen angespannt werden, und daß ihre Kräfte noch nicht sehr groß sind. Das Kapital der gesamten chinesischen Großbanken modernen Stils wird mit 500 Millionen Taels angegeben, ihre Reserven sollen dieselbe Summe betragen, und die Depositen werden auf eine ebensolche Höhe geschätzt.

Zehn Jahre sind vergangen, seit Sun Yatsen mit seiner politisch-wirtschaftlichen Lehre zur Erneuerung Chinas programmäßig vor die Öffentlichkeit getreten ist. Wenn man diese Zeitspanne als Maßstab an das innere Wachstum Chinas anlegt, so muß man sagen: die Chinesen sind in dieser kurzen Zeit gewaltig in ihre Aufgabe hineingewachsen. Sie haben die alte Mandarinen- und Militaristenwirtschaft niedergeworfen. Die Regierung hat den Kampf gegen das Aufkommen eines Neo-Militarismus entschlossen weitergeführt; sie hat sich behauptet. Das demokratische politische System hat sich im ganzen Reiche durchgesetzt, und bis zum kürzlichen Überfall durch die Japaner hat die Partei auch durch eine recht wohlorganisierte Regierung wenigstens regional (im Jangtzetal) in China faktisch geherrscht. China hat die Zollautonomie zurückerrungen, die erste Voraussetzung für eine autarke Volkswirtschaft ist geschaffen. Das jahrelange Tasten und Suchen nach Mitteln und Wegen zur Industrialisierung hat die Chinesen auch wirtschaftsorganisatorisch herangereift. Viele von Sun Yatsen rein gedanklich aufgestellte Projekte der Industrialisierung sind nun technisch durchgearbeitet und kalkulatorisch erfaßt worden; gerade diese Arbeiten der einzelnen Ministerien haben den Chinesen die Notwendigkeit einer Zentralisierung der Aufgaben praktisch gelehrt und sie zur „Planwirtschaft“ hingeführt. Die Chinesen haben gelernt, daß die Zeiten vorüber sind, an denen industrialistische Unternehmen noch regellos aus der Erde sprossen, blühen und gedeihen konnten. Sie haben das Planen und Standardisieren der nationalen Produktionsanlagen, das Sun Yatsens Anweisungen noch den Unternehmern überließ, nun selbst übernommen.

Der letzte Schritt der Regierung von Nanking, vor dem Überfall der Japaner, war die Einsetzung eines „Nationalen Wirtschaftsrates“ und eines „Dreijahrplanes“; und wenn die Kalamität überwunden sein wird, die Japan über die ganze Entwicklung gebracht hat, wird China jetzt mit ungebrochenem Mut auch in das zweite Jahrzehnt seines Ringens um einen neuen Wirtschaftsaufbau hineingehen.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Die „großen Fragen“ der Weltpolitik sind für die zweite Hälfte des Sommers verlagert — mit drei wichtigen Ausnahmen: das große Spiel um den Fernen Osten wird, im Augenblick mit verdeckten Zügen, weitergeführt; in Ottawa sucht man in mühsamen Verhandlungen nach neuen Formen im Bereich des Britischen Weltreichs; das Deutsche Reich steht vor der entscheidenden Frage, wie lange noch die Zerrungen seiner Innenpolitik ertragen werden können. Die Mandschurei und die britische Reichskonferenz werden an anderer Stelle dieses Heftes behandelt; so mag es erlaubt sein, auch einen weiträumigen Überblick mit einer kurzen Betrachtung heimischer Entwicklungen zu beginnen.

Die Wahlen zum Reichstag haben das erwartete Kräfteverhältnis gebracht. Diejenigen Parteien, die in den letzten Jahren als Bindemittel und Ausgleich gedient haben, sind verschwunden. Nun stehen sich wenige große Gruppen in weltanschaulicher Unversöhnlichkeit gegenüber — räumlich deutlich gegliedert in einer Weise, die wir schon mehrfach aufgezeigt haben. Daran hat sich nichts geändert. Die gesamte Rechte hat einen ähnlichen Prozentsatz an Stimmen erreicht wie die sozialistische Linke 1919 in der Nationalversammlung. Eindeutige Lösungen sind damit auf parlamentarischem Weg unmöglich. Der Versuch des Reichspräsidenten, die Mitarbeit des Nationalsozialismus zu erreichen, ist gescheitert; das Kabinett von Papen wird im Reichstag kaum die erhoffte Arbeitsmöglichkeit finden. So werfen Konflikte ihren Schatten voraus, die an den Rand der Staatskrise führen können... Es ist begreiflich, daß über den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland selbst der Blick für die Außenwelt verloren geht (dem entspricht auf der anderen Seite das völlige Unverständnis, mit dem die deutsche Entwicklung von England und Frankreich, aber auch von Rußland und Italien aus beobachtet wird). Vergleiche für diesen Zustand sind in der jüngeren Vergangenheit schwer zu finden; der Historiker wird Entsprechungen im Zeitalter der Glaubenskämpfe erkennen können...

Es gibt nur ein Land in Europa, das auch in der Gegenwart nahe Vergleiche gewährt: der irische Freistaat De Valeras: ein Land, das in seinen augenblicklich maßgebenden Kräften bereit ist, politischen Kompensationsgefühlen zuliebe 95% seiner Ausfuhr zu opfern; ein Land, das nunmehr drei mehr oder weniger feindliche Armeen hält (die Armee des Freistaats, d. h. die reguläre bewaffnete Macht; die „Unabhängige Republikanische Armee“, d. h. die radikal-nationalistische Truppe Sinn Feins, die dem „offiziell“ gewordenen Führer De Valera kaum weniger Sorge bereitet, als sie ihm Hilfe gewährt; endlich die „Weiße Garde“, die sich neuerdings

zum Schutz der Verfassungsparteien bildet, „um das Land nicht neuerdings dem Terror der radikalen Republikaner schutzlos auszuliefern“). In wenigen Stunden fährt man über den Georgskanal. Es ist eine Fahrt in eine andere Welt — ebenso wie die Fahrt über den Bodensee oder die Fahrt von Luxemburg nach Trier. Bei solchen Fahrten stößt man an jene Grenze, die von geographischer Betrachtung der Politik nicht überschritten werden kann...

Beginnen wir unseren weiteren Rundblick an jener mehr historisch-psychologischen als geographischen Grenze, die das Deutsche Reich von seinen Nachbarn scheidet, so sei zuerst der Memel-Spruch des Haager Gerichts verzeichnet, der zwar die Absetzung Böttichers durch Merkys nachträglich billigt, aber doch die Feststellung trifft, daß die Autonomie des Memelgebietes nicht als Übergangseinrichtung aufzufassen sei. Das hat die Herren Zaunius und Szidszikauskas nicht gehindert, in Kowno das Gegenteil zu erklären. Weiter westlich ist ein letzter Versuch Danzigs bemerkenswert, zu einem wirtschaftlich tragbaren Abkommen mit Polen zu gelangen. Zu gleicher Zeit hat Polen endlich den seit langem paraphierten Schiedsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet — ohne auf Frankreich und auf Rumänien damit zu warten. Am Stand der bessarabischen Frage hat sich nichts geändert; das eigenmächtige Vorgehen Polens ist für Rumänien mehr nach außen ärgerlich als gefährlich, da die beiden Staaten durch Militärvertrag verbunden bleiben. Die Stellung Rußlands ist gestärkt worden — soweit ein mit der tatsächlichen politischen Lage schwer vereinbares Papier diese Wirkung haben kann. Ob die außenpolitische Haltung des Deutschen Reiches in den letzten Monaten — vor allem die unzulängliche Führung der deutschen Angelegenheiten auf der Genfer Abrüstungskonferenz — einen Einfluß auf den Zeitpunkt der Unterzeichnung gehabt hat, ist eine offene Frage.

Anderwärts kann man die Ausstrahlungen von Genf und Lausanne deutlicher beobachten. Wir haben in unserem letzten Bericht bereits darauf hingewiesen, daß der Abschluß am Genfer See seine Rückwirkungen auf Italien haben werde. Die Bestätigung kam mit jener schnellen Entschiedenheit, die Mussolini auszeichnet. Wenige Tage nach dem Bekanntwerden des englisch-französischen Gentlemen's Agreements wurde der Außenminister Grandi abberufen; er ist als Botschafter in London kaltgestellt worden. Wenige Tage später hielt der Luftminister Balbo in Genf eine Rede, die alle diplomatische Vorsicht Grandis wieder gutmachen sollte. Daß Mussolini zugleich eine Erneuerung seines gesamten Ministeriums durchgeführt hat, kann diesen Maßnahmen nicht den Charakter einer Quittung auf außenpolitischen Mißerfolg nehmen.

Folge von Lausanne ist auch der Kampf um die Dollfuss-Anleihe in Österreich, bei dem sich außenpolitische und innenpolitische Rücksichten in schwer durchschaubarer Weise verknüpfen. Untersucht man die Bedingungen der Anleihe näher, so wird man zu der Feststellung kommen, daß der mögliche finanzielle Nutzen für

Österreich in gar keinem Verhältnis steht zu der Schwere der politischen Bedingungen, mit denen sie belastet ist. Kaun verständlich ist es, wie eine verantwortliche Regierung im Ernst behaupten kann, von der Annahme oder Ablehnung dieser Anleihe hänge das Schicksal der österreichischen Wirtschaft in irgendwie nennenswertem Umfang ab. Die Anleihe ist von Anfang an ein politisches Machtinstrument gewesen und nichts als das; politische, nicht wirtschaftliche Gesichtspunkte werden über Annahme oder Ablehnung entscheiden; sie werden die Ablehnung (oder wenigstens eine wesentliche Änderung der Bedingungen) erzwingen, wenn eine genügende Zahl von österreichischen Parlamentariern sich die Mühe nimmt, die wirtschaftlichen und finanziellen Nebelvorstellungen zu beseitigen, die planmäßig über die Wirkungen der Anleihe verbreitet wurden. Daß ein Teil der deutschen Presse den sterbenden Prälaten Seipel mit Maßnahmen und Reden in Verbindung brachte, die in ihrer Wirkung bewußt und gewollt gegen gesamtdeutsche Einwirkungen gerichtet waren — das freilich zeugt von der anderen Seite her für seltsame Unkenntnis. Prälat Seipel war allerdings kein „Anschluß“-Mann im üblichen reichs- oder kleindeutschen Sinn; außerdem gehörte er zu der seltenen und wenig beliebten Gattung schweigsam handelnder Staatsmänner — Grund genug, um nicht verstanden zu werden. In Seipel lebte eine klar durchdachte gesamtdeutsche Auffassung, die zu gleicher Zeit die deutsche und die europäische Aufgabe des deutschen Volkes sah. Keine Richtung war ihm feindlicher gesonnen als der echte schwarz-gelbe Legitimismus.

Probleme des Legitimismus beschäftigen zu gleicher Zeit Griechenland und Spanien. In Griechenland stehen Neuwahlen bevor, von denen sich die Regierung Venizelos wenig Gewinn verspricht; sie befürchtet — unter dem Druck der wirtschaftlichen Not, die wie in anderen Ländern so auch hier die jeweilige Opposition begünstigt — einen Erfolg der monarchistischen Volkspartei; und sie beweist, daß sie eine eigene Auffassung vom Volkswillen hat, indem sie von vornherein erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, die Macht an die Monarchisten abzugeben, auch wenn diese die absolute Mehrheit in dem neuen Parlament erzielen sollten. Um den Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern in Griechenland richtig zu verstehen, muß man die wenig einheitliche Bevölkerungszusammensetzung im Griechenland der Nachkriegszeit berücksichtigen. Ein großer Teil der Bevölkerung besteht aus vertriebenen Kleinasien-Griechen, die mit dem militärischen Zusammenbruch der Armee König Konstantins ins Land kamen; dazu kommt der Gegensatz zwischen den Festlandgriechen und den Inselgriechen, die von jeher hinter dem Kreter Venizelos standen. Die gegensätzliche Stellung von Athen und Saloniki kommt hinzu — jedenfalls haben Venizelisten und Anti-Venizelisten bestimmte Stammgebiete; bei den bevorstehenden Wahlen fragt es sich nur, ob die Gegner Venizelos auch in Neugriechenland genügend Stimmen bekommen werden, um Venizelos zu stürzen oder doch einen Verfassungskonflikt hervorzurufen.

Der Gegensatz zwischen Stammland und Neuland ist auch für das Verständnis der rumänischen Regierungsbildung wesentlich. König Carol ist auf seinen Thron zurückgekehrt mit Hilfe Manius, d. h. in erster Linie Siebenbürgens, gegen den erbitterten Widerstand des „Altreichs“, vielmehr seiner mächtigsten Partei, der Liberalen. Nach seiner Trennung von Maniu hat der König versucht, mit Hilfe fortgeschrittener Gruppen aus dem Altreich, unter Billigung wenigstens eines Teiles der Liberalen, zu regieren. Dieser Versuch ist in diesem Sommer abgebrochen worden. Als die „Altreichs“-Gruppen begannen, dem König Schwierigkeiten zu bereiten, entschloß er sich, die Siebenbürger wieder an die Macht zu rufen. Die Wahlen haben seinen Entschluß bestätigt; immerhin bleibt der Führer der Bauernpartei, Maniu, auch nach der Kabinettsumbildung im Hintergrund. Daß der deutsche Minderheitenminister Brandsch auch von der neuen Regierung beibehalten wurde, verdient besonders vermerkt zu werden.

Regionale Gegensätze haben wesentlich mitgewirkt auch bei dem „Kapp-Putsch“ in Spanien, den General Sanjurjo von Sevilla aus unternahm. Er steht in zeitlichem Zusammenhang mit der endgültigen Annahme des katalanischen Statuts im Madrider Parlament, das in den Augen konservativ-zentralistischer Gruppen die Auflösung der spanischen Einheit bedeutet. Der Widerstand gegen die weitgehende Autonomie, die gerade der wirtschaftskräftigsten Landschaft Spaniens gewährt werden soll, reicht in Kastilien weit in die Reihe der Republikaner hinein; so konnte General Sanjurjo mit weitverbreiteter Unzufriedenheit rechnen. Sein Putsch ist mehr an der Unzuverlässigkeit seiner eigenen Truppen als an aktiver Gegenwirkung gescheitert. Er brach früh genug zusammen, um der Regierung Azaña die Bundesgenossenschaft der syndikalistischen Linken zu ersparen, die gerade in Andalusien, Valencia und Katalonien zum Eingreifen mit dem Generalstreik bereit war.

Abgesehen von einer solchen Ausnahme ist der politische und wirtschaftliche Streik im Zeichen der Arbeitslosigkeit außer Funktion getreten. Um so bemerkenswerter ist als Zeichen besonderer Spannung der langausgedehnte Streik im belgischen Kohlenrevier.

Aus England ist — unabhängig von der Reichskonferenz und von den außenpolitischen Entwicklungen — ein Vorgang festzuhalten, der vielleicht in fünf Jahren, rückschauend, Bedeutung haben wird: die Trennung der Independent Labour Party von der Hauptmasse der Arbeiterpartei. Damit ist die englische Labour Party in drei verschieden große und verschieden wertige Gruppen zerfallen: Einmal die Hauptmasse der Gewerkschaften mit der ganzen mittleren Führungsschicht, die bei der Trennung von Macdonald mit Henderson gegangen ist; zweitens die „nationale“ Gruppe, welche die Mehrzahl der staatsmännisch erprobten Führer mit ihrer persönlichen Gefolgschaft umfaßt; und nun als dritte die neue Abspaltung, deren Stärke unter den Arbeitern in den nördlichen, vor allem den schottischen Industrierevieren liegt, die zugleich aber den größten Teil dessen enthält,

was in England an bodenfremder, ausgesprochen sozialistischer Intelligenz zu finden ist. Damit hat sich in England dasselbe Bild ergeben, das sich in Australien unter den Führern Lyons (Macdonald), Scullin (Henderson) und Lang (Maxton) schon früher gezeigt hatte.

Für die innere Entwicklung Südafrikas kennzeichnend ist eine Rede, in der sich der Führer der Unionisten, General Smuts, gegen die Selbständigkeitsbewegung von Natal gewandt hat. Wir haben auf die Beschwerden der alten englischen Kolonie Natal im Verband des burischen Südafrika schon früher hingewiesen. Daß nun der Führer der englandfreundlichen Partei Südafrikas sich gegen die wachsende Trennungsbewegung wendet, hat seine guten Gründe. Natal ist ein Hauptrückhalt seiner Partei. Solange die englandfreundliche Richtung der Buren in Verbindung mit den englischen Stammgebieten der Union die Hoffnung behält, abwechselnd mit den Nationalisten zur Regierung in der Gesamt-Union zu gelangen, so lange wird sie der Trennung Natals widersprechen müssen. Umgekehrt würden manche radikale Nationalisten das Ausscheiden Natals aus dem Staatenbund nicht ungern sehen, da ihnen dann die Herrschaft über das verbleibende Gesamtgebiet einschließlich der Kapprovinz nicht mehr zu nehmen wäre. Auch darin liegt freilich eine gewisse Kurzsichtigkeit — trotz der neuen Verbindung durch portugiesisches Gebiet zum Indischen Ozean, trotz des Krüger-National-Parks, der sich als große Naturreserve zwischen Natal und die Binnenprovinzen schiebt, den wirtschaftlichen Austausch hemmend. Die kluge Ausgleichspolitik des Finanzministers Havenga auf der Reichskonferenz liegt jedenfalls eindeutiger auf der Linie gesamt-südafrikanischer Interessen als der radikale burische Nationalismus auf der einen, der Separatismus Natals auf der anderen Seite.

In Brasilien hat der Präsident Vargas den gemeinsamen revolutionären Angriff recht verschiedener Gruppen einstweilen mit Erfolg abgeschlagen. Die radikalen Reformer des Südens, denen Vargas selbst entstammte, und die Vorkämpfer der eben durch Vargas beseitigten Vorherrschaft der Kaffeepflanzer Sao Paulos bildeten eine zu wenig einheitliche Bundesgenossenschaft, als daß sie sich gegen eine entschlossene Bundesregierung rasch hätten durchsetzen können. In Chile scheint sich die Regierung Davila zu befestigen. Dafür ist der altbekannte Chaco-Streit wieder einmal aufgeflammt. Daß der Kampf der Worte (und vielleicht der Ölagenten) dabei wichtiger ist als der Kampf der Waffen, ist unseren Lesern von früheren Vorgängen her bekannt. Der Gran Chaco gehört zu den wenigen Gebieten der Erde, die auch einer modernen Kriegsführung die größten Schwierigkeiten entgegensetzen. Dieses bald allzu trockene, bald allzu sumpfige Land, klimatisch ungünstig und so gut wie unbesiedelt, eignet sich als Kampfgebiet vielleicht für ein paar hundert, vielleicht für ein paar tausend Mann, und ist, wenn man von den hypothetischen Ölvorräten absieht, zum mindesten in seinem gegenwärtigen Zustand weder das paraguayische noch das bolivianische Kriegsgeschrei wert. Der Einwirkung der be-

nachbarten Staaten und der Panamerikanischen Union ist es denn auch gelungen, das Feuer auf beiden Seiten zu dämpfen.

In den Vereinigten Staaten sind einige bedeutsame Vorgänge zu verzeichnen. Freilich ist gegenüber allen Meldungen, die bis Anfang November aus den Vereinigten Staaten kommen, immer die Frage zu stellen: Cui bono — bei den Präsidentschaftswahlen. Hoover hat das größte Interesse daran, daß die Wirtschaft sich in den nächsten Wochen aufwärts bewegt; das Interesse Roosevelts daran ist wesentlich geringer; Roosevelt ist kaum in der Lage, die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich zu beeinflussen; Hoover kann, mit den großen Mitteln, die ihm als Leiter der Exekutive und mit Hilfe des Reserve-Banken-Systems zur Verfügung stehen, Aufwärtsbewegungen fördern und eine vielleicht vorhandene leichte Besserung verstärken. Im übrigen wird die Meinung bestärkt, daß die Wahlen auf alle Fälle das Ende der Prohibition bedeuten werden: eine Entscheidung, deren innerpolitische Bedeutung der unbeteiligte Europäer schwer abschätzen kann. Die Vertreibung der „Bonus“-Soldaten aus Washington, sachlich berechtigt — die Belagerung der gesetzgebenden Körperschaften durch ein Arbeitslosenheer war auf die Dauer nicht zu dulden — aber in kaum erträglichen Formen durchgeführt, wird die Wahlchancen Hoovers vermindern. Auf der anderen Seite spitzt sich die Untersuchung gegen den New Yorker Bürgermeister Walker sehr zur Unzeit für den demokratischen Kandidaten Roosevelt zu. Die Absetzung Walkers erschwert seine Lage, gleichviel, ob sie erfolgt oder ob sie unterbleibt.

Beachtung verdient ein Konflikt, der sich zwischen Hoover und Roosevelt in ihren administrativen Aufgaben vollzogen hat. Roosevelt hatte, als Gouverneur des meistbeteiligten Staates New York, gebeten, bei der Beratung über den Abschluß des Lorenzstromvertrages mit Kanada zugezogen zu werden. Das wurde — als Einmischung in Angelegenheiten der Union — schroff zurückgewiesen, in einer Form, die als „rebuff of Roosevelt“ bezeichnet wurde. (Auch auf kanadischer Seite ist die Dominionregierung in Ottawa über Sonderwünsche der Provinz Quebec, besonders des in seiner Bedeutung als Umschlageplatz bedrohten Hafens Montreal, hinweggeschritten.) Der Vertrag ist inzwischen unterzeichnet worden. Er sieht die Regulierung der „internationalen“ Strecke des Lorenzstroms oberhalb von Montreal vor und wird gleichzeitig die Schiffbarmachung des Lorenzstromes für große Seeschiffe bis zum Ontariensee ermöglichen und große Kraftreserven sowohl für die vereinsstaatliche wie für die kanadische Seite (Provinz Ontario) bringen. Die Kosten tragen zum großen Teil die Vereinigten Staaten, da den bescheideneren finanziellen Kräften Kanadas die Regulierung des unteren Lorenzstromes ganz allein zufällt, und das Ergebnis der Gesamtregulierung dem Südteil des Seengebietes kaum weniger zugute kommt als dem kanadischen Nordteil. Letztes Ziel ist der durchgehende, für Seeschiffe fahrbare Wasserweg bis zum Westende des Oberen Sees. Ein Teilstück davon, der erweiterte Welland-Kanal zur Umgehung

des Niagara, ist vor kurzem im Beisein der sämtlichen Empire-Deligationen eröffnet worden. Hier vollzieht sich in aller Stille ein höchst bedeutsames Stück Zusammenarbeit zwischen zwei benachbarten Staaten; wir könnten uns denken, daß mancher der beteiligten britischen Staatsmänner den leisen Wunsch zum Himmel gesandt hätte, der Welland-Kanal möge nicht das größte Beispiel wirklicher Kooperation bleiben, das in und um Ottawa bestehen bleibt...

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Beispiel ist wirksamer als Lehre! Das gilt namentlich dann, wenn in der Lehre öffentlich Wasser gepredigt und vom Beispielgebenden heimlich Wein getrunken wird. So predigt man von Paris aus Wasser: Enthaltensamkeit von geopolitischen Methoden der Betrachtung des Ringens um Lebensraum auf der Erde, Mahnung zur Rückkehr Mitteleuropas zu dem geographischen Begriff von ehemals, während in Frankreich das eigene Volk wachsam nach geopolitischen Methoden betreut und außenpolitisch geschult wird. Denn von Paris her schallt ja vernehmlich — von de Martonne, von Demangeon, von André Lichtenberger, von Goblet gepredigt — die Mahnung: abzulassen von dem gefährlichen Geist geopolitischer Aufmerksamkeit auf das Spiel der Hände der großen Mächte, und nur auf die salbungsvollen Reden des Mundes zu schauen und zu horchen — ganz im Gegensatz zu Wallensteins hartem Wort: „Man muß dem Gegner auf die Faust schauen, nit aufs Maul.“

Wenn man aber die Spalten des geopolitisch vorzüglich geleiteten „Temps“ öffnet, z. B. die Nummern v. 25., vom 27. und 28. Juli (Tagen, in denen Deutschland vor lauter Wahlgezänke nicht Zeit hatte, den „Temps“ zu lesen), da sprudelt es von indopazifischer Geopolitik, die offenbar dem französischen Leser nicht so schädlich ist wie dem mitteleuropäischen. Es ist wissenschaftliche geopolitische Leistung von hohem Rang, die dort von den Namen André Duboscq, Generalgouverneur P. Pasquier, Pierre Deloncle gezeichnet wird. Auch Y. M. Goblet findet (24. 7. 32) Zeit, reine Geopolitik „aus dem Bereich von Ottawa, über den S. Lorenzo und die Großen Seen“ drucken zu lassen, fast zur gleichen Zeit, in der er die deutsche Wissenschaft von dem gefährlichen Gebiet der „géopolitique“ väterlich abzutriftet sucht.

„Durch die Schöpfung, Entwicklung und Bewaffnung von Singapore ... hält England den Schlüssel zur China-See in der Hand. Aber auf dieses Meer hinaus besitzt Frankreich — dank Indochina — einen Balkon von 3000 km Länge. Aber unter diesem Balkon passieren monatlich 32 Großschiffe von acht Weltlinien von Europa nach dem Fernen Osten durch, ohne anzulegen.“ Das ist ein ausgezeichnete

geopolitischer Vergleich! Dennoch bleibt auch ein minder benützter Balkon ein „exponierter“ gefährdeter Bauteil, für den man gute Wache hält, wie Duboscq, Pasquier und Deloncle zeigen.

Da man nun, hauptsächlich durch die Sprengarbeit französischer Geopolitik, von dem viel mehr gefährdeten deutschen Wohnbau alle überseeischen Balkons und Notausgänge sorgfältig entfernt hat, dafür aber den europäischen Lebensraum mit lauter gefährdeten Bauteilen, einspringenden, schwer befestigten fremden Keilen, Korridoren, abgesprengten Schutzmauern umgab, wollen wir, nach guten französischen Vorbildern einen Teil der bewahrenden, vorbeugenden politisch-geographischen Fürsorge, geopolitisch ausgebaut, auch auf deutschem Boden heimisch machen.

Nur als solche Beispiele betrachten wir die kluge Warnung von André Duboscq: „Les rapports nippo américains en face de l'état mandchou!“ (Temps, 25. 7. 32) — zwei halbe Spalten nur, aber voll bester Information. Der „Mandschustaat“ (Mandschukuo) wird darin als „unleugbare Tatsache“ behandelt, „so unsicher seine Dauer sein mag“, als „neue Belastung des pazifischen Problems“ als Hinzufügung einer schweren fernöstlichen Frage zur pazifischen, noch kein „casus belli“ zwischen Ost und West des Großen Ozeans, aber doch eine deutliche ost-asiatische Monroe-Doktrin-Antwort auf die usamerikanische Ausschließungspolitik.

Treffsicher wird die seltsame Begrüßungsrede des Grafen Ishii zu Ehren des neuen USA.-Botschafters Grew in Tokio herausgegriffen, die kühn das heikelste Thema usamerikanisch-japanischer Unterhaltung berührt, die Möglichkeiten eines Konfliktes zwischen beiden in zwei Fällen: dem einen, daß Japan in den Westen übergreife, um ihm seine Anschauungen und seinen Einfluß aufzudrängen; dem andern, daß die USAmerikaner versuchen sollten, in Asien Herrenrecht auszuüben und sich der friedlichen Entwicklung Japans auf diesem Festland zu widersetzen.

Das ist (in der viel höflicheren, durch zweieinhalb Jahrtausende geschulten Zereemonialsprache chinesischer und japanischer Altkultur) doch sicher genau dasselbe „Hände weg“ (Hands off), das angelsächsische Politik diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans so oft ändern mit rauherem Ton oder Geschützen entgegenzudonnern pflegte. Gewiß war auch ein lange unterdrückter Groll von Graf Ishii dabei im Spiel, dem seinerzeitigen Partner des Ishii-Lansing-Abkommens vom 2. 11. 1917, worin „die besonderen Rechte Japans in China“, allerdings auch „die Anhänglichkeit beider Mächte an das Prinzip der offenen Tür“ erklärt worden war. „Rache ist ein Gericht, das kalt genossen werden muß.“ (Span. Sprw.)

Aber, daß ein Mann von der staatsmännischen Schulung des Grafen Ishii den Zeitpunkt für den Genuß dieses Gerichts für gekommen hält, nicht nur Baron Hiranuma oder die Nursoldaten um Araki oder Matsui (Berlin: 26. 7. 32), und daß ein Mann wie Duboscq (der beste Kenner der pazifischen Fragen, den Frankreich vielleicht zur Zeit besitzt), höflich und verhalten echt japanisch lächelnd, darauf aufmerksam macht, und weiterhin auf die „Sowjets, deren Haltung (gegen-

über Mandschukuo) zuerst rätselhaft, mehr und mehr konzilient werde“ — das scheinen uns Zeichen der Zeit. Tröstlich ist es auch, uns mit einem so wohlunterrichteten Kenner einig zu wissen in der Auffassung, „daß die Schöpfung eines Mandschustats durchaus nicht Russen und Japaner in Konflikt zu stürzen brauche“! Das hätten nur andere gern, die es weder mit Russen noch Japanern gut meinen.

Gibt André Duboscq Geopolitik des Pazifischen Ozeans im Freskostil, so Pierre Deloncle sorgfältige Einzelarbeit, etwa im Stil von Josef März (Stützpunkte), mit seiner Geopolitik der Kamranh-Bucht gegenüber dem see-strategisch höchst zweifelhaften Flußhafen Saigon. Seine sorgfältigen Angaben erinnern uns an die Art, wie Richthofen seinerzeit dem Fußfassen Deutschlands in Ostasien präludierte. „Ein Anlauf-, Durchgangs- und Wehrhafen Indochinas“, so heißt die vorbildliche Einzelstudie. Sie versucht, Frankreich zu überzeugen, daß es im Gegensatz zu dem 83 km landein liegenden, schwer anzulaufenden Saigon mit seinem Vorhafen Port St. Jaques in der Kamranh-Bucht einen idealen Flottenstützpunkt besitzt, der etwa gleich weit von allen Brennpunkten der Umgebung: der Straße von Malakka, der Perlfluß-Mündung, den Haupthäfen Indonesiens und der Philippinen (rund 1000 km) abliegt; 12 km lang, 6 km weit, mit Tiefen zwischen 10 und 30 m, durch zwei gebirgige Landzungen vor Drehstürmen einigermaßen geschützt, mit der nützlichen Insel Tagne, öffnet sich darin eine ideale Zuflucht, deren Wert der Reihe nach Courbet, Aymonnier, Sauvaire St. Barthélemy erkannten, nutzten und anpriesen. Zuerst errichtete Courbet dort „eine pazifische Wacht“ an der „Reisstraße“; dann verwertete den Platz die Russenflotte 1905 auf ihrem „Opfergang“ (Séménoff), mit 140 Fahrzeugen, als eine der vier besten Reeden der Erde: Sydney, Kamranh, Rio de Janeiro, Diego Suarez — von denen zwei in britischer und iberischer Hand hochentwickelte Welt-häfen, die zwei französischen unverwertet geblieben sind: ein Beweis extensiver, aber freilich überbürokratisierter Kolonialwirtschaft! —

Im kräftigen und unbefangenen Entschluß zur raschen wirtschaftlichen Vollauswertung gewonnener Räume und Positionen unterscheiden sich die Japaner von den menschenärmeren, wenn auch in ihrem kontinentalen Afrika-Reich gleichfalls aufs Ganze gehenden Franzosen, obwohl beide einander zweifellos vielfach internationale Hilfestellungen leisten.

Das Glück kommt Japan insofern zu Hilfe, als es einen der gefährlichsten Gegner der japanischen Durchdringung im Guerillakrieg in der Nordmandschurei, den problematischen General Ma, am Sungari anscheinend aus dem Schachspiel entfernte; und als die chinesische Linke den andererseits doch von ihr geforderten Feldzug Chiang-Kai-Sheks oder anderer kriegigerischer Größen der Kuo-Min-tang im Keime lähmt. Man braucht nur den vollständigen Mangel an Folgerichtigkeit ihrer Organe, z. B. d. „China Critic“, zu betrachten. Soll vielleicht der chinesische Generalissimus gegen das bis an die Zähne gerüstete Japan zu Felde ziehen, während

in Kiangsi, in Hunan, am mittleren Yangtse nicht etwa eine wirkliche und dann wenigstens für ihre Zwecke wirksame kommunistische Organisation, sondern das vollkommene Chaos eines entfesselten Bauernkriegs sich austobt, und während so verdächtige Größen, wie Chang-Hsue-Liang einstweilen auf seiner Etappe in Peking sitzen bleiben? Glaubt irgend jemand im Ernst, Chiang-Kai-Shek werde sich nicht von den Erfahrungen Wu-Pei-Fus mit Feng und Chang warnen lassen? Was also bleibt einem Mann übrig, der China aus seiner trostlosen Lage herausmanövrieren will, als zuerst einigermaßen Ordnung im Innern zu schaffen? Es ist eben selbst für das zählebige China mit seiner in vier Jahrtausenden erprobten Familienstruktur zuviel verlangt, wenn man ihm außenpolitische und wehrtechnische Wirkung abverlangt zu einer Zeit, in der man nach innen alle Notanker kappt, einschließlich der Länder-, der Seelen-, der Sozialstruktur (Chang-Chi)! Wovon soll die Kraft zur Kraftäußerung kommen? Vom Phrasenschwall der chinesischen Linksparteien allein? So stark seine Flut ist — gegen die solide Stärke des japanischen Nationalgefühls reicht sie nicht aus. „In absehbarer Zeit wird mit einer ernsthaften Außenwirkung Chinas nicht zu rechnen sein“, so verkündet kühle japanische Beobachtung aus der Nähe. Darum auch versagt London und Genf den „Friedenstauben“ seinen Schlag, weil man dort die Übertragung des in Ostasien unwirksamen Gurrens in westliche Umsturzphraseologie fürchtet. (Manch. Guard. 2. 8. 32, S. 8.) Wer Japan Fenster einwirft, muß sie zahlen. Dazu drängen sich weder die scheinbar noch die wirklich Mächtigen heran. Diese herbe Erkenntnis hat bisher den geopolitischen Operationsschauplatz in der Mandschurei vor Eingriffen von außen her bewahrt, und wird ihn — wenn Japan die Nerven nicht verliert — bei freundlicher französischer Hilfestellung, noch geraume Zeit auch weiterhin davor bewahren.

Zwar fehlt es nicht an Klagen „über Japans Griff in der Mandschurei“ (Harbin, 15. 7.), über „die Mythe von der offenen Tür“, über „Raids gegen die fremden Ausfuhrfirmen“; T. Y. Lo schreibt von Genf aus dem „Manch. Guard.“ (z. 1. 8. 32) eine durchaus sachliche Darstellung des japanischen Vorgehens gegen die wichtigsten chinesischen Einrichtungen in der Mandschurei: Seezölle, Salzsteuer, Postverwaltung; er beweist damit zum mindesten, daß die Regierung von Mandschukuo „keine Marionettenregierung“ ist. (Donald Brown, „Japan Advertiser v. 19. 6. 32 nach einer Aussprache mit Chuichi Ohashi, dem neuen Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten, der eine baldige Anerkennung des neuen Staates namentlich von Japan und der Sowjetunion forderte.)

Aber daneben nimmt man doch so ausgesprochene Offenherzigkeiten hin, wie die von Seitoku Ito (Jiji Shimpō) über die Prellversuche der USA. durch Hoovers Abrüstungsvorschlag gegenüber Japan in der Untersee-Kreuzer-Frage als einer Lebensfrage japanischer Seeüberlegenheit gegenüber den Angriffsabsichten der Vereinigten Staaten — weil sich die Japaner eingeständenermaßen der U-Boote besser zu bedienen wüßten, als die USAmerikaner, „deren (gemietete) Seeleute die

Arbeitsweise und das Training an Bord eines U-Bootes nicht liebten“. „Alle japanischen Fahrzeuge können bei Seeoperationen bis Hawaii und zurück, und die beseren auch bis San Francisco und zum Panamakanal, um sich am Zerstörungswerk zu beteiligen.“ (Transpacific, Tokio, 30. 6. 32, S. 9.) Das kühlt ab! Ebenso mahnen zur Vorsicht die trotz allen Spannungen fortgesetzten Fischereiverhandlungen zwischen Koki Hirota und Leon Karachan zu einem bis 1937 ausgedehnten Fischereiabkommen, über ein Dauerverhältnis der japanischen Fischer zu den 392 zur Zeit von Japan aus befischten Pachtgründen — einer wirklichen Volksernährungsfrage für Japan, das voraussichtlich 290 Fischgründe versteigerungsfrei für sich retten kann: ein Entgegenkommen der Sowjets, wo sie am Hebelende sitzen.

Der Anblick starknervigen Durchhaltens in der Behauptung geopolitischer Großmachtdaseinsnotwendigkeiten in Japan, Frankreich und bei den Sowjets hat auch die Herrschernerven des britischen Imperiums seit der nationalen Konzentrationsregierung gebessert. Das drückt sich nicht nur in der Art aus, wie die britische Delegation unter Baldwin (trotz den üblen Vorzeichen eines angebrannten Salons und eines Zusammenstoßes der Empress of Britain, auf der sie fuhr) Ottawa entgegengehend und sich dort einfuhrte, sondern auch in allerhand scheinbar nebensächlichen Zügen, vor allem darin, wie man die Sachverständigen in der indischen Frage, Ausschuß um Ausschuß sich auswirken ließ.

Freilich: die Tatsache, daß auch die indischen Gemäßigten („Economist“ 32, S. 115) sich nicht an der Verantwortung für das nun aufzudrängende Verfassungswerk beteiligen wollten, daß Leute, wie Sir Tej Bahadur Sapru und Jayakar mit ihren Freunden sich zurückzogen und die britische Regierung allein auf dem Plan als Zielscheibe für den Volkshaß ließen, das hat enttäuscht. Nun hofft man auf den Länderehrgeiz, wenn deren Verfassungen erst einmal spielen.

Ein Experiment, wie sich solche Länderverhältnisse einspielen könnten, hat man ja in Ceylon gemacht, ohne bis jetzt die Obstruktion mit der seit einem Jahr in Betrieb gesetzten Verfassung der Donoghmore-Kommission überwinden zu können. („Times“ 13. 7. 32.) Ein weitgehendes Stimmrecht, für Männer vom 21., für Frauen vom 30. Jahr an, hatte gewinnend wirken sollen, aber das Ergebnis war „ein jähes Aufflackern einer starken nationalistischen, bis zu einem gewissen Grad antibritischen Bewegung“; und auch organisatorisch bisher ein Fehlschlag. Sogar der Präsident der sogenannten „Liberalen“, Francis de Zoysa, K. C., nannte die Konstitution „ein Gemisch des Zarentums von Altrußland mit einigen Bestandteilen des Sowjetsystems von Neurußland unter der Form einer verantwortlichen Regierung“. Das klingt ja nicht nach Beglückung. Dagegen begrüßte man die neue konstitutionelle Monarchie in Siam, und das von J. H. Hofmeyr gepriesene Beschwichtigungswerk von Srinivasa Sastri, weniger Frau Sarojini Naidu an den Indern in Südafrika, einer sehr wunden Stelle des India-Meer-Reiches, obwohl es sich ja eigentlich nur mehr um rund 20 000 in Transvaal und

160000 in Natal handelt. „Der Weg zu einer endlichen Lösung von Südafrikas Asiatenproblem bleibt lang und schwierig.“

Dabei behält man natürlich den aufreizenden Einfluß der „Fern-Ost-Gefahr“ auf alle Farbenfragen im Auge, aber sehr resigniert, wofür vielleicht am besten ein ausgezeichnet geschriebener Aufsatz im „Manch. Guard.“ (16. 7. 32) zeugt. „... jeder muß nachgerade überzeugt sein, daß Japan in der Mandschurei hinter anderm Wild her ist, als danach, die Mandschurei sicher für Demokratie oder zu einem günstigen internationalen Markt zu machen“ ... „Der Völkerbund hat vollkommen versagt (has failed) ... er zeigte, daß er gegenüber der allergefährlichsten Kriegsursache nichts vermochte ... daß wir so hilflos wie jemals sind, wenn ein viriles Volk auszuschwärmen beginnt“ („a virile nation begins ta swarm“).

Ein magerer Trost ist, „daß Japan erst zu realisieren beginne, daß die Chinesen, das schwierigste Volk in der Welt, um sich selbst zu regieren, unter den besten seien, um andern das Regieren über sie zu erschweren“. Gewiß: das realisieren die Japaner auch; das beweisen ihre rastlosen Untersuchungen der Einwanderungsfrage, so durch Tokuzo Komai (Changchun, 11. 6.) und Chuichi Ohashi, wie S. Honjo; aber sie verdoppeln einstweilen nur ihre Anstrengungen, gespornt durch den Druck ihrer Wirtschaftskrise, etwa $\frac{1}{2}$ Million Arbeitsloser, einer schwer verschuldeten Landwirtschaft, die alle von der Raumerweiterung Erleichterung hoffen.

Selbst wenn ein Mann wie Graf Ishii abwiegen will (s. oben!), so sagt er doch, „daß Nationen ihre eigenen Sphären haben“ („Transpacific“, 23. 6., S. 9) und malt die Gefahr an die Wand, die entstehen muß, wenn andere in die japanische eingreifen, wozu unzweifelhaft Nordostasien gerechnet wird.

Daß aber auch der Zug nach Süden nicht schläft, das erfuhr ein so harmloser Anthropolog wie P. V. van Stein Callenfels mit seinen Entdeckungen über frühere Wanderungen der Ainu über Indochina nach Java und zurück, die von Ryosei Koganei und Prinz Oyama begeistert begrüßt wurden. Dem einen aber sind Übergänge von Stein- zu Hornpfeilspitzen und nachher wieder zu Steingewaffen, Rassenzusammenhänge von der Mandschurei bis Indonesien Gegenstände harmloser Forschetätigkeit; andern aber sind sie ein willkommener Beweis, daß man dahin, wohin man einstmals im Bambusfloß und Baumkanu gelangte, später in unverlierbarem Rassenerbe mit Schlacht- und Flugkreuzern fahren sollte!

Ein wehrpolitisch höchst bemerkenswerter Versuch am Rande des indopazifischen Bereichs hat inzwischen seinen erfolgreichen Abschluß gefunden: der Flugtransport eines britischen Regiments aus Ägypten in Feldausrüstung über Rutba Wells nach Kurdistan und zurück je innerhalb einer Woche, rund 1600 km weit, um rasch einer Meutereigefahr der die R.A.F.-Flughäfen bewachenden Assyrer im Irak die Spitze abzuberechen. Das ist etwa die gleiche Leistung, wie der Flug eines französischen Infanterie-Regiments über ganz Deutschland und Polen hinweg wäre, von Paris mit Zwischenlandungsrast in Prag nach

Wilna oder Brest-Litowsk. Im Jahr 1932 brauchte man einen „Korsettstangenstab“, wie den von Lord Kitchener nicht mehr der Minengefahr auszusetzen; man könnte ihn im Flug über neutrale Länder hinweg an den Zarenhof verfrachten! Er konnte so schnell und bequem, wie die 500 Northamptonshire-Trooper, etwa von Scapa Flow nach dem Finnischen Golf gebracht werden. Die Spanne zwischen dem Keil von Weißenburg und von Eger ist nicht ein Viertel der Flugstrecke von Ägypten nach Kurdistan; und die Flugbesetzungserfahrungen Japans in der Mandschurei zeigen, wie schnell heutzutage weite Landräume gelähmt werden können, namentlich wenn sie nicht auf Fliegerabwehr vorbereitet sind.

Beides sind neuere Erfahrungen aus dem Bereich der Wehrgeopolitik, die sich das kleinräumige und so vielfältig angreifbare Mitteleuropa zu Herzen nehmen sollte. Auch die Unbefangenheit müßte zu denken geben, mit der Generalleutnant Matsui, als Delegierter seiner Abrüstungskommission von Genf in die Heimat unterwegs, in Berlin von lebenswichtigen Problemen auf fremdem, mandschurischem Boden sprach „die 60 Millionen Japaner mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit dem unweigerlichen Entschluß verfolgen, sich allen Hindernissen entgegenzustemmen, die diesen fundamentalen Interessen sich in den Weg stellen sollten“. Doch wohl auch dem Völkerbund — wenn er es wider Erwarten wagen sollte? (Vgl. Matsui: „Die Frage der Mandschurei und der mandschurischen Unabhängigkeit“; Genf 1932, Kundig; Deutsch, Franz., Engl. i. gl. Text.)

Generalleutnant Matsui aber geht ja nicht erst zu einer Abrüstungskonferenz, sondern er kommt von ihr — wie auch der Italiener Balbo mit seiner herben Kritik; er weiß also genau, was dorten Brauch und Rechtens ist und was der öffentlichen Meinung der Erde vorgesetzt werden kann; gleichzeitig wird die Abrundung der Mandschurei durch Jehol (26. 7. 32) begründet. „Auch hier geschieht, was längst geschah.“ Lernt, ihr Gewarnten! (Discite moniti.)

S P Ä N E

Chaco-Konkurrenz

Senor Matos (Guatemala), an zuständiger Stelle des Völkerbundes handelnd, hat die diplomatischen Vertreter von Bolivia und Paraguay gebeten, von Handlungen Abstand zu nehmen, die den Chaco-Konflikt verschärfen könnten und zu Feindseligkeiten führen würden. Damit der 1. August seinem Kalendarium erhalten bleibe, hat Paraguay an diesem Tage in Asuncion die Mobilmachung erklärt; Bolivia antwortet mit der gleichen Maßregel. Mit den stehenden Heeren: rund 2900 Mann aus Paraguays 836 000 Einwohnern

und 3600 aus Bolivias buntem Rassen-gemisch von 2,9 Mill. allein ist auch in den riesigen Räumen des Chaco kein Staat zu machen. Aber nach den Erfahrungen mit dem Völkerbunds-Burgfrieden anderswo könnte man sich auf langen Unfrieden gefaßt machen. Zum Glück haben auch die A.B.C.-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile) — wiewohl selbst revolutioniert — ihre Vermittlung angeboten, wie 1914 zwischen dem großen Mexiko und den größeren U.S.A., und 1929 im Chaco. Das fleckt schneller! „Der Art ja versiehst du dich besser...“ könnte Wotan sagen.

Friedenstaubenschlag-Knappheit

beklagt der „Manch. Guardian“, da London und Genf ihnen für einen Welt-Anti-Kriegs-Kongreß den ungestörten Anflug verweigern. „Man fürchtete wohl, daß — einmal einge-lassen — einige dieser eigenartigen Tauben barsche, untaubenhafte Töne ganz besonderer politischer Art hervorstoßen könnten, zum möglichen Ärgernis anderer Empfindlichkeiten.“ — Früher ließ man wenigstens Intellektuelle, wie Einstein, Romain Rolland, Theodor Dreier in Genf zum Fenster hinausreden. „Wenn diese Schwierigkeiten fort dauern, wird wohl der Völkerbund tätig werden, und sagen wir, im weiten Pazifik, eine Konferenz-Insel anweisen müssen“ — (also eine Art Friedens-

tauben-Ablagerungs-Stätte, wie sie schon Schef-fels Lied von der friedlichen Stelle vorsah!) — „wo es keine ‚alien‘ Einschränkungen gibt, wo die Staatsminister des Innern keine Angst zu haben brauchen, und wo alles Federzeug untereinander schnäbeln, gurren oder kackeln kann, mit und ohne Nutzen,“ „Die Suche der dreitausend Pazifisten nach einem Stangerl in einer kriegsmüden Welt ist nicht ohne Ironie“, schreibt das im Grunde doch eher friedensfreundliche Blatt. Wir hängen seine schmerzlichen Einsichten zum Hausgebrauch für London und Genf tiefer, damit deutsche Gesinnungsfreunde ihre Klagen dorthin richten, statt sich über Mitteleuropas Bleisoldaten zu ärgern.

FRITZ S. BODENHEIMER:

Der Staat als Überindividuum

Es ist zu betonen, daß auch diese Fortführung der Gedankengänge aus Heft 8 nur Leitsätze und Beispiele bringen will. Die wissenschaftliche Grundlegung, soweit sie der Biologie heute schon zugänglich ist, wird von Professor Bodenheimer in einem bisher noch nicht gedruckten umfassenden Werk gegeben.

Die Schriftleitung.

Die These

Die Realität von Überindividuen in der gesamten Tierwelt kann schlechterdings kaum gelegnet werden.

Als Überindividuum bezeichnen wir solche Gruppen oder Gemeinschaften von Lebewesen, welche in ihrer Gesamtheit Regulationen zeigen, wie wir sie in reinsten Form beim Organismus vorfinden. So sind die Reaktionen und Funktionen des normalen und lebenskräftigen Bienen- oder Ameisenvolkes stets auf den harmonischen Erhalt des Lebensrhythmus des ganzen Volkes, nicht ihres eigenen Individuums gerichtet. Und ganz genau dieselbe Einstellung finden wir überall beim Menschen im nationalen Leben wieder. Entgegengesetzte Äußerungen des Großstadtmenschen einer späten Entwicklungsperiode werden wir bald als Alterszeichen erkennen. Sowohl die Historiker wie die Nationalökonomien haben das Volk, die Nation von jeher als Organismus bewußt angesprochen.

Einen wesentlichen Fortschritt in dieser Hinsicht bedeutet die Kulturmorphologie Spenglers. „Diese Kulturen, Lebewesen höchsten Ranges, wachsen in einer erhabenen Zwecklosigkeit auf, wie die Blumen auf dem Felde.“

Jede Kultur erstet in ganz bestimmtem, gesetzmäßigem Ablauf ihrer Epochen und endet mit dem natürlichen Alterstod. Während der Verlauf der Oberflächen-

form nach durch Zufälligkeiten wie Tod oder Fehlen einer führenden Persönlichkeit, oder von ebenbürtigem Nachwuchs für solche anscheinend entscheidend bestimmt und gerichtet werden kann, zeigen in allen bisherigen Kulturen die einzelnen Perioden oder Phasen ihrer Wesensessenz nach eine auffallende Gleichheit der Dauer. Besonders eindrucksvoll gestaltet sich das Alter und der Tod einer Kultur. Mit dem Absterben der Religiosität wird dieselbe Zivilisation, der nüchterne, rationelle Stadtmensch wird ihr Träger. Körperliche wie geistige Unfruchtbarkeit beginnen. Und nicht aus äußerer, sondern aus innerer Ursache beginnt der Tod. Der „geistige Nomade“ hätte die physische Möglichkeit, durch ländliche Siedlung eine gesündere Entwicklung herbeizuführen. Keiner Zivilisationsperiode ist dies Meisterstück je gelungen. „Das Heimweh nach der großen Stadt ist stärker . . . als jedes andere.“ Die Unfruchtbarkeit und das Aussterben dieser großen Städte von innen her hat — wie wir jetzt bereits verstehen — keineswegs etwas Metaphysisches an sich. Sie ist die logische physiologische Folge des Naturablaufes.

Korherr ergänzt diese Geschichtsmorphologie durch eingehende Schilderung der parallel gehenden Bevölkerungsbewegungen. Als ehernes Gesetz erscheint es, daß mit der Entstehung der sterilen und menschenzehrenden Weltstädte der späteren Zivilisation das Land sich entvölkert und zugrunde geht. Babylon, Alexandria, die Inka- und Maya-Kulturen, Bagdad und Kordova wie das alte Rom sprechen ihre beredte Sprache aus verfallenem Gemäuer. Und so falsch es wäre, im Geburtenrückgang das Zentralproblem unserer modernen Zivilisation und Gegenwart zu sehen, so bedeutungsvoll ist gerade diese Phase der Entwicklung als Indikator.

Es sei übrigens besonders hervorgehoben, daß der natürliche Tod keineswegs mit dem physiologischen Alterstod identisch ist. In allen Tiergruppen ist es stets nur ein sehr kleiner Prozentsatz, der ihn stirbt. Die mittlere Lebenserwartung des neugeborenen Kindes weist stets einen großen Abstand vom Alter des natürlichen Greisentodes auf. Verringerung der Säuglings- und Seuchensterblichkeit, verbesserte Ernährungs- und Wohnverhältnisse, größere Sicherheit der allgemeinen Lebensverhältnisse haben zu einer wesentlichen Annäherung des tatsächlichen durchschnittlichen an den physiologischen Tod beim Menschen geführt. Dieser „Erfolg“ der Hochzivilisation wird durch den Geburtenrückgang mehr als aufgehoben. Keine menschliche Weisheit vermag den — vielleicht noch Jahrhunderte entfernten — Alterstod der Staaten, welche die Träger der westlichen Zivilisation sind, aufzuhalten.

Die organisierten Formen des menschlichen Überorganismus sind bisher immer Volk und Staat gewesen. Eine Integration zu einem höheren Organismus, welcher die ganze Menschheit umfaßt, ist bisher stets mißglückt, und die Aussichten für eine derartige höhere Integration sind außerordentlich gering. Jede Entwicklung, welche daher zur Lockerung der Volks- und Staatsverbände führt, ist im biologischen Sinne als ein gefährlicher Abweg zu betrachten, als eine Desorganisation, welche zur Anarchie führt.

Bestätigungen

a) Zur Biologie der Kultur

Daß das menschliche Bevölkerungswachstum der logistischen Kurve folgt, steht in Übereinstimmung mit den allgemeinen Gesetzen der Biologie. Was den Menschen vor den anderen Tieren auszeichnet, ist die Tatsache, daß er vermittels seines Gehirns wie von Werkzeugen in Etappen seine Umwelt in steigendem Maße zu erschließen vermag. Beim Übergang vom Jägervolk zum Nomaden, vom Nomaden zum primitiven Fellachen, vom extensiv zum intensiv wirtschaftenden Bauer, vom Agrar- zum Industrievolk — stets erweitert sich die Kapazität der Umwelt sprunghaft und stets folgt die Ausfüllung dieser erweiterten Umwelt gemäß der logistischen Kurve. Wenn die Spenglersche Geschichtsmorphologie ein Gesetz darstellt, so befindet sich die Welt zur Zeit im Stadium des letzten Bevölkerungsanstieges dieser Kulturepoche, die mit Entvölkerung und Rückgang abschließt.

Die Nationalökonomie wirft auf solche Gedankengänge regelmäßig ein, daß die Wirtschaft des Menschen doch keinesfalls biologisch beurteilt werden könne. Monopole, wie Bodensperre usw., welche die menschliche Wirtschaft und Bevölkerungsbewegung entscheidend bestimmen, gäbe es in der Natur nicht. Doch der Biologe kann erwidern, daß sich stets dieselben Monopole in ihren entsprechenden Kulturepochen herausbilden, daß sie also als Eigenschaft des Menschen, als sein Bedürfnis, in die biologische Berechnung eingesetzt werden können. Wir haben keinerlei Anzeichen dafür, daß die Menschheit einer neuen Epoche höherer Sittlichkeit und Kultur entgegenstrebe, in der das Monopol und die Gewalt ausgeschaltet seien. Die Erforschung der Kulturmorphologie widerspricht einer solchen Entwicklung auf das entschiedenste.

Im Gegenteil, es soll hier ernsthaft die Frage aufgeworfen werden, inwieweit vielleicht die gesamte Kultur des Menschen biologisch beeinflußt sei. Die folgenden Gedanken beanspruchen keine Geltung, sie sollen vielmehr zum Nachdenken in der angedeuteten Richtung anregen. Es erhebt sich nämlich die Frage, inwieweit die logistische Bevölkerungszunahme in jedem Stadium die Kultur beeinflusse bzw. von ihr beeinflusst sei.

Zunächst die Wirtschaft! Überall finden wir hier ein Gesetz des Optimums in Geltung. In der Landwirtschaft heißt es das Gesetz des sinkenden Bodenertrages. Oberhalb einer gewissen Ausnutzungsintensität wächst der Ertrag nicht mehr proportionell der hineingesteckten Arbeit, sondern in stets abnehmendem Maße. In der Industrie folgt auf das langsame Wachstum im Pionierstadium das hemmungslose Wachstum der Industrie und Stadt, das in eine Überschreitung der optimalen Produktionsbedingungen, langsam und stetig abgebremst, zum Stillstand kommt. Eine innere Begründung hierfür liefert das Wolffsche Gesetz der technisch-ökonomischen Entwicklungsgrenze. Wenn in einem Jahrhundert die Industrie

von 3,8 kg Kohlenverbrauch pro Pferdekraftstunde auf 0,8 kg herabsank, wenn von Kolumbus bis zur „Bremen“ die Dauer der Amerikafahrt von 70 auf 5 Tage absank, wenn der Preis für Kristallsoda seit 1814 von 120 auf 5 Mark pro Doppelzentner absank, dann kann keine künftige Verbesserung jemals eine ähnliche Bedeutung für die Industrie erlangen. Hier ist die Begründung für das logistische Wachstum der menschlichen Wirtschaft in seinem jeweils neu erschlossenen Arbeitsraum enthalten. Die Grenze des Fortschrittes im technischen Zeitalter nähert sich so ihrer Erfüllung. Es ist unwahrscheinlich, daß ein ähnlicher Fortschritt wie im verflossenen Jahrhundert in aller absehbarer Zukunft je nochmals erreicht werden kann. Die Erstarrung und das Ende unserer Kulturepoche läßt sich also auch diesen Gesichtspunkten entnehmen.

Daß die Ansichten der Bevölkerungspolitiker weitgehend von dem Stadium der S-Kurve abhängen¹⁾, wird jetzt verständlich. Im steilen Aufstieg erscheint die Sorge um die Ernährungsmöglichkeit künftiger Geschlechter vorwiegend, bei der Annäherung an das stabile Maximum die um Erhaltung von Wehrkraft und Weltgeltung, besonders solange Nachbarn sich noch im steilen Aufstieg befinden.

Endlich erscheint es noch der Erwägung wert, inwieweit die politischen Ansichten einer Zeit eine Funktion der S-Kurve darstellen. Stellen wir uns für einen Augenblick einen Übergang vom Nomaden ins Fellachenstadium vor. Die geringe Zahl der Bauern vermag ihre wertvollen Arbeitsprodukte nur durch straffsten Zusammenschluß vor der Habgier der umwohnenden Nomaden zu beschützen. Eine straff geführte Autokratie erscheint als gegebene Staatsform. Mit dem Bevölkerungswachstum wird die Zahl der Bauern so groß, daß die Abwehr der Nomaden leicht wird und nur noch eine Frage für die das Randgebiet bewohnenden Siedler ist. Alle erwerben leichtlich ihr Brot, und die Lebensformen werden mehr auf das Wohl des Individuums eingestellt. Dies ist die Blütezeit der demokratischen Regierungsform wie des liberalen Gedankens. Mit der Annäherung an das Maximum erweist sich das Eingreifen staatlicher Autorität in immer wachsendem Maße als erforderlich, um Übergriffe der individuellen Wirtschaft gegen das Gesamtinteresse zu verhindern. Ähnliches finden wir in der Industrie. Die Pionierepoche ist nur bei äußerer Sicherheit im Obrigkeitsstaate erfolgreich durchführbar und, wie wir wissen, häufig nur mit dessen Förderung und Hilfe. Im steilen Aufstieg der ersten Industrieerfolge finden wir Demokratie und Liberalismus als herrschende Gedankenwelt. Heute wechselt das Schwergewicht wieder vom Individuum auf den Organismus. Der Staat sucht die wildgewachsene Privatwirtschaft in die Bahnen des allgemeinen Interesses hineinzuzwängen. So erstehen die faschistischen (cäsarischen) und kommunistischen Parteien, welche im Grunde beide dieses eine Ziel erstreben.

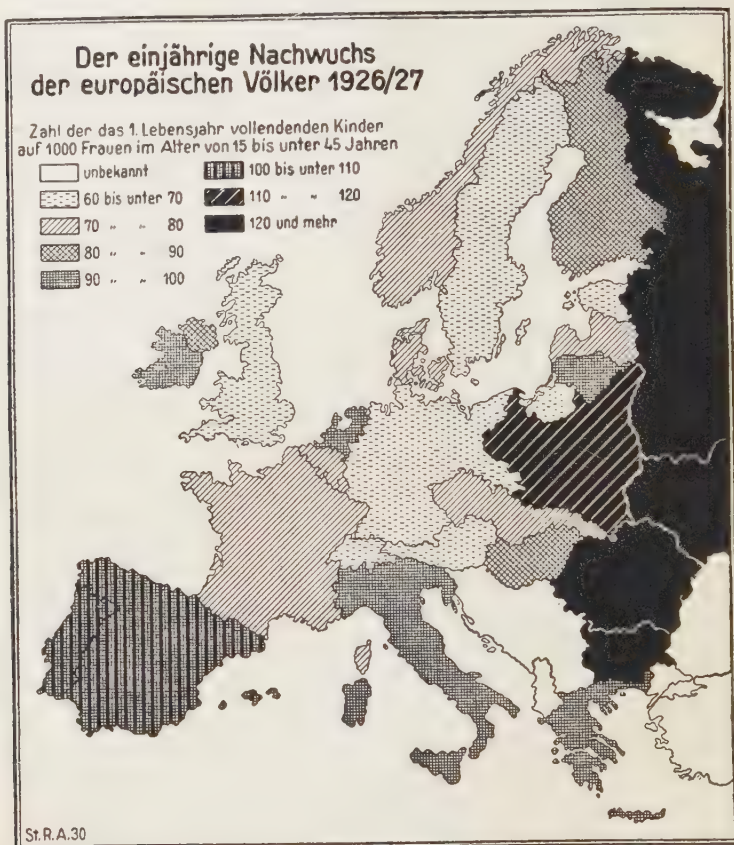
¹⁾ Vgl. Bodenheimer, F.: Thesen für eine menschliche Bevölkerungslehre auf biologischer Grundlage. Zeitschrift für Geopolitik, 1932, Heft 8, S. 470–474.

b) Die Selbststeuerung in der Bevölkerungsbewegung als Beweis für den Begriff des Überorganismus

Die allgemeine Bevölkerungskurve haben wir bereits zuvor besprochen. Es ist dabei für Deutschland festzustellen, daß kurz vor 1850 die mächtige Entwicklung der Exportindustrie eine neue mächtige Anstiegswelle der Bevölkerung eingeleitet hat, welche normalerweise um das Jahr 2000 zu einer oberen Asymptote von 116 Millionen Einwohnern geführt hätte. Auch wenn wir das verkleinerte Areal des heutigen Nachkriegsdeutschlands einsetzen, kann die heutige Asymptote an sich nicht überschritten sein. Was ist alsdann der Grund der heutigen Arbeitslosigkeit und mangelnden Ernährungsmöglichkeiten? Die Antwort ist einfach und klar. Der Weltkrieg hat direkt wie indirekt die Umweltbedingungen des deutschen Volkes wesentlich verändert. Heute sind nicht mehr Deutschland und England die einzigen großen Industriezentren der Welt. Die Vereinigten Staaten kamen als mächtiger Konkurrent hinzu, Japan erscheint auf dem Horizont; aber wichtiger als dies ist die Erscheinung, daß allenthalben auf der Welt lokale Industrien wie Pilze aus der Erde wachsen, welche in eigener Erzeugung die westeuropäische Exportindustrie überflüssig machen. Hierdurch verschlechtert sich die Umwelt, und heute lebt Deutschland nicht mehr in einer Welt, welche ihr die Maximalkapazität von 116 Millionen gesichert hätte — diese liegt heute wesentlich niedriger. Ob ihre Kapazität bei 50 oder 75 Millionen liegt, kann heute noch nicht endgültig entschieden werden. Es hat eher den Anschein, als ob sie zwischen den genannten Werten schwanke. Was ist nun biologisch geschehen? Eine Bevölkerungsbewegung im steilen Anstieg ist durch veränderte Umweltbedingungen plötzlich zum Stillstand gekommen. Der tatsächlich erreichte Bevölkerungsstand liegt plötzlich in der Nähe des jetzigen Maximums. Wenn das Volk als solches einer biologischen Selbststeuerung fähig ist, muß sich dies jetzt offenbaren. Und in der Tat, eine solche Selbstbestuerung tritt ein. Die deutsche Geburtenbewegung verläuft im heutigen Reichsgebiet:

Jahr	Mittlere Bevölkerung in Millionen	Lebendgeborene pro Tausend	Geburtenüberschuß pro Tausend
1913	59,673	26,9	12,1
1920	59,993	25,8	10,7
1921	60,625	25,1	11,3
1922	61,185	23,0	8,6
1923	61,577	21,1	7,1
1924	61,952	20,5	8,2
1925	62,408	20,7	8,8
1926	62,865	19,5	7,9
1927	63,252	18,4	6,4
1928	63,607	18,6	7,0
1929	63,957	17,9	5,3
1930	64,294	17,5	6,5
1931 (vorl.)	64,621	15,9	4,7

In anderthalb Jahrzehnten hat sich so der Geburtenüberschuß mehr als halbiert. Dies gibt aber nur ein ganz unvollkommenes Bild der Selbstregulation. Gleichzeitig ist nämlich der normale Bevölkerungsaufbau strukturell verändert. Die Zahl der Kinder ist ungewöhnlich klein, der Greise ungewöhnlich groß. Würde man



Aus Burgdörfer, Volk ohne Jugend — Geburtenschwund und Überalterung
des deutschen Volkskörpers — 9. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik

die Daten für 1931 auf eine „normal“ geschichtete Bevölkerung von 57,4 Jahren mittlerer Lebensdauer beziehen, so würde die jährliche Sterbeziffer 17,4 ‰ statt der tatsächlichen von 11 ‰ entsprechen. In der Tat setzt sich also die Vergreisung im Bevölkerungsaufbau noch immer fort. Verglichen mit 1910 fehlten in der heutigen Struktur schon 1927 8½ Millionen Kinder unter 15 Jahren. Die 15,9 ‰ Lebendgeborenen entsprechen in der Tat nur 13,4 ‰. Daraus berechnet Burgdörfer für 1931 die folgende „bereinigte“ Lebensbilanz des deutschen Volkes:

Geburten-Soll (bereinigte Sterbeziffer)	17,4 ⁰ / ₀₀	17,4 ⁰ / ₀₀
Geburten-Ist (bereinigte Geburtenziffer)	15,9 ⁰ / ₀₀	13,4 ⁰ / ₀₀
Mithin Defizit	— 1,5 ⁰ / ₀₀	— 4 ⁰ / ₀₀

Dies ist die biologische Evaluierung, welche sich hinter dem angeblichen Geburtenüberschuß von noch 4,7⁰/₀₀ verbirgt. Für die Berliner Bevölkerung sieht dieselbe Bilanz aus (1927):

Geburten-Soll	17,4 ⁰ / ₀₀
Geburten-Ist	7,6 ⁰ / ₀₀
Mithin Geburten-Defizit	— 9,8 ⁰ / ₀₀

Die Abbildung zeigt, daß in der Tat — abgesehen von dem bereits vor dem Kriege bevölkerungsstabilen Frankreich — nur die Exportindustriezentren Deutschlands und Englands eine solch scharfe Bremsung ihrer Bevölkerungsentwicklung nach dem Kriege durchgemacht haben.

Der Wechsel in der Altersschichtung, wie ihn die Tabelle darstellt, ist ebenfalls ein Ausdruck der biologischen Selbstregulation.

Von 1000 Deutschen waren

Altersklassen	1910	1925	Differenz
0 bis 15	342	275	— 85
15 bis 50	504	555	+ 51
50 und mehr	134	188	+ 34

Dabei zeigt die Abnahmekurve der Kinder nämlich eine überraschend symmetrisch gegenläufige Veränderung zu der Zunahme der Greise. Was für den deutschen oder englischen Bevölkerungspolitiker, der nur die Veränderungen, aber nicht ihren Sinn wahrnimmt, als trauriges Zeichen des physischen und sittlichen Verfalles seines Volkes erscheinen muß, stellt sich unter dem Gesichtswinkel der biologischen Analyse als eine äußerst zweckmäßige Selbststeuerung dar. Wer das deutsche Volk bevölkerungspolitisch aus seiner Stagnation herausführen will, muß zuerst seine Umwelt verändern. Das könnte etwa durch innere Kolonisation größeren Ausmaßes oder durch die Erschließung neuer, stabiler Exportmärkte geschehen. Im gegenwärtigen Raum muß seine Bevölkerung stabil bleiben.

Diese Tatsache selbst und die Geschwindigkeit, mit welcher das Abbremsen vom steilsten Anstieg des Bevölkerungswachstums übergangslos zu einem stabilen Maximum geschah, ist einer der stärksten Hinweise für die Auffassung der Völker als realer Überorganismen, der Staaten als Überindividuen.

KARL PINTSCHOVIVS:

Bilanz und Bankrott im Staatsleben

Das Stuttgarter Gutachten¹⁾ des Reichssparkommissars, das seit einigen Wochen vorliegt, gibt dem geopolitisch geschulten Beobachter manchen entscheidenden Gedanken. Der ganze Vorgang der Wirtschaftsprüfung im Staatsgefüge läßt sich nur aus dem vorgeschrittenen Stadium der Entwicklung zur Ökumene verstehen. Erst der Staat, der ein Wirtschaftsrisiko hat, dem die Sicherheit des Nährbodens verlorengegangen ist und der kaufmännischer Ersatzfähigkeit bedarf, um leben zu können, hat Grund und Anlaß zur kaufmännischen Selbstkontrolle. Jener alte Staat, der sich als herrschaftlicher Ausdruck des Verhältnisses von Mensch und Boden innerhalb eines Wehrbereiches darstellt, ruhte auf Macht und Opfer. Je lebendiger das Opfer, desto tiefer und voller war sein Gehalt. Das Spekulative war dem alten Staat fremd. Im Geistigen und in der Verwaltung. Er ruhte im Schoße der Landschaft, deren Grenze die Spitze des Degens bestimmte. Es gab die Gefahr des militärischen Versagens und der Verschwendung, nicht aber die Gefahr eines falschen Kurses. Eine Gefahr des kulturellen Schlagwetters und die Möglichkeit, in der organisatorischen Linie vorbeizugreifen, kannte der alte Staat nicht. Aufstieg und Niedergang waren im wesentlichen von der Güte des Volkes abhängig, der körperlichen Kraft, der Moral und den Problemen der Religion, die aus naiver Kosmologie heraus vorökumenisch ist. Eigentliche Probleme, d. h. solche, die gestaltet und entschieden werden müssen, standen damals nicht dahinter. Noch waren Berg und Wasser, Wüste und Sumpf absolute Grenzfaktoren. Die Ausstrahlung sozialer Binnenwerte fing erst da etwas Ernstes zu bedeuten an, als Ingenieurkunst und Kultur den Sozialkontakt hervorriefen, der uns das Recht gibt, von einer Entwicklung zur Ökumene und einem die physikalischen Bedingungen überlagernden „sozialen Raum“ zu sprechen.

Seitdem ist auch „Staatsmann-Sein“ etwas Anderes, und es gehört mehr dazu, als Herrscher und Feldherr sein. Der neue Staatsmann hat die Notwendigkeit, Ideologe, Organisator, Propagandist und Kaufmann zu sein. Der Staat will seitdem täglich neu konzipiert werden: furchtbare Nervenprobe und entsetzlicher Führerverschleiß. Daß Regierungsmänner auf längere Perioden im Format ausreichen, wird immer seltener. Auch darin ist der Parlamentarismus, dessen Regierungsleben eigentlich nur ein kinematographischer Effekt ist, sinnbildlich wirkender Ausdruck der Entwicklung. Das Beste, was die Leiter des Staates in dieser Krise machen können, bezieht sich darauf, am Apparat zu arbeiten. So bildet sich eine Staats-

¹⁾ Gutachten des Reichssparkommissars über die Verwaltung der Stadt Stuttgart. Stuttgart (Ernst Klett) 1932.

maschine, die zu bedienen ist und böse Fehler haben kann. Die Tätigkeit des Reichssparkommissars ist Ingenieurkontrolle an dieser Maschine, wobei die Schwierigkeit die ist, daß man einem Entwicklungsgehalt gegenübersteht und durch institutionelle Zusammenhänge im konstruktiven Schalten gebunden ist. Man muß vorsichtig sein, leicht scheitert man selbst.

Diese Vorsicht geht durch das ganze Gutachten, von den ersten 21 Seiten abgesehen, die einige Grundideen zur kommunalen Willensbildung (wahrscheinlich vom Leiter des Prüfungsdienstes verfaßt) vorausschicken. Auf mehr als 300 Seiten zieht sich, oft allerdings verkleidet, eine Kritik hin, die wegen des Reichtums an Beobachtungsergebnissen und an Daten als Leitfaden der Kommunalpolitik gebraucht werden könnte und akademischen Wert im besten Sinne hat. Stuttgart ist eine schlechte Verwaltung, sagt das Gutachten — offenbar gar nicht oder nur wenig dadurch beirrt, daß sich die Kommunen aus eigenem Antrieb der Prüfung unterwerfen und der Reichssparkommissar ähnlich mandatsmäßig arbeitet wie der als Treuhänder tätige Privatmann: der Reichssparkommissar als Organ der bürgermeisterlichen Selbsterkenntnis! Sollte wirklich, was von außen her schwer zu beurteilen ist, nicht immer der Kern der praktischen Sachlage getroffen sein und der Reformeffekt ausbleiben, so ist hiermit doch auf jeden Fall eine gedankliche Vorlage geliefert, die den Hochschulunterricht von neuem beleben kann.

Wenn es auf Seite 319 des Berichts im Einklang mit anderen Stellen heißt:

„In richtiger Erkenntnis, daß Volksbäder keine vollwirtschaftlichen Anstalten sind, hat Stuttgart zur Erstellung und zum Ausbau seiner Bäder keine Anleihemittel in Anspruch genommen. Der gesamte Aufwand ist aus laufenden Mitteln bestritten worden. Die Durchführung dieser Finanzierung wurde durch das in Stuttgart herrschende System der Erneuerungsrücklagen erleichtert ...“

so wirkt darin, nur nicht scharf genug erkannt, berechtigterweise das Gefühl des Ineinanderseins zweier Etatsgrundsätze, zweier Staatsverwaltungsziele: in den Geschäftsetat ökumenischer Wesensart wird sich, soweit man sehen kann, immer der Opferetat einer Verwaltungsweise einmischen, die nicht kalkuliert, sondern umlegt. Soweit ein organisatorisches Band zwischen Boden, Bürger und gliederunggebendem Rechte bestehen muß, soweit lebt auch der mit kapitalistischer Bilanz unvereinbare Hoheitscharakter hinter den zivilen Formen weiter. Die Elemente, die den Staat zum Kernproblem der Geschichte machen, lassen sich nicht abschreiben: sie spotten dieses rechnerischen Gedankens. Es geschieht ganz im Sinne dieser Problematik, wenn Seraphim im Juni/Juli-Heft der „Volkswirte“ von 1932 seine Gesichtspunkte zur Agrarpolitik mit der Frage einleitet:

„Sind die besonders ungünstigen Agrargebiete Deutschlands zu halten oder müssen sie ‚abgeschrieben‘ werden?“

Soweit der Staat in Grundbestandteilen extra commercium wurzelt, versagen die Spar- und Rationalisierungsmaßstäbe. Da liegt die Grenze des Sparkommissars.

Auch das Stuttgarter Gutachten stößt überall auf die unverlegbaren Abhängigkeiten der Entwicklungsfunktion, die dem Staat eigen ist.

Gerade dadurch, daß es von der Idee nichts weiß, sondern vorurteilslos produziert, ist das Gutachten ein wertvoller Beleg. Ein guter Instinkt für die Theorie der Anleihe wirkt in derselben Richtung (Seite 48). Die Anleihe ist Ausdruck industriewirtschaftlicher Labilität und Sache eines Willenssystems. Auf die unausschaltbaren Begebenheiten des Opferetats darf sie nicht angesetzt werden. Ihre Deckung soll sich nicht über die Lebensdauer der Einrichtungen hinausschleppen, zu deren Finanzierung sie gedient hat. Die Anleihezinsen müssen sich erwirtschaften lassen. Sie dürfen nicht ersteuert werden. Ferner, daß die Kameralistik keine Vermögensbilanz kennt, ist eigentlich kein Mangel (Kritik an Seite 348), sondern sinnvoll und natürlich. Mancher vergißt, daß es für den Staat keine Möglichkeit des Bankrottes im ganzen gibt, nur daß ein Staat einzelne Bankrottherde hat, die von seiner Organisationssubstanz abzuriegeln sind. Dem Bearbeiter von Abschnitt IX („Die Werke und Betriebe mit erwerbswirtschaftlichem Charakter“) muß geraten werden, einmal praktisch zu prüfen, ob die gewünschte Vermögensbilanz überhaupt glücken kann. Sie muß fehlschlagen, da es ein Unding ist, jene Grundzüge des Staatsphänomens „bewerten“ zu wollen, die auch mit Souveränität, Gebietshoheit und Recht zusammenhängen. Nur das läßt sich bewerten, was Gegenstandsverhältnis zu uns hat. Die Lebenstatsache selbst niemals, weil wir keine Instanz für ein solches Urteil wären. Ebenso wenig lassen sich die Kernmomente der Staatstatsache bewerten. Der Staat ist ein Teil unserer Lebensform, ohne daß wir die Möglichkeit haben, ihn zu wollen oder nicht zu wollen. Dem Staate gegenüber sind wir nur Geschäftsführer und Techniker eines zwingenden Seins. Jener Satz auf Seite 348:

„Der kameralistischen Rechnung eines Regiebetriebes fehlt der Vermögensstatus, ein häufig empfundener Mangel, den eine Bilanz als Krönung des Rechenwerkes beseitigen könnte. Außerdem fehlt es für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eines Regiebetriebes völlig an geeigneten Maßstäben, einem Mangel, dem eine Bilanz in gewisser Weise dadurch abhelfen könnte, daß sie Vergleichsmöglichkeiten mit gleichwertigen Unternehmungen der privaten Hand bietet . . .“

darf also nicht mißverstanden werden.

Es ist ein richtiges Verfahren, den Gesichtspunkt des Risikos für die Erwerbsbetriebe zu pflegen (Seite 352) und daraus Richtlinien für die Finanzierung zu folgern. Anleihe, Risiko und Erwerbsbetriebe stehen zusammen. Es genügt aber nicht, den Gesichtspunkt der Selbständigkeit der Erwerbsbetriebe als fiktionale Gedankenhilfe zu behandeln, wie es im Gutachten geschieht. Die Staatspolitik verlangt, tatsächlich selbständige Betriebseinheiten herzustellen, deren Verhältnis zum Staat auf eine im Obligo begrenzte Teilhaberschaft reduziert ist.

KURT WIEDENFELD:

Weltwirtschaftlicher Literaturbericht

Lujo Brentano, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands.

Bd. I: Von den Anfängen bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts; Bd. II: Die Zeit des Merkantilismus; Bd. III: Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation — 1. Halbband: Das Aufsteigen des Bürgertums und der Arbeiterklasse, 2. Halbband: Das britische Weltreich. (Jena, Gustav Fischer, 1927 bis 1929).

Für den Geopolitiker hat es einen besonderen Reiz, aus einer Darstellung der englischen Wirtschaftsentwicklung die Zusammenhänge zu ersehen, in denen sich England als Wirtschaftsgebilde und als Staat zunächst sehr langsam, zuletzt immer schneller aus einem ganz unbedeutenden, von ausländischen Herrengeschlechtern ebenso wie von ausländischen Kaufleuten abhängigen Landschaftskonglomerat zum machtvollen Mittelpunkt des größten Weltreichs und zum ausschlaggebenden Zentrum der Weltwirtschaft umgestaltet hat. Und eben dieser gegenseitigen Abhängigkeit von staatlicher und wirtschaftlicher Entwicklung ist in Brentanos Werk das Hauptinteresse gewidmet: man sieht, wie die Erstarkung des Staates und seine innere Konsolidierung auch der wirtschaftlichen Kraft des Landes zugute kommen, und wie umgekehrt von der Verschiebung der wirtschaftlichen Interessen die stärksten Einflüsse auf die innere Gestaltung des Staates und auf seine Außenpolitik ausgeübt werden. Weit entfernt, etwa Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung zu sein und alles Geschehen aus den wirtschaftlichen Interessen der staatlich führenden Schichten abzuleiten, wird Brentano dabei auch den starken Persönlichkeiten gerecht, die oft genug richtungsgebend und richtungsändernd in den Lauf der Entwicklung eingegriffen haben; nicht zuletzt auch jenen Philosophen und Wirtschaftswissenschaftlern, die während des 18. Jahrhunderts auch in England die Anschauungsweise der leitenden Staatsmänner und weiterer Bevölkerungskreise für das 19. Jahrhundert maßgeblich vorbereitet haben. Ausführlicher würde sich allerdings der Geopolitiker die Behandlung der geographischen Lage zu Europa und zur übrigen Welt wünschen müssen, wie auch der

inneren Landesstruktur nur gelegentliche Bemerkungen gewidmet sind. Immerhin tritt deutlich hervor, daß gerade auch die hinterwäldlerische Lage Englands zu Europa bis tief ins 18. Jahrhundert hinein das langsame Tempo seiner wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt hat, und daß erst im 19. Jahrhundert die Eck- und Insellage zu aktiver Bedeutung gekommen ist, weil erst so spät die außereuropäischen Beziehungen Europas sich einigermaßen gleichwertig neben die inner-europäischen Wertungsmaßstäbe geschoben haben.

Diesem 19. Jahrhundert, das man von der Beendigung der napoleonischen Kriege bis zum Ausbruch des Weltkrieges zu rechnen hat, ist natürlich der Großteil der Darlegungen Brentanos gewidmet: zwei starke Bände gegenüber den zwei schmalen Bänden, in denen die Vergangenheit behandelt wird; auch der Weltkrieg, obwohl in seiner tiefgreifenden Bedeutung selbstverständlich von Brentano durchaus gewürdigt, erscheint gleichsam nur als Annex in je einem Kapitel — insofern zu Recht, als er ja auch für England noch längst nicht liquidiert und „Geschichte“ geworden ist. Schon der erste dieser beiden Bände, der die innere Entwicklung Englands im 19. Jahrhundert darstellt, ist auch für den Geopolitiker bedeutsam; zeigt er doch die Rückwirkungen auf, die sich für die ganze Struktur des englischen Staates und Volkes aus den Weltbeziehungen ergeben haben. Vollends gilt es für den 2. Halbband, der im Untertitel „das britische Weltreich“ seinen Inhalt erkennen läßt. Hier wird die Entwicklung sämtlicher britischer Kolonien sowohl nach der staatlichen und verwaltungstechnischen als auch nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite hin bis tief in die Einzelheiten dargestellt. Es ist jedoch geradezu charakteristisch, welch verhältnismäßig geringen Umfang die Behandlung der wirtschaftlichen Beziehungen der Kolonien zur Außenwelt, auch zu den anderen britischen Gebieten, erhalten hat, verglichen mit der Schilderung der kolonialpolitischen Kämpfe und der Verwaltungsmaßnahmen. Hierin ist es eine Übersicht von so weitgehender Voll-

ständigkeit, wie wir sie in deutscher Sprache sonst nicht besitzen.

Man soll sich auch nicht daran stoßen, daß Brentano, seinem Temperament gemäß, alle Erscheinungen und Vorgänge von einem ganz bestimmten Standpunkt aus und keineswegs immer unter objektiver Würdigung der gegnerischen Argumente beurteilt. Er ist durchaus der „liberale Sozialpolitiker“ geblieben, als den ihn alle Welt kennt, und eben dies gibt seiner Darstellung trotz der unendlich vielen Einzelheiten doch Glanz und Lebendigkeit. Nur gelegentlich macht sich die Einseitigkeit seiner Maßstäbe auch in der Auswahl der behandelten Erscheinungen geltend; so etwa darin, daß er den Werdegang des englischen Arbeitsrechtes in vollster Ausführlichkeit, die Entwicklung der Unternehmungsorganisation aber nur ganz kurz und unter unzutreffender Verallgemeinerung eng bestimmter Einzelercheinungen darstellt. In demjenigen Teil jedenfalls, der den Geopolitiker besonders angeht, in der Würdigung der englischen Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung, ist er deutlich darauf aus, Licht und Schatten in gleicher Weise hervortreten zu lassen. Dies gilt nicht zuletzt für seine Behandlung der Kolonialbürokratie, deren große Leistungen er gebührend würdigt, die er aber auch — zumal im Verhältnis zu Indien — in ihren eng bürokratischen Schwächen und in ihrem Machthunger geiselt; ein für deutsche Leser besonders wichtiges Kapitel, weil man bei uns so oft das bürokratische Wesen

für eine deutsche und allenfalls russische oder chinesische Eigentümlichkeit hält, das Engländerum aber davon frei glaubt. Hätte Brentano das bekannte Buch von Carhill, *Lost Dominion* (deutsch unter dem Titel „Verlorene Herrschaft“ bei Kurt Vowinkel erschienen) auch noch berücksichtigt, so hätte er aus dessen Ausführungen geradezu das Muster eines Bürokraten von der Färbung des britisch-indischen Civil Service konstruieren können.

So ist das letzte große Werk, das uns Brentano hinterlassen hat, ebenso stark ein Ausdruck seiner gesamten Persönlichkeit, wie ein Symbol seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Er hat begonnen, indem er vor rund 60 Jahren die englischen Arbeitergewerkschaften für die Welt, auch für England selbst, sozusagen entdeckte; und er hat geendet, indem er um die sozialen Erscheinungen dieses Volkes den staatlichen und wirtschaftlichen Rahmen gezogen und das Ganze in den Rahmen der Welt gestellt hat. Er hat an dem Erstarken des englischen Staates und britischen Reiches erkannt, daß es von entscheidender Bedeutung ist, stets die großen Massen der Bevölkerung mit Staatsgefühl zu erfüllen und sie deshalb an dem Staatsgeschehen maßgeblich zu beteiligen, und er ist für diese seine Erkenntnis stets mit vollem Einsatz seines Verantwortungsgefühls eingetreten; auch sein letztes Werk soll uns Deutschen die Grundlagen des britischen Reiches verdeutlichen und nahebringen.

KARL HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

1. **Konstantin Popow:** „Japonija. Umriss der Geographie und Wirtschaft Japans.“ Moskau-Leningrad 1931. Soz. Wirtsch. Reg. Verlag. 447 S., 39 Karten und Diagramme; Stat. Anhang; vorzügliches Quellenverzeichnis. 4,5 R. (Russ.)

„Bereit sein ist alles“ — geopolitisches Wissen in führenden Schichten über wichtige politische oder wirtschaftliche Gegenspieler ist die beste Voraussetzung für dieses Bereitsein. Nach diesem guten Leitwort bringen die Sowjets ein gutes Handbuch nach dem andern über Japan heraus: 1924 W.

Doliwo-Dobrowolskiis „Probleme des Großen Ozeans“; 1925 Dimitrii Posdnjejew „Japan“; 1926 K. Charnskiis „Japan in Vergangenheit und Gegenwart“; 1928 Professor O. Pletners „Agrarfrage in Japan“, und nun 1931 diese ausgezeichnete, wirtschaftsgeographisch vorbetonte Landeskunde voll höchst erwünschter geopolitischer Streifblicke. Zeichnungen, statistischer Anhang und Quellenverzeichnis allein — auch ohne Kenntnis der Kyrillika leicht verständlich (— ein englisches Inhaltsverzeichnis ist beigegeben!) — machen die Anschaffung

für jedes mitteleuropäische Institut erwünscht, das mit Japan und den Sowjets arbeitet.

Das Voranstellen der Hydrographie vor die Landformen, der Seidenzucht vor alle übrige Tierzucht verraten z. B., wie sehr V. auf die „Dominanten“ abzielen weiß. Unter den Karten sind die beiden Strömungsskizzen und die Inlandsee in ihren Schwarz-weiß-Gegensätzen, Karte 5 und 6 der vulkanischen Räume und Struktur, 7 der Flüsse, Seen und Ebenen, 10 der Wasserkraftverteilung, die Karten der ölführenden Räume, des Reis- und Gerstenetrags, die suggestive der pazifikumspannenden Hochseefischerei (31), die erläuterte der Industriegebiete — trotz schlechten Drucks und Papiers als besonders wirksam herauszuheben, auch die absichtlich an ein Spinnennetz gemahnende Seeverkehrskarte (35; a. S. 347). Unter den Quellen für die japan. Kolonien fehlen u. a. Simons Riukiu-J. und Goldschmidts Neu-Japan; die pazifische Problematik Japans aber ist in den Quellenangaben ziemlich vollständig erfaßt, und der russische Einschlag liefert, auch von dorthin geflüchteten Japanern, wie Sen Katayama, manche sonst verschwiegene Ergänzung. Wer — über karge Ausstattung weggehend — das Wesentliche guter Information und sicherer Urteile sucht, wird das Buch nicht vergebens erwerben.

2. Kalmane: „India and Ceylon. A federation; a new effort in history“. London 1932. P. S. King & Son. Ltd. 127 S. 4 Sh.

Ein kühner Vorschlag in einer anschluf-feindlichen Welt, in der Deutschland und Österreich sich nicht zusammenfinden dürfen, während sie doch Zusammenschlüsse, wie den Italiens und Siziliens, Portugals und Madeiras gestattet hat, worauf Kalmane anspielt. Aus mythischen Darstellungen heraus betritt sein Vorschlag 543 v. Chr. festen Boden mit der Landung des Ariers Vijaya in Ceylon gegen die prä-arischen Rakshah und Nagarassen (Vorfahren der Weddahs?), und weist von dort an die beständige kulturpolitische und volkspolitische Verflochtenheit der Geschichte Indiens und Ceylons nach — bis 1798, wo Ceylon aus britischer Verwaltungskunst von Indien abgehoben und Kronkolonie wird. Die Verbindungen bis Nepal — durch eine Großnichte des Buddha —, die Missionsgeschichte im Laufe der Beziehungen zwischen Asoka und Tissa, die Sendung Mahin-

das (gest. 267 v. Chr.) als Apostel werden kurz geschildert; als ihre Folge die Einströmung indischer Baukunst (Stupa) und Kultur. Bald freilich folgten auch die Tamileneinbrüche, mit Rückschlägen dazwischen, die Rückzüge der Singhalesen nach innen und oben, in die Berge, auch vor den 1506 zuerst aufgetauchten Portugiesen, den in zähem Ringen zwischen 1602 und 1686 nachdrängenden Niederländern. War deren geopolitische Tätigkeit, auf deren Rechtsboden der heutige Besitzstand fußt, kein Imperialismus, fragen wir nebenbei Herrn terVeen als Vorantwort auf seine Angriffe gegen die Geopolitik? 1688 ist der Sieg der Niederlande in Ceylon nach furchtbaren Grausamkeiten entschieden. Nun erst treibt Ceylon, abseits vom indischen Zusammenhang hineingezerzt, im ozeanischen Machtgetriebe, wird 1795 von Briten umworfen, 1798 britische Kronkolonie, und strebt nun sichtlich wieder in den geopolitischen Zusammenhang mit Indien einer zweitausend-jährigen Geschichte zurück. Treffend und gut sind auf S. 49–63 die kurze indische Verfassungsgeschichte, auf S. 64–73 das Ringen des Nationalismus in Ceylon zusammengefaßt. Freilich wirkt bei der wirtschaftlichen Gegenüberstellung der ungeheure Unterschied der Wirtschaftswucht von Indien und Lanka erdrückend und läßt hier, wie im britischen Oceana eine Löwengemeinschaft (societas leonina) ahnen, — gleichviel, wohin das Schicksal die wertvolle Insel führe.

3. Wilhelm P. O. Walter: „Das China von heute“. Frankfurt 1932. Societäts-Verl. 120 S., Leinen RM. 6.—; 112 gute Volksleben-Bilder; leider keine Karte des Reisewegs.

Wiedergabe des Geschehenen der letzten Zeit „wie es eigentlich gewesen“ (Ranke) begegnet sich in diesen ehrlich und flott gesehenen Tagesbildern zur Erdkunde mit der redlichen Wiedergabe dessen, was heute ist. Das will und leistet Walter. Es ist etwas Gutes und Nützliches damit getan, und der Kundige, zum volkspolitischen Vergleich Befähigte wird manche Schlüsse auf das, was kommen wird, daraus ziehen können. Die gegenwartsfrohe Schilderung beschränkt sich im wesentlichen auf Peking, „das Alte“; Nanking, „das Neue“ [— in dem freilich auch noch viel Altes steckt! —]; sie betrachtet beim Landen in Wusung „das Trennende“ — an zum Nachdenken reizender Stätte der zerstör-

ten Tungchi-Universität (dieser Abschnitt scheint uns sogar das Beste, Feinste und Wertvollste aus den vorsichtigen Urteilen W. P. O. Walters zu enthalten!) — und in Shanghai „das Internationale“. Wo wird es zur Synthese, zu dem so nötigen Ausgleich und Zusammenbau kommen? Davon sprechen etwa auf S. 15–23 ein paar gute städtegeographische Übersichten, auf S. 52 die herbe Zeichnung des Zusammenstoßes der Sitten, der Gefahren Jung-Chinas. Sprechend ist der Charakterzug der „Interessiertheit“ in Bild und Wort herausgestellt (S. 55). Erinnerungen weckt jedem Chinafahrer die Farbenskala Gelb-Braun-Grün-Grau, und der Waldverwüstungseindruck zwischen Peking und Yangtse (S. 54). Fein gesehen sind die aufschließende Wirkung des Theaters (S. 96), die Bedeutung des Gesichtsverlustes. Alles in allem: ein Beweis, wie wertvolle Geschenke Auslandsdeutsche ihrer Heimat machen können, wenn sie nur die Augen offenzuhalten wissen und vorurteilslos zu schildern, was sie damit gesehen haben. Auch damit tragen sie zur Befreiung Mitteleuropas von fremder Bevormundung bei, die auf seinen geistigen Augen oft noch schwerer liegt als auf seinen Steuergeldern.

4. **„Die Kriegsziele des japanischen Imperialismus“**, Sonderdruck aus der Zeitschrift: „Die kommunistische Internationale“. Hamburg-Berlin 1932. Carl Hoym. 40 S.; suggestive Karte; nur 0,20 RM., mit Vorwort und höchst gewandter Einleitung zu der Übersetzung der Tanaka-Denkschrift zeigen das hervorragende geopolitische Flugschriftentalent der Sowjetfreunde, in packendem Umschlag. Wertvolle Ergänzung zur chinesischen und japanischen Propaganda.

5. **„Some Publications on Pacific Problems“** Honolulu, Hawaii. May 1932. Institute of Pacific Relations. 24 Seiten nützlichster, aktueller Bibliographie! Unter diesem schlichten Titel verbirgt sich ein Stück geopolitischer, pazifischer Erziehungsarbeit ersten Ranges, wohl zusammengestellt von der verdienstvollen Herausgeberin der „Pacific Affairs“, Elizabeth Green. Wir stellen es bewußt der zielstrebigsten Anstrengung der Sowjetfreunde gegenüber, weil es gerade im indopazifischen Blickfeld zu allererst darauf ankommt, die Feldzeichenträger der großen geistigen Fronten zu erkennen. Zu ihnen ge-

hören in den evolutionären Reihen Elizabeth Green, in den revolutionären Rado, und wer ihm nahe steht, wie Wittfogel u. a.

6. **Hermann Lufft** — der mit scharfem, weltkundigen Blick mit seiner „Deutschen Kurz-Post“ (Berlin 1932, Jahrg. V, Heft 21: „Der Brandherd im Osten“) eine schließbare und empfindliche Lücke im deutschen Weltbild ausgefüllt hat, drängt im Heft 21 mit ausgezeichnet gewählten Sinnzeichen vor guten, knappen Schlagzeilen das Nötigste über den Fernen Osten auf drei Frontseiten (Bl. 39 bis 41) zusammen, die voll guter Prognosen stecken und nicht nur zum Durchfliegen, sondern zu langsamem, abwägendem Lesen, Wort für Wort, empfohlen werden. Viele tägliche Spalten können damit gespart sein!

7. **Theodor Witt: „Moderne Industrien in Vorder-Indien**. Versuch einer industriegeographischen Studie.“ Berlin 1931. Sonderdruck aus Heft 11/12 der „Kolonialen Rundschau“, herausgegeben von Hans von Ramsay und Prof. Dr. Carl Troll.

Dieser wohlgelungene Versuch scheint uns bezeichnend und wegweisend für die Art, wie sich die deutsche Erdkunde in Zusammenarbeit mit allen, die ihre Erkenntnis vermehren können, dem neuzeitlichen Indien zuwenden sollte, in einer Richtung, die für das Arbeiterproblem F. J. Furtwängler vorbildlich beschritten hat. B. K. Sarkar, Brij Narain und viele andere — [wenn auch noch im Überwinden eines früheren Standes volkswirtschaftlicher Einsicht viel beschäftigt] — zeigen, daß es am verständnisvollen Echo in Indien nicht fehlt, wie auch der Widerhall, den das Indieninstitut der Deutschen Akademie an Jung-Indien findet. Wie sehr diese Beziehungen noch ausgebaut werden müssen, ergibt sich allein aus dem Fehlen der neueren Arbeiten Sarkars und Narains in den wertvollen 230 Nummern von Wits Quellenverzeichnis und aus der berechtigten Klage über die Schwierigkeit der Beschaffung ausländischer Literatur, woran zum Teil die wirtschaftliche Klemme Mitteleuropas, zum andern Teil aber die Zersplitterung und vielfache unbewußte Parallelarbeit die Schuld trägt. Schon deshalb sind solche methodenklare Überschauarbeiten, wie Wits Standortuntersuchung der indischen Industrien, von Zeit zu Zeit unentbehrlich, auch wenn sie nicht die Fähigkeit besäßen, wie die vorlie-

gende, zugleich die Quintessenz der Landeskunde und Verkehrsgeographie (S. 9 bis 11 z. B.!) und Geopolitik in wohlabgewogenen Leitsätzen herauszuheben.

Deshalb zwingt Witt seine Leser, ihre ganze Kenntnis von Indien an Hand seiner Studie erneut nachzuprüfen, hebt dem wirklichen Kenner vieles wieder aus der Erinnerung empor und ist für den Neuling eine gute Unterlage, ein Bild, von dem er ausgehen, in das er weitere Eindrücke einfügen kann. Beim Verkehrsnetz wäre vielleicht eine kurze Erwähnung des genialen Eisenbahnentwurfs von Dalhousie berechtigt gewesen, der für Indien Ähnliches geleistet hat wie List für Mitteleuropa, nur mit besserem Dank und anderen Ausführungsmöglichkeiten. Gern würde man zu den wohlgewählten Standortkarten noch ihre geopolitische Ergänzung finden, die sich z. B. in der jüngsten Teilung eines künftigen Industriegebiets S. W. Calcutta (Urya-Land!) deutlich verrät, und mit besonderm Vorteil wird man S. III die allgemeine Kennzeichnung der indischen Industrie lesen, und sie länger wünschen. Solche Beiträge sind bezeichnend für die nützlichste Vorarbeit, die einem Wiedererwachen des Anteils an kolonialer Wirtschaft zur Zeit überhaupt geleistet werden kann.

8. Francis Ruellan: „Le relief et la structure du Japon du Sud-Ouest“; aus den „Annales de Géographie“ v. 15. 3. 1932. S. 141–166, mit zwei schönen und anschaulichen Blockdiagrammen und einem Aufbau-schemata des ganzen Inselbogens ist ein Vorbild, wie man bei beherrschender Verarbeitung des einheimischen Schrifttums die wesentlichen Grundzüge ihrer Ergebnisse auch einem Laienkreise verständlich machen kann, und damit Grundlagen auch des politischen Begreifens schafft.

Mit der Ruellan eigenen Verantwortungs-freude — mit der er die heutigen Anschauungen über den Bau des Inselreiches in großen, monumentalen Zügen zeigt — tritt er auch für Übernahme der Transkription des Nihon no Romazi ein und spricht für Anschluß an die Namensschreibweise des japanischen Weltkartenanteils in 1:1 000 000. Die japanische Geologie ist bisher dem Hepburnsystem treu geblieben; Mitteleuropa weicht der Entscheidung aus; aber zuletzt wird eben doch nichts anderes übrigbleiben,

als sich dem Weltkartentext, den großen im japanischen Erdraum führenden Diensten des Heeres, der Marine, der Wetterkarten anzuschließen, die alle das neue „Romazi“, „Huzi“ statt „Fuji“ usw. schreiben. Freilich darf nicht verschwiegen werden, daß die bisher übliche Hepburn-Transkription die richtige Aussprache japanischer Namen leichter machte. Prächtig, durchaus meinem eigenen Eindruck entsprechend, ist (S. 149) die Wucht des Eindrucks des Ostabsturzes der japanischen Alpen gezeichnet, richtig auf S. 152 der Kontrast zwischen dem geologischen Begriff und dem morphologischen Eindruck einer „fossa magna“. Von ihm aus kommt Ruellan zu seinem fächerförmigen Faltungsbild (Fig. 3), einem Muster scharfsichtiger Beobachtung von einer solchen Hochwarte, wie es der Fuji [Huzi] ist, und ihrer nachträglichen Auswertung auf Karten, und zugleich einer formsicheren Art, wie schwerste Probleme flüssig auch an Laien herangebracht werden können.

9. „The Japan Advertiser“ Annual Review: Finance, Industry and Commerce. 1931–1932. Tokyo. Eine ähnlich wertvolle Zusammenstellung wie die Jahresausgaben von Asahi und Mainichi, steht auch die des „Japan Advertiser“ im Zeichen der Wirtschaftsschrumpfung und Yenentwertung. Besonders wichtig scheinen die Schilderungen der gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeit von Japan und Mandschurei (S. 49), die Zusammenstellung auf S. 50 der zehn verschiedenen Typen mandchurischer Bahnverwaltung, auch mit Spurweite und Streckenlänge, S. 54 bis 56 Japans expansiver Lebenswille gegenüber der Mandschurei (mit guten Wirtschaftsbildern); das eigenartige Wirtschaftsdiagramm der Fukuokapräfektur (S. 64) und die Fischereiangaben auf S. 70.

10. „Far Eastern Review“ Nr. 5, Bd. 28 bringt — neben starkem projapanischem Eintreten G. B. Reas — die neue Wasserversorgung von Singapore mit der auch wehrtechnisch wichtigen Abhängigkeit des großen Kriegshafens von einer 50 km langen, an Gefährstellen reichen Zuleitung von Johore aus dem Festland — einer Aufhebung der Inselvorteile in lebenswichtiger Frage.

11. Dr. N. Yumoto u. Dr. R. Abiko: „Wiedergeburt der Mandschurei, ihr Verhältnis zu China und zu Japan. Berlin 1932. Verl. Nakakan. 90 S., 1 Karte.

Vielen wird eine höchst geschickt vom rein japanischen Standpunkt abgefaßte Flugschrift willkommen sein, die eben jetzt in knapper Form die wichtigsten geographischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen, wie geojuristischen Verhältnisse und Zahlen des Streitgegenstandes in Ostasien und die stahlklirrenden japanischen Ansprüche darauf zusammenstellt. Die Zahlen von 1930 (rund 15 Mill. Einwohner für Liaoning [Mukden, Fengtien]; 9 für Kirin, 5,1 für Heilungkiang, 4,5 für Jehol, zusammen 33,7 Mill. E. auf 1 198 268 qkm Fläche, in absteigenden Dichten von S. nach N., vom Meer landeinwärts von 81, 34, 9 je qkm) dürften, — den vielfach in Mitteleuropa umlaufenden, kleineren Zahlen gegenüber — richtig sein. Die Schrift räumt auch mit andern politisch-geographischen Unklarheiten auf, freilich auch mit fremden Rechten, und begründet (S. 11) die Vermittlungslage der jetzigen Hauptstadt Changchun. In der Geschichte fehlen die zahlreichen früheren Rechtsansprüche chinesischer Dynastien; betont sind die örtlichen Widerstände und früheren Unabhängigkeits-erklärungen, wie die von 1916, 1922, 1924 usw.; wie überhaupt die Schrift ein außerordentlich wertvolles Dokument für die geojuristische Auffassung der Japaner in der mandschurischen Frage ist, denen der Li-Lobanow-Vertrag ein schwer widerlegbares Beweismittel gegen die bona fides der beiden Festlandmächte bietet [S. 15]. Ein Erntewert von 2,6 Mill. GM. (1928); 4245 Mill. cbm geschätzter Holzbestand; rund 3000 Mill. mt Kohlenvorräte; 1,2 Mill. mt Eisenertrag im Jahr: das sind einige der harten Zahlen, die verraten, worum es geht. Die neue Flagge (Umschlag) zeigt im linken oberen Viertel je einen roten, blauen, weißen und schwarzen Streifen für Japaner, Mongolen, Chinesen und Koreaner, auf gelbem Grund, — wohl dem

Loess zu Ehren. S. 43 gibt die interessante Feststellung: „90 Prozent aller Einwohner der Mandschurei sind also Chinesen.“ S. 51 bis 61 zeigen nicht ganz überzeugende Wege, diese 90 Prozent freundlich „anzugleichen“, darin aber liegt jetzt die entscheidende Aufgabe! Yumoto zeigt nur ihre eine Seite! — Wer zeigt von China und den Sowjets aus die andere in ähnlicher, gedrängter, auf die neueste Entwicklung gebrachter Form? Wer die wahre Geopolitik der Mandschurei? — um das Kind beim Namen zu nennen.

12. Karl Hinkel: „Indien in der Zange“.

Berlin 1932. Öffentliches Leben Verlag. 1 — 96 generalisierte — Karte, 9 Bilder, 148 S. RM. 4.—.

Zeitgerecht zu den Entschlüssen der britischen Regierung, Indien eine Notverfassung ohne seine eigentliche Mitwirkung aufzuzwingen, kommt diese rückhaltlose Darstellung der indischen Not, die man zweckmäßig mit Nr. 7 (Th. Witt) zusammenhalten wird. Aus welchem Geiste heraus sie geschrieben ist, verrät der Schluß der Vorrede: „Unterdrückte und Recht liebende aller Völker, aller Rassen, jeder Sprache, jeder Hautfarbe: vereinigt euch!“ und die klingende, fast an die Wirkung des Originals heranreichende Übersetzung der Nationalhymne „Bande Mataram“ „Ehret die Mutter“ (Indien). Aber wie weit können „Unterdrückte“ und „Recht liebende“ zusammengehen? Wo fügt sich zwischen Recht und Unterdrückung im Raume die rechtsbeugende und doch vom Buchstabenrecht geschützte Gewalt? Kein Wunder, daß Hinkel sich aus der Sympathie des gleichfalls leidenden Mitteleuropa, auf die Seite des Naturrechts stellt: mit warmem Herzen und großem Geschick!

Wer schreibt mit gleicher Zweckbestimmtheit „Deutschland in der Zange“?